

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Enquete-Kommission "Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung"

5. Sitzung

11. Juli 2025

Beginn: 11.02 Uhr
Schluss: 16.56 Uhr
Vorsitz: Raed Saleh (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Grundlagen von Muslimfeindlichkeit (Theorien und Strukturen)

Hierzu: Anhörung

Bevor wir mit der Anhörung beginnen, möchte ich zunächst daran erinnern, dass wir bei der Aussprache, das heißt, den Fragen an die Anzuhörenden und den Statements der Kommissionsmitglieder vereinbart haben, alternierend nach Koalitions- und Oppositionsfaktionen vorzugehen. Es beginnt daher die CDU, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und LINKE. Wir haben uns zudem eine Redezeitbegrenzung von zehn Minuten gegeben. Ich möchte auch auf den groben Zeitplan der Sitzung hinweisen, den Ihnen das Kommissionsbüro vorab zur Sitzung übermittelt hat. Die zehn Minuten sind aufteilbar in zwei Redebeiträge der jeweiligen Farbe.

Ich begrüße als Anzuhörende ganz herzlich: Herrn Prof. Dr. Karim Fereidooni von der Ruhr-Universität Bochum. Er ist uns digital zugeschaltet. Schön, dass Sie da sind! Vielen Dank dafür! Frau Rima Hanano von der CLAIM-Allianz. Schön, dass Sie da sind! Vielen Dank

dafür! Herrn Prof. Dr. Gert Pickel von der Universität Leipzig. Vielen Dank, und schön, dass Sie da sind! Herrn Prof. Dr. Levent Tezcan von der Universität Münster. Vielen Dank, dass Sie da sind! – Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung auf der Webseite abrufbar sein wird. Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Vielen Dank! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls für den Tagesordnungspunkt 1 gewünscht ist. – Dann ist das so verabredet.

Dann starten wir mit den Stellungnahmen. Ein interner Hinweis: Wir haben mit den Anzuhörenden eine Redezeit von sieben Minuten für die erste Runde verabredet. Wir beginnen mit Herrn Prof. Dr. Fereidooni. – Sie haben das Wort!

Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! – Ich werde meinen Bildschirm teilen, weil ich eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet habe. Können Sie mir kurz ein Signal geben, ob Sie das sehen? – [Zuruf des Vorsitzenden Raed Saleh: Ja, genau!] – Wunderbar, danke schön!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Als Erstes möchte ich mit einer kurzen Definition des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit – UEM – starten, dem ich angehört habe. Antimuslimischen Rassismus möchte ich definieren als Zuschreibung von pauschalen, unveränderbaren, rückständigen, aber auch bedrohlichen Eigenschaften gegenüber muslimischen Personen und Personen, die als muslimisch wahrgenommen werden. Das individuelle Glaubensbekenntnis spielt dabei gar keine Rolle. Es ist egal, ob Sie fünfmal am Tag in der Moschee beten oder noch nie in der Moschee waren. Wenn Sie in unserer Gesellschaft als muslimisch wahrgenommen werden, zum Beispiel, weil Sie als Mann einen Bart tragen oder als Frau ein Kopftuch tragen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Sie antimuslimischen Rassismus erfahren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Neben der Definition habe ich Ihnen einige repräsentative Studien mitgebracht, um Größenordnungen festzustellen. Inwiefern spielt antimuslimischer Rassismus in unserer Gesellschaft eine Rolle? – Ich möchte mit der Mitte-Studie anfangen. Es gibt beispielsweise die Aussage: „Musliminnen und Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“ Da sehen Sie die Zustimmungswerte: Ich stimme voll und ganz zu: 8,4 Prozent unserer Gesellschaft; ich stimme überwiegend zu: 9,7 Prozent; teils, teils: 23 Prozent.

Gert Pickel, der auch anwesend ist, hat 2019 am Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung mitgewirkt und konnte feststellen, dass jede zweite Person in Deutschland islamfeindlich eingestellt ist. Das perfide am antimuslimischen Rassismus ist, dass Sie damit alles erklären können. Wenn muslimische Menschen arbeitssuchend sind, dann heißt es: Das sind Sozialschmarotzerinnen und Sozialschmarotzer. Die nutzen den deutschen Staat aus. – Wenn muslimische Menschen Gewerbetreibende sind, dann heißt es: Die Straße ist in türkischer Hand. Ich fühle mich fremd im eigenen Land. – Wenn muslimische Menschen in mehrheitlich migrantisch geprägten Stadtteilen leben, dann heißt es: Die leben in Parallelgesellschaften, die wollen sich gar nicht integrieren. – Wenn Karim Fereidooni Bürgermeister der Stadt Bochum werden will, dann sagen statistisch gesehen 45 Prozent der Bochumer Bevölkerung: Das wol-

len wir nicht. – 45 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung lehnen einen muslimischen Bürgermeister ab, und zwar nicht, weil diese Person nicht fähig wäre, Bürgermeister zu werden, sondern allein aufgrund der Glaubenszugehörigkeit. Jede dritte Person fordert die Einschränkung der islamischen Glaubensausübung, also muslimische Menschen sollten in Deutschland nicht mehr beten dürfen, und es sollte auch keine Moscheen mehr gebaut werden. 46 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele Fanatiker sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte damit nicht den Eindruck erwecken, dass es hier um einen Kampf zwischen Menschen mit und ohne internationale Familiengeschichte geht, denn wir haben gute Forschungsbefunde dafür, dass antimuslimischer Rassismus auch bei Menschen mit Migrationshintergrund vorkommt. 44 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und 46 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund lehnen die folgende Aussage ab: „Die in Deutschland lebenden Muslime integrieren sich gut in die deutsche Gesellschaft.“ Das heißt, nur weil jemand in Polen oder in der Slowakei geboren ist und nach Deutschland zieht, heißt es nicht, dass diese Person besonders cool ist in Bezug auf muslimisches Leben in Deutschland.

Zum Thema antimuslimischer Rassismus in der Polizei möchte ich die MEGAVO-Studie zitieren. Die MEGAVO-Studie wurde nicht von der Antifa Berlin durchgeführt, sondern von der Kaderschmiede der deutschen Polizei, der deutschen Polizeihochschule in Münster. Die MEGAVO-Studie ist keine repräsentative Studie, aber sie ist die größte Studie, die wir im Bereich der Polizei haben. 13 Prozent der Beamtinnen und Beamten in Deutschland stimmen dem Statement zu, dass die muslimische Kultur nach Deutschland passt. Knapp die Hälfte der Stichprobe, und das sind 40 000 Befragte, stimmt dem nicht zu, also knapp die Hälfte der Stichprobe sagt: Die Muslimische Kultur passt nicht nach Deutschland. – 40 Prozent äußern sich ambivalent. 10 Prozent äußern sich deutlich negativ gegenüber muslimischen Personen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte des Weiteren eine Betroffenenbefragung präsentieren. Wir haben im Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 473 muslimische Menschen nach ihrer Lebensrealität befragt. Das ist keine repräsentative Studie. Die Hälfte der 473 Personen spricht von Beleidigungen und Belästigungen. Fast jede dritte Person gibt an, von körperlichen Übergriffen betroffen gewesen zu sein.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

46 Prozent der stark von Muslimfeindlichkeit oder antimuslimischem Rassismus betroffenen Personen meiden bestimmte Orte, um keinen antimuslimischen Rassismus zu erfahren. Jede zweite Person besitzt Auswanderungsgedanken, also viele muslimische Personen brauchen gar nicht die Potsdamer Konferenz, um sich in Deutschland unwohl zu fühlen. Ein Drittel hatte bereits konkrete Pläne, Deutschland zu verlassen. Wir haben auch abgefragt: Fühlst du dich Deutschland zugehörig? – Zwei Drittel bis drei Viertel empfinden sich Deutschland als zugehörig, also sie hassen Deutschland nicht. Sie wollen Deutschland nicht verlassen, weil sie Deutschland hassen. Sie fühlen sich Deutschland zugehörig, aber sie halten die Zustände in Deutschland nicht mehr aus.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das größte Problem ist, dass sich unter ein Prozent an einer professionellen Stelle wendet. Das heißt, diese Zahlen in Bezug auf antimuslimischen Rassismus müssen eigentlich im Sinne der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte – FRA – um das Neun- oder Zehnfache höher liegen als in der polizeilichen Kriminalstatistik, weil viele Dinge nicht gemeldet werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was hilft den Personen? – Religion als Kraftquelle, den Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft minimieren – und zwar nicht, weil sie die Mehrheitsgesellschaft hassen, sondern weil sie keine Lust mehr haben, antimuslimischen Rassismus erfahren – sowie Empowerment-Möglichkeiten und Safe Spaces.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben 761 Schulbücher danach untersucht: Inwiefern kommen muslimische Menschen vor? – Ein Beispiel eines Schulbuchs möchte ich Ihnen präsentieren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dieses Beispiel leitet muslimisches Leben in Deutschland ein:

„So wie sie uns fremd erscheinen, müssen sie sich zunächst sehr fremd fühlen in diesem kalten Land. Sie wollen auch besser leben als zu Hause, trotzdem beharren sie auf ihrer Identität. Das kann man nachfühlen: also Kopftücher, Moscheen, Gebete in Schulen, Zwangsehen, Unterdrückung von Frauen. Das gehört bei etlichen zu ihrem Wir-Gefühl. Problem ist: Es kollidiert mit unserem Wir-Gefühl.“

Das Problem an dieser Aussage ist, dass wir aus anderen Studien wissen, dass ein Drittel der bundesdeutschen Frauen im Laufe ihres Lebens Gewalterfahrungen erfährt, und zwar nicht von Wildfremden, sondern von ihrem Partner. So viele muslimische Männer gibt es gar nicht in Deutschland, dass nur muslimische Männer an der Drangsierung von Frauen beteiligt sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich komme zum Ende, geben Sie mir noch eine Minute. Was fordern wir als Handlungsempfehlung? – Einen Sachverständigenrat für Berlin und die Ernennung eines Berliner Beauftragten für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus sowie eine Gesamtstrategie der Landesregierung Berlin.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir fordern rassismuskritische, diversitätssensible und religionssensible Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in allen öffentlichen Einrichtungen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Auf- und Ausbau von Beschwerde-, Dokumentations- und Meldestellen, Empowerment-Maßnahmen für Betroffene und eine Schulbuchkommission, die gängige Schulbücher nach antimuslimischem Rassismus sichtet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In der politischen Bildung, beispielsweise bei der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, sollte eine eigenständige Förderpraxis ermöglichen, sich mit antimuslimischem Rassismus auseinanderzusetzen und Empowerment-Möglichkeiten zu bieten. Die Teilhabe von muslimischen Akteurinnen und Akteuren und Organisationen auf Landesebene sollte gefördert werden, zum Beispiel Studienwerke oder Akademien.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Land Berlin sollte Studien vergeben, um antimuslimischen Rassismus mehr zu erforschen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Film- und Theaterproduktionen sollten die Vielfalt muslimischer Lebenswelten darstellen. In Schulen sollten Medienkompetenzschulungen in Bezug auf antimuslimischen Rassismus stattfinden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein Ausbau der systematischen Dokumentation von antimuslimischen Einstellungen bei Polizei, Sicherheitsbehörden und anderen Behörden. Alle Parteien im Abgeordnetenhaus Berlin sollten tatsächlich die Repräsentanz von muslimischen Politikerinnen und Politikern erhöhen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Fereidooni! Das war eine Punktlandung. Danke schön dafür! – Als Nächstes ist Frau Hanano an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Rima Hanano (CLAIM gGmbH): Herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Kommission! Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und die Möglichkeit, heute hier im Namen der zivilgesellschaftlichen Organisation CLAIM als Sachverständige zu sprechen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte Ihnen auf den folgenden zwei Folien einen ganz kurzen, aber sehr eindrücklichen Einblick in die Realität antimuslimischer Anfeindungen und die Erfahrungen geben, die Betroffene täglich hier in Berlin machen müssen. Die Folie zeigt exemplarisch einige antimuslimische Schmierereien, die wir im Jahr 2024 im öffentlichen Raum in Berlin dokumentiert haben. Zu lesen ist dort zum Beispiel: „Fuck Islam“, „Das ist Deutschland, nicht Palästi-

na! Islamisten raus“ oder „Free Europe from Islam“. Solche Hassbotschaften sind kein Einzelfall. Sie stehen stellvertretend für die zunehmende Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts, indem antimuslimischer Rassismus normalisiert wird und Hass und Ausgrenzung auch im öffentlichen Raum immer sichtbarer werden. Wir beobachten hier eine zunehmende Enthemmung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es bleibt aber eben nicht bei Worten. Antimuslimischer Rassismus manifestiert sich auch in verbalen, oftmals gewalttätigen Übergriffen und in Diskriminierungen. Im Januar wurde eine Bewerberin an einer Berliner Schule aufgrund ihres Kopftuchs abgelehnt. Im Februar wurde eine Mutter mit ihrem Kind auf dem Schulweg attackiert. Das Kind wurde von einer Flasche am Bein getroffen. Im Juli wurde einer Frau gewaltsam das Kopftuch heruntergerissen. Sie wurde zu Boden gestoßen und mit einem Messer angegriffen. Das sind nur drei Beispiele, und die Beispiele stehen für das, was Menschen hier tagtäglich in Berlin erleben müssen. Das sind Fälle aus unserer Jahresbilanz zu antimuslimischem Rassismus, die wir vor Kurzem veröffentlicht haben. Die finden Sie auch online. Die habe ich aber auch mitgebracht. Vier Befunde sind in dieser Bilanz zentral.

Erstens: Es gibt immer mehr Menschen, die antimuslimischen Rassismus erleben. 644 antimuslimische Vorfälle wurden in Berlin dokumentiert. Das ist ein Anstieg um mehr als 68 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das bedeutet, fast zwei Vorfälle täglich allein in Berlin. Was bedeutet das für die Betroffenen? – Antimuslimischer Rassismus trifft Menschen nicht zufällig und auch nicht als Individuen, sondern immer auch als Vertreterinnen und Vertreter einer Gruppe. Er trifft Menschen, das wurde gerade schon ausgeführt, wegen des Namens, eines Kopftuchs, der Sprache, der Hautfarbe, also wegen Zuschreibungen, und in einigen Fällen wissen wir nicht einmal, ob die betroffenen Menschen tatsächlich muslimisch sind. Sie werden einfach so wahrgenommen, und allein das reicht für Angriffe und Diskriminierung. Wir stellen in unserer Dokumentation fest, dass vor allem Frauen betroffen sind. In zwei Dritteln der dokumentierten Fälle, in denen uns das Geschlecht bekannt ist, sind es Frauen, die zur Zielscheibe werden – häufig auch in Begleitung ihrer Kinder.

Zweitens: Antimuslimischer Rassismus ist strukturell verortet. Das bedeutet, dass antimuslimischer Rassismus tief in Berliner Schulen, in der Arbeitswelt, in der Polizei, in den Behörden verankert ist. Es geht weder nur um Vorurteile noch um Einzelfälle, sondern um strukturell wirksame Ausschlüsse, Benachteiligungen und Marginalisierung von Menschen. Den größten Anteil der dokumentierten Vorfälle in Berlin machen Diskriminierungen aus, etwa in der Schule, bei der Wohnungssuche oder bei der Arbeit, direkt gefolgt von verbalen Angriffen. Der Bildungsbereich ist dabei besonders betroffen. Fast 35 Prozent der dokumentierten Vorfälle haben sich 2024 im Bildungsbereich ereignet, und auffällig häufig gehen Diskriminierungen eben nicht nur von Mitschülerinnen und Mitschülern, sondern auch von Lehrkräften aus.

Drittens: Antimuslimischer Rassismus wird immer brutaler. Auch das nehmen wir wahr. Wir beobachten hier eine zunehmende Enthemmung und sehen einen direkten Zusammenhang zu Debatten und Diskursen. 2024 wurden in Berlin mehr Körperverletzungen dokumentiert, insgesamt 48, davon fünf gefährliche Körperverletzungen.

Viertens: Antimuslimischer Rassismus hat auch Folgen, und zwar für uns alle. Menschen berichten von Angst, von Isolation, von einem Gefühl, nicht mehr Teil dieser Gesellschaft zu sein, und sie haben das Gefühl, dass ihre Erfahrungen nicht zählen. Sie fühlen sich hier weder gesehen noch geschützt, und das hat fatale Konsequenzen. Immer mehr Betroffene haben das Vertrauen in staatliche Institutionen, also in die Polizei, aber auch in die Politik verloren. Auch das berichten uns Beratungsstellen und Menschen direkt. Das zeigen aber auch repräsentative Studien wie beispielsweise diejenige, die das DeZIM vor Kurzem herausgegeben hat. Fast zwei Drittel der Muslime in Deutschland haben aktuell kein Vertrauen mehr in die Politik, und genau das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die zivilgesellschaftliche Erfassung ist ein Frühwarnsystem, und mit dieser Bilanz zeigen wir alarmierende Entwicklungen für Berlin auf. Wir müssen aber gleichzeitig davon ausgehen, dass die Dunkelziffer antimuslimischer Vorfälle weitaus höher liegt, weil Fälle nicht gemeldet werden und antimuslimischer Rassismus häufig auch gar nicht erkannt wird. Klar ist: Wir haben es nicht mit einem Randphänomen zu tun. Wir sprechen über strukturelle Realitäten, und das zeigen auch repräsentative Studien, wie gerade schon erwähnt, etwa die Studien des Berlin-Monitors, des DeZIM, aber auch europäische Studien der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.

Die Situation in Berlin verlangt konsequentes und strukturelles Handeln und die Ernennung einer Ansprechpersonen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus. Das ist ein erstes und sehr wichtiges Signal in die Communitys, an die Menschen, die betroffen sind, und diese Ernennung muss jetzt ressortübergreifend vom Berliner Senat unterstützt werden, um wirklich eine Wirksamkeit entfalten zu können. In der Richtlinie zur Regierungspolitik hat der Berliner Senat angekündigt, eine Handlungsstrategie gegen antimuslimischen Rassismus auf den Weg zu bringen, und auch hierfür ist es höchste Zeit.

Folgende Maßnahmen sind hierfür entscheidend – erstens: Antimuslimische Vorfälle müssen besser erfasst werden, online, offline, auf allen Ebenen, durch die Polizei einerseits und durch die Zivilgesellschaft andererseits. Das Dunkelfeld ist enorm. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, wie eine einheitliche Definition von Rassismus und antimuslimischem Rassismus, verpflichtende Schulungen zu antimuslimischem Rassismus für Polizei und Justiz und auch eine dauerhafte Finanzierung des zivilgesellschaftlichen Monitorings.

Zweitens: Betroffene brauchen spezifische Beratung, und diese muss dauerhaft finanziert werden, um Betroffene wirklich unterstützen zu können. Niemand darf mit seiner Erfahrung alleingelassen werden. Viele spezialisierte Stellen arbeiten unter sehr prekären Bedingungen.

Drittens: Wir brauchen unabhängige Stellen, an die sich Menschen bei Diskriminierung wenden können – an Schulen, bei der Polizei, in Behörden, in den Verwaltungen.

Viertens: Berlin braucht nicht nur freiwillige Workshops, sondern verpflichtende, regelmäßige Fortbildungen zu antimuslimischem Rassismus für alle staatlichen und öffentlichen Einrichtungen.

Fünftens: Gesetze und Verordnungen müssen überprüft werden, ob sie Menschen diskriminieren. So ist eine Anpassung des Berliner Neutralitätsgesetzes aus unserer Sicht nicht ausreichend. Das Neutralitätsgesetz muss abgeschafft werden. Auch Schulordnungen sind zu über-

prüfen. Berliner Lehrpläne, Bildungsmaterialien sind zu überarbeiten. Diese zeichnen tendenziell ein eher problemorientiertes Bild von Muslimen und Islam.

Sechstens, ich schließe ab: Wir benötigen Informationsangebote und geschützte Räume für betroffene Menschen und einen Rechtshilfefonds, damit sich Betroffene wehren können, ohne Angst vor den Kosten zu haben.

Ich möchte abschließend noch einmal betonen: Antimuslimischer Rassismus ist kein Minderheitenproblem, sondern ein Angriff auf unsere Demokratie, und wenn der Staat antimuslimischen Rassismus nicht wirksam bekämpft, verletzt er in vielfacher Hinsicht seine verfassungsrechtliche Fürsorgepflicht. Eine nachhaltige Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus in allen Bereichen erfordert vor allem strukturelle Veränderungen hier in Berlin. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Hanano, für Ihren Beitrag! – Als Nächstes ist Herr Prof. Dr. Pickel an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig): Ich danke Ihnen!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich kann an meine Vorrrednerin ganz gut anschließen. Der Berlin-Monitor wurde ja schon erwähnt, und ich würde gern mit ein paar Zahlen zu Berlin einleiten, die das Thema des antimuslimischen Rassismus behandeln, um gerade das Bild hier vor Ort etwas klarer zu machen. Sie können natürlich noch viel mehr dazu in dem Büchlein nachlesen, das hier abgebildet und frei verfügbar ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Ergebnisse, die ich Ihnen gleich vorstelle, stammen zum einen aus einer Repräsentativbefragung, die wir in Berlin regelmäßig alle zwei Jahre durchführen, und zum anderen aus einer Befragung, die wir unter 711 Muslimen in Berlin durchgeführt haben. Zudem gab es mehrere Gruppendiskussionen und tatsächlich auch Einzelinterviews, die ebenfalls eingeflossen sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In sieben Minuten werde ich es logischerweise nicht schaffen, Ihnen alles zu erzählen, aber ich versuche, ein paar Sachen zu highlighten. Als Erstes die antimuslimischen Einstellungen, Kollege Fereidooni hat ja schon auf diese Einstellungen hingewiesen: Wir haben eine relativ breite Einstellungsbefragung in Berlin durchgeführt. Die Ergebnisse sehen Sie hier vor sich, das sind die Prozentzahlen. Man kann feststellen, dass eine sehr starke Islamfeindlichkeit vorherrscht. Das Bild vom Islam ist sehr negativ geprägt. Von 50 bis 60 Prozent der Berlinerinnen und Berliner kann man sagen, dass sie den Islam als eine rückständige Religion ansehen und davon abgeleitet auch gegenüber Muslimen, sagen wir mal, sehr zurückhaltend agieren.

Deutlich schwieriger ist es noch, wenn wir Zuschreibungen haben, die bei einem Drittel der Berlinerinnen und Berliner vorherrschen, die man als Islamismuszuschreibungen zuordnen kann, also wenn man davon ausgeht, dass Muslime generell den Westen islamisieren oder die

Scharia durchsetzen wollen. Das ist ein tatsächlich sehr weitreichendes Momentum. Wir finden dementsprechend ein Klima, in dem man sagen kann, dass sehr viel an antimuslimischen Einstellungen und wahrscheinlich auch rassistischen Einstellungen vorherrscht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das hat Folgen, und wir gehen jetzt auf die Seite der Muslime. Wir haben Muslime nach verschiedenen Diskriminierungserfahrungen und -formen befragt. Man kann feststellen, dass knapp 80 Prozent der in Berlin lebenden Muslime in den letzten fünf Jahren von Diskriminierungserfahrungen berichten. Diese können natürlich eine große Bandbreite annehmen, das ist ganz klar. Interessant dabei ist aber, dass tatsächlich, wenn wir darauf schauen, warum diese Diskriminierungserfahrungen stattgefunden haben, Religion oder Herkunft als die zentralen Merkmale genannt werden. Diese zentralen Merkmale verweisen darauf, dass es rassistische Diskriminierung ist und dies dementsprechend tatsächlich das Zentrum dieser Dinge ist, natürlich auch gerade bei Frauen intersektional mit einer sexistischen Diskriminierung verbunden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir ein bisschen weiterschauen, in welchen Bereichen diese Diskriminierung nach den Selbstzuschreibungen der Personen erfahren wird, erfolgen die meisten in der Öffentlichkeit, was nicht besonders überraschend ist. Aber gerade auch der Wohnungsmarkt und der Arbeitsplatz sind Bereiche, in denen solche Diskriminierungserfahrungen, von denen schon ein paar genannt wurden, stattfinden. Vielleicht besonders interessant gerade für eine Stadt ist natürlich, dass zu 28 Prozent Ämter und Behörden genannt werden, was auf den Bereich des sogenannten institutionellen Rassismus hindeutet.

Hier schwenke ich ganz kurz zu einer anderen Studie zu institutionellem Rassismus und Rassismus in Institutionen ab, die wir im bundesweiten Bereich gemacht haben und die erst noch veröffentlicht werden muss. Das bedeutet schlicht, dass dort eine Ungleichbehandlung vorliegt, bei der Personen, die muslimisch sind oder muslimisch gelesen werden, nicht die gleichen Rechte bekommen wie Personen, die nicht muslimisch gelesen werden. Uns wurde auch in den qualitativen Interviews mehrfach bestätigt, dass es zu solchen Geschehnissen kam. Grundlage sind dabei jetzt nicht Gesetzestexte, sondern häufig und durchgehend kulturelle Wahrnehmungen, dass man bestimmte Personengruppen nicht gleichbehandeln sollte.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich komme schon zum Fazit der Studien. Sie haben gesehen, dass wir in Berlin eine Atmosphäre haben, die sehr stark durch Islamfeindlichkeit geprägt ist und die auch relativ stark durch eine antimuslimische Ausrichtung und antimuslimische Einstellungen geprägt ist. Diese Einstellungen kommen bei Musliminnen und Muslimen ganz klar als rassistische Diskriminierung an. Sie werden über Religion und Herkunft begründet und auch sozusagen durchgeführt.

Wir finden allerdings ebenfalls Hinweise auf institutionellen Rassismus, also einen Rassismus, der in den Institutionen stattfindet. Da ist vielleicht noch zu ergänzen, dass dieser Rassismus nicht nur ein Rassismus ist, der gegen die Klienten stattfindet, also in Jobcentern, in

der Ausländerbehörde oder an anderen Stellen, sondern auch teilweise gegenüber Mitarbeitenden. Sie werden dann zum Beispiel, wenn sie in das Jobcenter kommen, weil sie dort arbeiten, zum Dienstboteneingang geschickt – damit man einfach einmal einen Eindruck davon erhält.

Wir stellen fest, dass antimuslimischer Rassismus in sozialen Interaktionen stattfindet, dass er natürlich immer wieder in medialen Repräsentationen auftritt und dass er tatsächlich auch in Institutionen verankert ist – und das sollte gerade einer Stadtverwaltung einige Sorgen machen, denke ich.

Was bedeutet das für Musliminnen und Muslime? – Das ist natürlich eine Einschränkung der Teilhabe und des Handlungsspielraums von Musliminnen und Muslimen in Berlin, die sozusagen ihre Rechte, die sie eigentlich haben, nicht umsetzen können, und das ist tatsächlich hochgradig problematisch. Es hat allerdings auch noch eine weiterreichende Konsequenz. Ich bin auch in der Radikalisierungsforschung tätig, und tatsächlich gibt es verschiedene Studien – wir haben auch selbst eine dazu gemacht –, die belegen können, dass Diskriminierung und Diskriminierungserfahrungen Radikalisierung bestärken können. Wenn wir also Diskriminierung abbauen, bekämpfen wir damit auch diese Wirkungen von Radikalisierung und das ist dementsprechend weiterreichend. Ich will jetzt keine neuen Forderungen stellen, sie wurden schon ausführlich genannt, und diese unterstütze ich durchgehend. Damit bin ich tatsächlich schon früher fertig. – Danke sehr!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Pickel! Auch für Ihren Vortrag und Ihre Präsentation, die wir sicherlich alle noch für unsere Unterlagen bekommen. – Der Nächste ist Herr Prof. Dr. Tezcan. – Sie haben das Wort!

Dr. Levent Tezcan (Universität Münster): Auch meinerseits einen ganz herzlichen Dank für die Einladung! – Ich habe keine Folien, ich habe keine Zahlen, aber es passt eigentlich ganz gut, dass ich an letzter Stelle bin. So sehe ich auch mit meiner Forschung meine Aufgabe darin, bestehende Forschung, bestehende Überlegungen ein wenig kritisch zu begleiten und Anregungen zu geben, um zu einer differenzierten Betrachtung zukommen. Das heißt aber nicht, dass ich die bestehenden Studien oder Ergebnisse, die hier präsentiert worden sind, nicht teile. Man müsste in das Gespräch kommen, aber dafür bräuchte es eine wissenschaftliche Diskussion oder wie auch immer. Dazu sind wir nicht hier.

In Bezug auf die Ungleichbehandlung und Feindseligkeiten gegenüber Minderheiten steigt die Sensibilität, und das ist für den Stand der Demokratie ein ganz guter Hinweis – so auch beim Thema dieser Enquete-Kommission: Muslimfeindlichkeit. Darunter werden aber verschiedenen Fälle zusammengefasst. Die Frage ist: Inwiefern gehören diese Fälle gleichermaßen zusammen, dass sie mit dem gleichen Begriff bezeichnet werden, ohne dass dadurch sozusagen die Fälle nicht dramatisch genug wären. Wir haben zum Beispiel gehört: Angriffe auf Moscheen, auf Muslime oder diejenigen, die für Muslime gehalten werden, tauchen hier genauso auf wie negative Einstellungen über den Islam, zum Beispiel eine rückständige Religion zu sein oder Frauen zu unterdrücken. Für mich stellt sich die Frage – es mag sein, dass das eine zu akademische Frage ist –, ob diese Einstellungen wirklich von der gleichen Art sind, von gleicher Natur sind oder ob sie doch andere Phänomene bezeichnen.

Dahinter steckt auch eine Sorge, die mich seit einiger Zeit etwas bewegt und die ich auch in meiner Arbeit in letzter Zeit versucht habe zu reflektieren. Wenn Begriffe wie Rassismus, Diskriminierung und Feindlichkeit etwas unspezifisch gebraucht werden, dann verlieren sie ihren Nutzen, und das kann nicht im Interesse einer Demokratie, einer demokratischen Öffentlichkeit sein. Wenn wir uns anschauen, was es an Beschreibungen gibt: Islamkritik, Islamophobie, Islamfeindlichkeit, auch Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus.

Wir haben dazu Studien präsentiert bekommen. Die Letzteren, also Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus beziehen sich – Für die Arbeit der Enquete-Kommission habe ich mich gefragt: Inwiefern dürfte eine Unterscheidung zwischen Muslimfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus einen Sinn machen? – In der Forschung wird darauf Wert gelegt, aber mir scheint der antimuslimische Rassismus viel mehr dem Anliegen von Minderheiten zu entsprechen, mit dem eigenen Leid sozusagen sichtbar zu werden. Ob das darüber hinaus mehr meint, bezweifele ich ein wenig. Ich würde das eher als Teil eines allgemeinen Rassismus betrachten, und der Rassismus unterscheidet eigentlich gar nicht zwischen den Arten der Fremden. Nur konjunkturell, aktuell kann es sein, dass der Rassismus sich ganz besonders auf die Muslime einschießt, und man kann dann auch diskutieren, wie das kommt, weil sich die Muslime als große Gruppe und besonders, das haben wir auch gesehen, als fremdbezeichnete Gruppe eignen.

Anfangs war in der Debatte von Islamophobie die Rede, aber man hat gesehen, dass die Spannbreite dieses Begriffs zu groß ist, denn darunter fallen islamkritische Positionen, Islamskepsis, Islamangst. Also vieles von dem, was ich hier gehört habe, könnte man auch als Islamangst bezeichnen. Feindlichkeit ist dann eine Stufe weiter, setzt sozusagen eine aktiver Handlung, zumindest potenziell. Überhaupt sollten wir schon eine Sensibilität für eine Differenz zwischen sozialer Distanz und negativen Einstellungen auf der einen Seite und der Feindlichkeit auf der anderen Seite im Blick behalten. Klar, auch Angst, Distanz und Misstrauen arbeiten mit Pauschalisierungen, aber die Frage ist: Ist jede Pauschalisierung gleich feindlich? –, denn im Alltag beobachten wir sehr viele Pauschalisierungen. Das ist auch nicht schönzureden, aber auch da scheint mir Feindlichkeit von einer ganz anderen Art zu sein.

Ich möchte diese Schwierigkeiten an einigen Beispielen antippen. Im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit steht zur Arbeitsdefinition:

„Muslim*innen werden dabei zu gesellschaftlich Anderen gemacht, indem ihnen negative Eigenschaften zugeschrieben werden: Sie gelten vielfach als rückständig, gefährlich, durch ihre Religion unterdrückt bzw. schwer integrierbar.“

Das sind mehrere Eigenschaften. Ich frage mich, ob alle wirklich so zusammengehören – auch wenn wir alle zurückweisen mögen, das ist keine Frage. Jemand kann den Islam und die Muslime für rückständig halten, weil er entweder alle Religionen als überholt betrachtet oder weil er den Islam unter den anderen Religionen als besonders rückständig versteht. Die anderen hätten sich modernisiert, Muslime wären nicht so weit. Das sind Positionen, die vorkommen. Das sind übrigens Positionen, die auch in der muslimischen Welt immer wieder vorgekommen sind und politische Strömungen begründet haben. Oder dem Islam wird Affinität zum Patriarchat attestiert, also Frauen würden unterdrückt. Sicher ist das eine Pauschalisierung, eine genauere Sicht darauf würde das widerlegen. Man muss diese Einstellungen nicht teilen, aber Feindseligkeit ist darin nicht automatisch gegeben. Man kann sogar so weit gehen, und das würde ich auch tun: Man kann eine historische Allianz, also nicht eine wesentliche, sondern eine historische Allianz, zwischen dem real existierenden Islam und dem real existierenden Patriarchat unterstellen. Diese These vertrete ich, aber man muss natürlich in die Geschichte der muslimischen Länder schauen, und da zeigt sich das anders. In den Sechzigerjahren sah es ganz anders aus als in den Achtziger- oder Neunzigerjahren.

Der Islam schneidet nach einer Bertelsmann-Studie im Vergleich von Religionen am schlechtesten ab. Wie deuten wir das? – Man kann da von Muslimfeindlichkeit sprechen oder es in diese Richtung interpretieren, man kann aber auch andere Gründe suchen, um das zu verstehen – nicht gutzuheißen, aber zu verstehen. Erstens: Die konflikthafte Geschichte zwischen dem Islam und dem Christentum und deren Effekte sollte man nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Das Verhältnis zwischen dem Christentum und dem Buddhismus sieht historisch möglicherweise anders aus. Zweitens: Viel wichtiger sind aktuelle Entwicklungen. Es gibt keine buddhistische Bewegung in Europa, in Deutschland, die sich über eine antiwestliche Ideologie definiert und sie dann auch gegebenenfalls zum Teil in Gewalt ausdrückt.

Der dritte Grund betrifft die soziale Lage, in der die Muslime auftreten. Buddhisten sind entweder ganz wenig, oder Buddhisten sind konvertierte Deutsche oder Deutsche, die sich mit buddhistischen Praktiken, Yoga und so weiter, identifizieren. Diese Yogakultur und andere Elemente sind sogar in die Alltagskultur, Therapienkultur in Deutschland eingegangen. Muslime hingegen treten in sozial benachteiligten Stadtteilen, eher sozial in unteren Klassenlagen auf, und das sind Bereiche, wo wirklich auch Konflikte sind; und wo Konflikte sind, treffen die Menschen nicht als Wissenschaftler aufeinander und unterscheiden auch nicht zwischen Islam und Muslimen, sondern das, was sie an den Muslimen sehen – richtig oder falsch interpretiert –, ist dann Islamkritik.

Ein letzter Satz: Diese Pauschalisierungen, also als Muslime zu lesen – – Klar, es trifft nicht zu, dass alle Araber und Muslime sich so sehen, aber umgekehrt: Die meisten Araber und Türken sind Muslime, und sie verstehen sich als Muslime. Von den Türken weiß ich, dass es ungewohnt ist, dass jemand, der Türke ist, sich nicht als Muslim versteht – man geht davon aus. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Tezcan, für Ihre Ausführungen! – Wir würden jetzt in die erste Ausspracherunde kommen. Ich stelle bewusst noch einmal die Frage: Die Verständigung ist, pro Redebeitrag, pro Block zehn Minuten, in zwei Teile aufteilbar, wenn gewünscht. Ich würde aber nach neun Minuten den Hinweis geben, dass noch ungefähr eine Minute übrig ist, damit wir uns an die Zeitkontingente halten, weil wir später auch noch einen zweiten Block haben und wir ganz bewusst entschieden haben, dass wir nicht überziehen wollen und die Diskussion für die Aussprache brauchen. Sind alle mit dieser Verabredung einverstanden? – Super. Ich werde also nach neun Minuten den Hinweis auf die letzte Minute geben, und dann schauen wir, ob wir mit einem Gedankengang zu Ende kommen, aber dann bitte nicht zu sehr überziehen. – Vielen Dank! – Wir beginnen mit der CDU-Fraktion. Wer spricht? – Herr Dr. Funck, Sie haben das Wort!

Dr. Marcus Funck: Danke sehr! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen auf sehr hohem Niveau! Ich versuche, das zu halten. Ich möchte vorab sagen, dass kritische Einwände keine Negation der Befunde, vor allem der empirischen Befunde, bedeuten, die Sie jetzt vorgetragen haben. Die sind vom Trend her relativ eindeutig und auch weitgehend unumstritten. Ich persönlich bevorzuge im Konkreten zu arbeiten und zu diskutieren, was wir später auch noch tun werden, aber zunächst einmal ist eine Debatte nötig – da schließe ich an Herrn Tezcan an – über Definitionen, Begriffe und Kategorisierungen, um die Voraussetzungen für eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Wir sehen uns mit einer Vielzahl von Begriffen konfrontiert, hinter denen theoretische Konzepte stehen, die dieses Phänomen von Abwertung von Muslimen in unserer Gesellschaft zu erfassen versuchen. Das weist ei-

nerseits auf historische Gewordenheit und Veränderbarkeit der Phänomene, aber auch der Begriffe hin, andererseits aber auch auf die Vielschichtigkeit des Problems, so wie das eben zum Schluss ausgeführt wurde – und dann auch mögliche qualitative Unterschiede in ablehnenden Einstellungen. Ich möchte das zunächst gar nicht werten, sondern eine Frage nach dem Verhältnis dieser Begriffe zueinander stellen. Sehen Sie diese eher in Konkurrenz, also dass es gewissermaßen sich einander ausschließende Konzepte sind, oder sind es nicht auch einander ergänzende Begriffe und Konzepte, die sinnvollerweise eine Vielzahl von Phänomenen erfassen und sich auf unterschiedliche Wirklichkeitsbereiche beziehen?

Etwas konkreter zum Konzept des antimuslimischen Rassismus, der zu so etwas wie einem Leitbegriff in den Sozialwissenschaften geworden zu sein scheint, obwohl Herr Pickel von wahrscheinlich rassistischen Einstellungen sprach oder auch ein paar einschränkende Bemerkungen gemacht hat: Er hat natürlich seine Stärken, aber eben auch seine Schwächen. Insbesondere aufgrund dieser kulturalistischen Erweiterung droht der Begriff soweit inflationär verwendet zu werden, dass er tatsächlich seine Prägnanz und Erklärungskraft im Konkreten zu verlieren droht – abgesehen von politischen Instrumentalisierungen, die sich auch daran knüpfen. Ein zweites Problem sehe ich darin, dass er assoziativ mit einem historischen Rassismusbegriff verknüpft wird und so fast schon eine überzeitliche Bedeutung zu bekommen droht, also gewissermaßen eine umgekehrte Essenzialisierung: Rassismus in westlichen Gesellschaften, der sich von seinen Ursprüngen her bis in die Gegenwart durchzieht. Das ist eine Gefahr von Essenzialisierung, auf die ich hinweisen möchte. Auch Herr Tezcan hat schon darauf hingewiesen: Es besteht auch die Gefahr der Vernachlässigung anderer Ursachen von Abwertung. Soziale Distanz haben Sie genannt. Soziale Lage generell, Bildungsstand, Status in der Gesellschaft sind auch mögliche Ursachen von Distanzierung und Abwertung, die nicht notwendigerweise in rassistischen Einstellungen begründet sind.

Zur Einstellungsforschung: Sie liefern uns immer harte Zahlen, an denen wir uns orientieren, mit denen aber auch Unsicherheiten verbunden sind, die leider, medial zumindest, nicht so kommuniziert werden, wie sie kommuniziert werden sollten. Ich habe eine Frage an die Einstellungsforscher: Inwiefern beeinflussen denn diese vorab gesetzten Begriffs- und Definitionsdebatten die Umfragen in ihrem Design, in der Erstellung von Items und auch in der Auswertung? Kämen Sie zu anderen Ergebnissen, würden Sie andere Grundbegriffe zugrunde legen?

Die Betroffenenperspektive hat nicht nur in Bezug auf Muslimfeindschaft, sondern auch in anderen Bereichen zunehmend an Bedeutung gewonnen, und das ist auch zu begrüßen, denn keiner soll in seiner eigenen Wahrnehmung in Unsicherheit leben. Es gibt aber natürlich auch Gefahren, die darin liegen, weil damit noch größere Unsicherheiten verbunden sind, aufgrund von Wahrnehmung und subjektivem Empfinden, die individuell jeweils unterschiedlich ausgeprägt sein können. Wahrnehmung schafft Realität, aber es kann auch eine parallele Realität sein, die nicht mit objektiv bestimmbaren Realitäten übereinstimmt. Wie diese Differenz ausglichen wird, würde mich sehr interessieren.

Auch gibt es Tendenzen, dass individuelles Leid – das ist immer schwer zu ertragen und muss bekämpft werden – gewissermaßen kollektiviert wird, aus einer allgemeinen Struktur heraus erklärt wird. Das kann stimmen, aber es muss nicht stimmen. Gibt es da Kontrollmöglichkeiten und Mechanismen in den Umfragen bei den Meldestellen et cetera?

Last, not least: Wir sprechen hier ja auch über gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das betrifft nicht nur das Thema, mit dem wir uns heute befassen. Diese zunehmende Fokussierung auf die Wahrnehmung von Betroffenen, auf subjektives Empfinden kann auch zur Konstruktion, zur Konstituierung von gewissermaßen Opfergemeinschaften führen, die sich dann selbst isolieren und auf sich selbst beziehen, also zu Gruppenbildungen führen, die sich gewissermaßen in Selbstisolation begeben. Sehen Sie diese Gefahr, und wenn ja, wie könnte man ihr begegnen? – Ich glaube, ich habe noch ein bisschen Zeit und gebe an Herrn Grigat weiter.

Vorsitzender Raed Saleh: Sehr gern! – Herr Grigat, Sie haben noch drei Minuten!

Dr. Stephan Grigat: Vielen herzlichen Dank! – Ich möchte eigentlich nur ein Beispiel von dem Vorgetragenen herausgreifen, an dem, glaube ich, sehr deutlich wird, dass bei den dargestellten Kategorien viel durcheinandergegangen ist. Ich glaube, dass ein prinzipielles Problem in den meisten der Ausführungen war, dass ganz offensichtliche Fälle von Fremdenfeindlichkeit, von Rassismus, von Diskriminierung mit ganz anderen Dingen zusammengeworfen werden.

Ich versuche das an einem sehr deutlichen Beispiel zu illustrieren, das mich, ehrlich gesagt, ein bisschen sprachlos gemacht hat, nämlich das Beispiel „Islamisten raus!“. „Islamisten raus!“ ist kein Beispiel für antimuslimischen Rassismus oder für Diskriminierung, sondern das sollte eigentlich der Minimalkonsens sein, auch von allen hier vertretenen demokratischen Fraktionen. Mit Islamisten sind in allen gängigen Interpretationen der Politikwissenschaften und der Sozialwissenschaften Gruppierungen gemeint wie die Hamas, die Hisbollah, der islamische Dschihad, das iranische Regime, Ansar Allah, al-Qaida, der IS und so weiter und so fort. Das ist also etwas völlig anderes, als wenn jemand eine pauschalisierende Äußerung über alle möglichen Muslime auf der Welt macht. Ich wiederhole das noch einmal: Das kann und darf nicht als ein Beispiel für antimuslimischen Rassismus, für Islamfeindlichkeit, und was auch immer man als Begriff dort für angemessen ansieht, betrachtet werden, sondern man sollte sich im Prinzip darauf verständigen, dass das genauso wie so eine, natürlich parolenhafte, Äußerung wie „Nazis raus!“ der Minimalkonsens ist, wenn man sich mit diesem Problem auseinandersetzt und beschäftigt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank auch Ihnen, Herr Prof. Grigat! – Wir machen weiter mit Frau Bozkurt.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Ich danke sehr herzlich! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich danke den Anzuhörenden für die Zeit, aber auch für die Expertise! Ich danke auch sämtlichen Senatsmitgliedern, die heute da und zahlreich erschienen sind. Vielen herzlichen Dank! Das wissen wir wirklich sehr zu schätzen. Ich habe auch viele Fragen an Sie.

Ich möchte damit beginnen, dass wir uns noch einmal vergegenwärtigen, über welchen Gegenstand, über welche Gruppe wir sprechen. Musliminnen und Muslime und als muslimisch gelesene oder wahrgenommene Menschen machen in Berlin etwa 10 Prozent der Gesellschaft aus. In meinem Wahlkreis sind es etwa 50 bis 60 Prozent. Das ist eine ganze Menge Menschen. Das sind Menschen, die verschiedentlich Erfahrungen machen, subjektiv, objektiv betrachtet, die man rassistisch nennen kann, die man feindlich nennen kann. Wie man es auch nennen möchte, sie sind faktisch existent. Wir haben es mit einer Gruppe von Menschen zu tun, die immer wieder das Gefühl hat – nicht nur das Gefühl, das wird ihnen auch gesagt und

deutlich gemacht –, als seien sie die Aussätzigen, die Schmuddelkinder dieser Gesellschaft; als sei ihre Teilhabe an Bedingungen geknüpft oder knüpfbar, als wäre es vollkommen in Ordnung, einen Riegel aufzustellen, der erst dann aufgeht, wenn bestimmte Dinge erfüllt werden. Diese bestimmten Dinge, die Kriterien sind willkürlich. Darüber entscheidet dann die Mehrheitsgesellschaft. Ein Herr Grigat vielleicht oder ein Herr Funcke entscheidet darüber, welche Bedingungen diese Menschen erfüllen müssen, damit sie Teil sind, damit ihre Erfahrungen als gegeben und nicht nur als subjektiv gesehen werden. Das scheint so eine Regel zu sein, auf die ich auch gern im Einzelnen noch zu sprechen kommen werde.

Es ist mir, uns, ein wichtiges Anliegen, deutlich zu machen: Die Teilhabe dieses Teils der Gesellschaft ist zwingend erforderlich, wenn wir uns Demokratie nennen wollen – und das in aller Klarheit. Wenn wir die Teilhabe nicht sicherstellen können, und zwar bedingungslos, so wie sie allen zusteht, allen Teilen dieser Gesellschaft, dann haben wir ein Problem. Dann haben wir ein Glaubwürdigkeitsproblem, was unsere Demokratie angeht.

Darüber zu sprechen, ob das subjektiv ist oder welche Art des Rassismus hier vorherrscht, ob es ein Rassismus ist, ob es Feindlichkeit ist, finde ich tatsächlich eine Bagatellisierung des Themas. Ich finde es erstaunlich, dass wir das hier in diesem Fall machen, und wenn wir in anderen Fällen über Diskriminierungsformen sprechen, tun wir das nicht. Dort sehen wir es als gegeben an, dass es Erfahrungen und eben auch Zahlen gibt, die auf diesen Erfahrungen fußen, die deutlich machen, dass es begründet ist – und zwar eben nicht nur die Zahlen, die Fallzahlen, sondern auch die Befragungen dahin gehend, welches die Einstellungen sind, die diese Erfahrungen erst hervorbringen. Dass wir das negieren, das finde ich – – Ich musste hart schlucken. Ich habe versucht, es mit einem Lachen zu überspielen, aber es ist tatsächlich ein ganz schöner Kloß im Hals, dass man das so in Abrede stellt.

Ich erzähle Ihnen einmal etwas: Ich habe 20 Jahre lang ein Kopftuch getragen. Ich habe erlebt, was Sie als subjektiv oder individuell oder als nicht gegeben erklären oder wahrnehmen. Das habe ich alltäglich erlebt. Ich erlebe es immer noch. Ich habe aber noch viel gravierendere und krassere Formen erlebt, als ich noch ein Kopftuch getragen habe. Wir haben heute in unserem Kreis keine Frau, die ein Kopftuch trägt. Hätten wir eine, hätte sie von ihren aktuellen Erfahrungen, die sehr wahrscheinlich noch einmal deutlich gravierender sind, gesprochen. Das in Abrede zu stellen und dann so zu tun, als wären das individuelle Erfahrungen, während Menschen, die wie ich Nachkommen von den sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern sind, alltäglich, von klein auf den Rassismus strukturell, institutionalisiert und intentional erlebt haben, ist, mit Verlaub, eine Frechheit! Das muss ich in dieser Klarheit sagen. Ich bin erschüttert, wie Sie darüber sprechen!

Dann komme ich zu der Frage der Islamfeindlichkeit. Ich bin bei den Grünen. Bei uns, bei den Grünen, auch bei der Linken, gibt es eine humanistische, progressive, aufgeklärte Tradition der Religionskritik. Ich tue mich damit überhaupt nicht schwer, jeder Mensch kann den Islam gut oder schlecht finden. Das ist mir vollkommen schnuppe. Darum geht es auch gar nicht. Worum es geht, ist die Feindlichkeit, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, der Rassismus gegen Menschen, denen der Glauben an den Islam nachgesagt wird. Das ist etwas vollkommen anderes. Es geht hier auch nicht nur um Musliminnen und Muslime, sondern auch um solche, die als solche gelesen werden. Um solche Menschen geht es auch. Da eine Trennung aufmachen zu wollen und zu sagen: Na ja, die haben ein Problem mit dem Islam. – Sollen sie! Mir ist es total egal, ob sie ein Problem mit dem Islam haben oder nicht. Mir geht

es darum, dass man die Menschen, die von dieser Form des Rassismus betroffen sind, nicht, wie ich es vorhin sagte, wie Aussätzige behandelt und so tut, als stünde es den anderen zu, die sie so behandeln, weil man ja kritisch mit deren Glauben ist. Das geht nicht.

Ehrlicherweise, Herr Grigat, wenn Sie sagen: Islamisten raus –, wissen Sie, wie oft ich als Islamistin bezeichnet wurde, als ich ein Kopftuch getragen habe? Wie machen Sie die Klassifizierung? Wer definiert das? Woher wissen Sie das? Woher weiß es der Otto Normalbürger? Wie definiert man das? Die meisten Menschen bekommen es noch nicht einmal hin, Muslim zu sagen, und sagen Muselman oder Islamist oder Islamgläubiger. Das nicht zu verstehen und zu pauschalisieren oder zu vereinfachen, weil man jetzt den Slogan braucht: Ja, Hamas raus oder das oder jenes raus! – Dass Radikale und Extremisten kein Teil dieser Gesellschaft sein sollten, ist gar nicht der Gegenstand dieser Debatte hier. Das wissen Sie ganz genau, und Sie tun trotzdem so, als wäre das der Gegenstand, über den es keinen Konsens gibt. Den gibt es schon längst. Hören Sie auf mit der Spalteritis! Es gibt einen Konsens, was Extremismus ist und was nicht Extremismus ist. Worüber es keinen Konsens gibt, ist: Wer definiert, wer Muslim ist? Wer definiert, wer Islamist ist?

Ich komme zu den Fragen, sonst ärgere ich mich noch weiter. – Vielen Dank, Herr Prof. Tezcan! Es war sehr unterhaltsam, Ihnen zuzuhören. Sie haben einige sehr spannende Dinge gesagt. Sie sprechen davon, dass man nicht alles als Rassismus rahmen soll. Das haben Sie gerade auch gemacht, und es gab auch gleich Fürsprecher und Leute, die Ihnen sofort beigesprungen sind. Aber wenn es nicht Rassismus ist, was ist es dann? Sie haben gesagt, das ist Islamkritik. Und wenn es Menschen betrifft, die wegen ihres Namens, der zufällig Ahmad, Ali oder Ayşe ist, systematisch Rassismus erleben? Ich nenne es Rassismus, wie nennen Sie es? Das würde ich gern verstehen. Benachteiligung, schon klar. Ich meine, es gibt Studien. Sie schauen sehr erstaunt, als hätte ich etwas komplett Neues gesagt. Es gibt doch Studien darüber. Haben Sie nicht mitbekommen, dass Tests gemacht wurden, dass jemand mit dem Namen Mehmet sich deutlich häufiger bewerben muss als jemand mit dem Namen Thomas? Das haben Sie doch mitbekommen. Was ist das? Das ist kein Rassismus, aber was ist es dann? Das würde ich gern einmal verstehen. Wie kann eine produktive Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit gelingen, wenn ihre strukturelle Dimension ausgeblendet wird? Das wüsste ich gern.

Dann an Herrn Prof. Fereidooni: Sie haben über die Repräsentation von muslimischen Menschen in der Politik gesprochen, dass es mehr muslimische, auch muslimisch gelesene, Abgeordnete braucht. Können Sie uns etwas dazu sagen, wie man damit umgeht, wenn es aber internalisierte Formen von Rassismus gibt? Denn es gibt viele Musliminnen und Muslime und muslimisch gelesene Menschen in sämtlichen Führungspositionen, nicht nur in der Politik, die den Rassismus aber so verinnerlicht haben, dass sie ihn selbst reproduzieren, und dann als Feigenblatt genutzt werden, als diejenigen, die als Kronzeugen auftreten und den Rassismus noch weiter reproduzieren und fortführen. Wie gehen wir damit um? Vielleicht haben Sie für uns ein paar Ideen, die wir für unsere Arbeit mitnehmen können.

Was müsste konkret passieren, damit Berliner Behörden sich nicht länger als neutral verstehen, sondern als aktive Akteure gegen strukturellen Rassismus? Sie erleben das ja bestimmt auch. Jetzt ist es allenthalben neutral, sich nicht gegen Faschismus, Rassismus und sämtliche Formen von Diskriminierung, aber eben auch Antisemitismus einzusetzen. Das scheint jetzt eine Frage von Neutralität zu sein.

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Bozkurt, noch eine Minute!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Ich komme zum Schluss. Danke! – Sehen Sie Anzeichen für institutionelles Lernen in der Berliner Verwaltung, oder erleben wir eher Symbolpolitik ohne Strukturveränderungen? Das wäre eine Frage.

Ich hätte noch eine an Frau Hanano: Welche konkreten Handlungsempfehlungen geben Sie dem Berliner Senat, damit muslimische Schülerinnen und Schüler nicht weiter durch Schulordnungen, Lehrerinnen und Lehrer oder Curricula benachteiligt werden, vielleicht in Verknüpfung mit der Frage zum Neutralitätsgesetz, weil das auch den Schulpflichtbereich betrifft. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Bozkurt! – Mir ist wichtig, dass wir insgesamt alle gemeinsam respektvoll, auch im Ton, miteinander umgehen. Ich fand die Diskussion, die wir bislang hatten, so, dass es unterschiedliche Positionen gibt. Dafür sitzen auch unterschiedliche Expertinnen und Experten mit unterschiedlichen Expertensichtweisen hier am Tisch, um am Ende vielleicht etwas Gemeinsames daraus zu machen oder zu sehen, wo es Schnittmengen gibt und wo es keine gibt. Das kann man später festhalten. Deswegen wäre meine Bitte, dass wir zum respektvollen Ton zurückkommen. Niemand ist unverschämt, wenn er andere Positionen hat, sondern wir tauschen uns aus. Das würde ich gern für den gesamten heutigen Tag beibehalten. Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Frau Dr. Bostancı. – Bitte schön!

Dr. Seyran Bostancı: Vielen herzlichen Dank für die sehr wichtigen Inputs und für die Darstellung, wie Musliminnen und Muslime hier in Berlin und in Deutschland wahrgenommen, bewertet und abgewertet und oft als Problem dargestellt werden. Danke auch für die Darstellung der rassistischen Diskurse, die, wie durch die Inputs deutlich wurde, früher vielleicht eher am Rand des gesellschaftlichen Spektrums standen und sich zunehmend normalisiert haben. Das ist an einem Tag, an dem wir über den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen, mit Sorge zu beobachten.

Ich würde hier gern noch eine wissenschaftliche Perspektive zu den Begriffen Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus einbringen und dafür plädieren, dass wir nicht hinter nationale und internationale Standards zurücktreten dürfen. Auf Landesebene wäre es sehr fatal, wenn wir die internationalen und nationalen Diskurse hier vernachlässigen. Es kann gern im UEM-Bericht oder auch bei der European Commission against Racism and Intolerance – ECRI – noch einmal dezidiert zu Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus nachgelesen werden. Das ist wissenschaftlich, politisch und institutionell längst gesetzt, und darauf würde ich mich gern berufen.

Wir beobachten die Normalisierung und auch die tiefgreifenden Folgen, wie sie hier exemplarisch anhand von Forschungsergebnissen dargestellt wurden. Auf die Diskriminierung im All-

tag und in Institutionen würde ich gern noch näher eingehen und verstehen wollen: Herr Pückel! Sie haben erläutert, dass antimuslimischer Rassismus sich auch institutionell einschreibt. Wir haben vor allem viele Einstellungsforschungen zu antimuslimischem Rassismus. Könnten Sie bitte noch dezidiert aufschlüsseln, wo genau sich antimuslimischer Rassismus in den Institutionen, in den Behörden einschreibt und sich zeigt? Mich würde auch interessieren, welche Wirkungen das entfaltet. Zudem wurde dargestellt, dass antimuslimischer Rassismus stark angestiegen ist. Mich würde noch interessieren, warum das so ist. Was für Erklärungen haben Sie, und was macht das mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn antimuslimischer Rassismus so stark ansteigt?

Dann habe ich noch eine Frage an Karim Fereidooni: In Ihrem Vortrag haben Sie die Initiierung von Studien zu antimuslimischem Rassismus angesprochen, sowohl im Bereich der Grundlagenforschung als auch in der praxisorientierten Forschung. Mich würde stark interessieren, in welchem dieser Bereiche Sie derzeit den größten Forschungsbedarf sehen. Gibt es spezifische Fragestellungen, die aus Ihrer Sicht besonders dringlich beantwortet werden müssten, vor allem im Kontext des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Wo sehen Sie da die größten Forschungslücken?

Sie sind ja auch Bildungsforscher. Mich würde noch interessieren, weil ich auch aus der Bildungsforschung komme und vor allem im Kontext der frühen Kindheit forsche: Allein da sieht man schon, wie Zuschreibungs- und Etikettierungspraktiken – das zeigen auch Beobachtungsstudien – schon im frühen Alter beginnen. Weil beispielsweise ein Junge, der Ahmad heißt, nicht den Tischdienst übernehmen möchte, wird er von den Erzieherinnen und Erziehern, gar nicht mit böser Absicht, aber als Pascha betitelt. Man sieht, wie diese Zuschreibungs- und Etikettierungspraktiken durch die Bildungslaufbahn hinweg wirken und was für negative Folgen das für die Lernprozesse hat. Ich würde mich freuen, wenn Sie darauf auch noch eingehen könnten.

An Frau Hanano habe ich die Frage: Sie haben die Fallzahlen und die Wirkung von antimuslimischem Rassismus dargestellt. Mich würde interessieren, wie Sie es einschätzen, dass dieser gesellschaftliche Diskurs der Normalisierung von antimuslimischem Rassismus auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wirkt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön, Frau Piesche!

Peggy Piesche: Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die Expertinnen und Experten für Ihre Darstellungen! Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen und vor allem auf die Punkte eingehen, die uns Prof. Fereidooni und Rima Hanano dargestellt haben, nämlich den Aspekt der Fremdzuschreibungen. Hier haben Sie, Prof. Fereidooni, vor allem über muslimisch gelesene Menschen gesprochen. Sie, Frau Hanano, haben das noch einmal verstärkt und uns dargestellt, dass Menschen als Vertreterinnen und Vertreter einer Gruppe wahrgenommen werden. In dem Sinne bedeutet dies bereits, dass wir hier von Zuschreibungen ausgehen müssen – nicht individualisiert, sondern gruppenspezifisch. Annita Kalpaka hat bereits in ihrer Studie zur Kulturalisierungsfalle 2005 davon gesprochen, was das für Konsequenzen hat. Prof. Auma hat dazu für heute eine Stellungnahme vorgelegt, und darauf möchte ich noch einmal stärker eingehen.

Gerade die Beispiele, dass auch Frauen mit Kindern antimuslimischem Rassismus ausgesetzt sind, zeigen bereits, wie gesellschaftliche Empathien heruntergefahren sind beziehungsweise wie eine prophylaktische Kriminalisierung vorgenommen wird, und das bereits im Kindesalter. Wir sehen, dass dies auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung dieser Menschen hat. Deshalb würde ich gern bei Prof. Fereidooni nachfragen, ob Sie zu diesen Fremdzuschreibungen noch etwas deutlicher sprechen und vielleicht auch auf die Studien von Prof. Mecheril und Prof. do Mar Castro Varela eingehen können, die sie bereits 2016 unter anderem zu diesen Dämonisierungspraxen vorgelegt haben.

Ich will nur ein Beispiel nennen, da Sie, Herr Dr. Funck, gerade von der Konkretisierung sprachen. Das finde ich auch einen wichtigen Aspekt. Die Konsequenzen, die wir in diesen Fremdzuschreibungen sehen, die gruppenspezifisch Menschen, zum Teil auch Kindern, nicht mehr ihre Individualität zusprechen, sondern sie als – das haben wir gehört – zum Teil kleine Islamisten oder Paschas wahrnehmen, haben wir unlängst gesehen, nämlich unter anderem in der Kleinen Anfrage der AfD zu den Vornamen der Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern. Da möchte man sich fragen: Warum kommt so eine Anfrage? Was ist die Erwartungshaltung dahinter? –, und wir sehen uns das Ergebnis dazu an, das uns sagt, dass Thomas, Michael und Andreas die ersten Vornamen sind und auf Platz 7 Ahmad kommt. Da könnte man jetzt schmunzeln, und das tun wir vielleicht hier auch, aber das hat eine gesellschaftliche Implikation, auch diese Anfrage selbst. Die Motivation dieser Anfrage ist genau in diesen Fragen eingelegt, von denen Sie sprachen, nämlich die Nichtanerkennung, dass es strukturellen Rassismus gibt, sondern das zu essenziellieren und natürlich dann die Annahme, das, was Menschen bereits in ihre Körper eingeschrieben ist – Herr Funck, Sie kommen in einen Raum, und Sie werden wahrgenommen als Dr. Funck. Andere Menschen kommen in einen Raum, und sie werden wahrgenommen mit dieser bereits in der Luft liegenden Frage von Bürgergeldempfängernamen oder auch dem, was wir bereits von den Expertinnen und Experten gehört haben. Das heißt, die Sicherheit im öffentlichen Raum ist nicht für alle gleichermaßen gegeben und der Respekt, die Achtung und die Wertschätzung, dass wir als Menschen auf dem Boden des Grundgesetzes wahrgenommen werden, auch nicht.

Ich möchte abschließend noch darauf hinweisen: Da ich schon festgestellt habe, dass der Stand der Rassismusforschung sowohl national als auch international gegebenenfalls doch infrage gestellt wird, möchte ich, anschließend an meine Kollegin, auf den Nationalen Aktionsplan, den NAP, zu Rassismus und Rechtsextremismus verweisen, in dem bereits von der Bundesregierung die vulnerablen Gruppen dargestellt wurden und auf dem Stand der Rassismusforschung sehr deutlich gezeichnet wurde, was unter anderem antimuslimischer Rassismus ist.

Als Letztes eine Bemerkung zu den Berliner Behörden, nämlich dass wir auch heute sehr deutlich gesehen haben, dass Neutralität nicht bedeutet, keine Haltung oder keine Stellung zu diesen Erfahrungen von antimuslimischem Rassismus zu haben, sondern auf dem Boden des Grundgesetzes diese Rechte und die Unverletzlichkeit der Würde der Menschen zu verteidigen. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann wären wir jetzt bei Ihnen, Frau Eralp!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank!– Ich beginne einmal, und ich will ein bisschen grundsätzlicher anfangen: antimuslimischer Rassismus als Strategie der extremen Rechten, der neue

Rassismus kulturell und religiös begründet statt genetisch. In Sarrazins Buch von 2010 kristallisierte sich eine bestimmte Form von Rassismus gegenüber Menschen, die aus überwiegend muslimischen Ländern eingewandert sind, oder der nachfolgenden Generation heraus. Da knüpfte er noch klar an die Genetik mit der These, dass Araber und Türken kriminelle Gene hätten, an. Das war bis dahin auch in der extremen Rechten gängig. Das hat sich aber mit der Zeit geändert. Jetzt wird die Minderwertigkeit vor allem mit der Religion begründet, teilweise auch mit der Kultur.

In einem Strategiepapier der NPD stellt sie schon Anfang 2010 klar, dass der sogenannten Islamkritik eine politische Eisbrecherfunktion für taktisch denkende Nationalisten zukomme. Ich zitiere hier. In dem Papier heißt es weiter:

„Die nationale Opposition ist also wahltaktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen ... und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört.“

Diese Strategie hat die AfD übernommen und argumentiert vor allem kulturell und religiös. Das ist der neue Rassismus, und deswegen ist es wichtig, ganz klar zu sagen: Es geht um antimuslimischen Rassismus.

Dieses Problem ist aber inzwischen in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet, wie die Studienlage eben dargestellt hat. Das ist kein Wunder, wenn von oben genau diese Art des Rassismus gepredigt wird, und das geht tief in das demokratische Parteienspektrum hinein. Beispielsweise zeigt das die diskursanalytische Studie von 2022 von Dr. Mustafa, der diese im Auftrag des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit durchgeführt hat, welcher vom Bundesministerium des Innern – BMI – eingesetzt wurde, also nicht von einer linken Einrichtung. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass demokratische Parteien Diskurse der extremen Rechten, vor allem der AfD, übernehmen und sie dadurch stärken und antimuslimische Hetze verschlimmern.

Zu der CDU heißt es – das sind alles Zitate –: Vor Parallelgesellschaften und kriminellen Clans warnt auch die CDU/CSU. Auch bei ihr sind Muslime eindeutig die Anderen und es herrscht ebenfalls eine klare Tendenz zu Pauschalierung. Auch die CDU sieht sich als Hüterin einer durch das christlich-jüdische Abendland geprägten deutschen Leitkultur, zu deren Werten sich Muslime zu bekennen haben. Nur so und durch erbrachte Arbeitsleistungen können sie integraler Teil der Gesellschaft werden. Zur Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland findet sich in den Wahlprogrammen der Union kein Bekenntnis.

Daher frage ich hier auch die CDU: Sie sprechen von gesellschaftlichem Zusammenhalt, und zugleich vergiften Sie das Thema durch solche Debatten. Wie passt das zusammen? Sind Sie bereit, hier in dieser Enquete-Kommission zu lernen? Dafür müssten Sie erst einmal zuhören, das wäre der erste Weg. Wir als Linke sind bereit zu lernen und uns auch selbst immer wieder zu hinterfragen, obwohl diese Studie sagt, dass Die Linke die einzige Partei ist, die ohne antimuslimische Narrative und Bedrohungsszenarien auskommt. Ich frage das auch vor dem Hintergrund, dass hier gerade CLAIM und viele andere Organisationen von einem direkten Zusammenhang zwischen antimuslimischen Diskursen und Gewalt und dem Anstieg antimuslimischer Fälle sprechen. Die neu veröffentlichte Jahresbilanz von CLAIM sagt für Berlin, nicht irgendwo anders, sondern hier in unserer Stadt, dass die antimuslimischen Vorfälle um

70 Prozent gestiegen sind, und sie sagen auch, dass es einen Anstieg der Körperverletzungsdelikte und der Vorfälle mit Palästinabezug gibt. Dabei ist davon auszugehen, dass das Dunkelfeld erheblich höher ist, da nicht alle Vorfälle gemeldet werden, was am sinkenden Vertrauen von Musliminnen und Muslimen, von muslimisch und migrantisch gelesenen Menschen in staatliche Institutionen liegt. Deswegen möchte ich gern von Ihnen Antworten dazu. Wenn wir schon über gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen, gehört das aus meiner Sicht dazu.

Deswegen frage ich auch die Verwaltungen, also alle hier anwesenden, Schule, Polizei, Gesundheit, Justiz -- Zur Justiz ist übrigens sehr interessant: Der Senat wehrt sich dagegen, eine allgemeine Fortbildungspflicht einzuführen, die in anderen Bundesländern schon umgesetzt und gesetzlich unternutzt ist, aber der Berliner Senat weigert sich. Da habe ich gefragt, warum, und auf meine Schriftliche Anfrage kam heraus: Das sehen wir als nicht notwendig an, es gibt hier eine gute Fortbildungsbereitschaft –, und dann werden mir die Zahlen vorgelegt: 2024, 2025 bei den Richterinnen und Richtern keine einzige Schulung zum LADG, keine zum AGG, keine zu Rassismus. Zu Antisemitismus waren gerade einmal 100 Richterinnen und Richter bereit, sich dort überhaupt schulen zu lassen. Deswegen möchte ich von der Verwaltung wissen, wie sie mit diesen Befunden und den neuen Zahlen umgeht, die von CLAIM und anderen vorgestellt wurden; auch aus der Polizeilichen Kriminalstatistik – PKS – werden massive Zahlen deutlich.

Zu Herrn Grigat nur einen Satz: Sie haben da etwas weggelassen. Wenn Sie sich das Bild noch einmal ansehen, steht da auf der Wand „Das ist Deutschland, nicht Palästina! Islamisten raus“. Sie haben den ersten Halbsatz weggelassen. Der ist aber wesentlich, denn hier geht es darum, dass Muslime, oder in diesem Fall Palästinenser, mit Islamisten gleichgesetzt werden. Deswegen ist das durchaus eine rassistische Aussage. Das wollte ich nur klarstellen. Ansonsten hoffe ich, das auf meine Fragen an die Politik und die Verwaltung Antworten kommen, und ich übergebe. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Frau Gomis!

Saraya Gomis: Vielen herzlichen Dank! – Ich bedanke mich zunächst bei Ihnen, liebe Anzuhörende, und ich bedanke mich auch für das zahlreiche Erscheinen der Verwaltung in dieser Sitzung!

Zunächst hätte ich an alle Anzuhörenden die Frage, ob Sie noch ganz speziell zu Handlungsempfehlungen für Berlin Stellung nehmen können, auch ausgehend von den Handlungsempfehlungen, die wir auf europäischer Ebene und auf Bundesebene haben, und ob Sie einmal zu antimuslimischem Rassismus in den Verwobenheiten mit anderen Diskriminierungen ausführen können, insbesondere mit der Frage des sozialen Status.

An die anwesenden Verwaltungen: Aufgrund der Zeit spreche Sie leider nicht mit Namen an, sondern benenne die Verwaltung, bitte seien Sie mir das nach! Erst einmal die Fragen, die für alle gelten: Wie weit ist der Umsetzungsstand zu den Empfehlungen, die wir in Berlin, aber auch auf Bundesebene haben und die vorgegeben sind durch Landesprogramme, Landesrecht, Bundesrecht, Antidiskriminierungsrecht, Völkerrecht, Menschenrechte und dann entsprechend ECRI, ICERD, FRA et cetera? Dann würde ich gern wissen, wie das Zusammendenken

von Arbeitsbedingungen und diskriminierungskritischer Professionalisierung gelingen kann, und was dafür für Ressourcen, auch finanzielle Ressourcen, nötig wären.

Von der Innenverwaltung würde ich gern noch einmal speziell Ausführungen zum aktuellen Stand des Rechtsextremismus hören. Wir haben in der letzten Sitzung schon darüber gesprochen, dass wir es in Berlin mit neuen Phänomenen von Rechtsextremen zu tun haben. Inwie weit verknüpft sich das auch mit antimuslimischem Rassismus? Dann hätte ich gern Ausführungen von der Fachaufsicht der Polizei zu dem Bezug, der zwischen Diskriminierungserfahrungen und Radikalisierung hergestellt worden ist. Wie wird damit umgegangen, wie werden die Handlungsempfehlungen in der Polizei umgesetzt und wie ist zum Beispiel aktuell der Umgang mit sogenannten Ausländervereinen? Es gibt eine Studie der Alice Salomon Hochschule Berlin – ASH – hierzu.

Von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt hätte ich gern Ausführungen zum momentanen Stand bei Opferschutz und Opferhilfe und wie dort die entsprechenden Fonds ausgestattet sind – und auch zu Ihrer Arbeit in Bezug auf das Problem, das wir im Moment haben, siehe Tagesspiegel-Artikel, also Gefühl versus evidenzbasierte Arbeit in Politik und Verwaltung.

Ich würde gern von der Justiz noch Ausführungen zu meinen allgemeinen Fragen haben, wie im Moment die Situation in Bezug auf Beschwerden zum Landesantidiskriminierungsgesetz ist und wie sich das mit den anderen Vorgaben verbindet, die die Justiz hat, und insbesondere zu den besonderen Herausforderungen, die dabei vielleicht entstehen. Dann würde ich gern wissen, inwieweit normierte Standards und die Erfüllung, siehe Resozialisierung et cetera, also alles, was im Querschnitt vielleicht eine Rolle spielt, eine besondere finanzielle Hinterlegung brauchen, inwieweit Empfehlungen aus dem Runden Tisch für ausländische Gefangene in die Justizverwaltung gehen und wie kontinuierlich überhaupt überprüft wird, inwieweit man den Rechtsstandards Genüge tut. Das gilt allerdings auch für alle anderen Verwaltungen. Inwieweit gibt es überhaupt eine Überprüfung und dann eine proaktive Überarbeitung von möglicherweise diskriminierenden Regelungen?

Dann gehe ich weiter zu der Bildungsverwaltung: Inwieweit werden im Haus insbesondere die Angriffe gegenüber Kindern und Jugendlichen im Kontext von Kinder- und Jugendschutz aufgegriffen, inwieweit gibt es seit dem Jugendgipfel Entwicklungen, und wie kommen wir dazu, dass die Narrative nicht immer nur sind, dass die Jugend das Problem ist? Ich würde gern wissen, inwieweit antimuslimischer Rassismus in Schulordnungen, Rahmenlehrplänen et cetera thematisiert wird. Wie geht es da voran, und wie sind im Moment die Zahlen der Beschwerden?

Ich würde außerdem gern von der Wissenschaftsverwaltung wissen, inwieweit untersucht wird, welche Auswirkungen antimuslimischer Rassismus auf die Gesundheit hat, wie die Verwaltung darauf reagiert und wie gerade im Hinblick zum Beispiel auf Fachkräftemangel im Bereich Pflege die rassistischen Erfahrungen und die Studien dazu im Kontext von Pflege in Berlin umgesetzt werden. – Ich füge dann in einer weiteren Runde weitere Fragen hinzu. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! Es gibt auch noch, wie verabredet, die Möglichkeit, Fragen schriftlich einzureichen, Frau Gomis. – Ich mache einen Verfahrensvorschlag, denn wir haben insgesamt für den ersten Block – mit dem Hinweis, dass dann eine Pause von einer

halben Stunde angedacht ist – noch eine Stunde und 20 Minuten Zeit. Wir könnten jetzt in die Beantwortung der ersten Fragen gehen, wieder mit sieben Minuten. Was dann nicht geschafft wird, wird bitte schriftlich nachgereicht. Weil gerade noch einmal viele Fragen in Richtung der Verwaltungen kamen, würde ich sagen, wir nehmen die Verwaltungen, die da sind, einmal dran, damit sie Ihre Fragen kurz beantworten, sprich: Am Ende bleibt womöglich nur noch wenig Zeit für eine zweite Runde. Das müssen wir mit einkalkulieren, oder vielleicht findet gar keine statt, je nach Zeit.

Ich denke aber, dass die erste Runde gerade so entscheidend war, was die Inputs betrifft, dass man die Fragen später noch nachreichen kann, auch speziell an die Verwaltungen. Ist das als verabredeter Weg so okay? Dann würde ich nämlich jetzt in eine längere Beantwortungsminute der Expertinnen und Experten, also der Anzuhörenden, und der Verwaltung gehen. Können wir das so gemeinsam verabreden, mit der Gefahr, dass es später keine zweite Runde gibt oder nur eine sehr kurze? – Super, vielen Dank! Dann machen wir das so.

Dann fangen wir mit den Expertinnen und Experten beziehungsweise Anzuhörenden an. Ich würde darum bitten, etwa sieben Minuten einzuhalten. Andere Fragen beziehungsweise Antworten können dann später gern schriftlich nachgereicht werden. Ich gebe vorsichtig einen Hinweis beziehungsweise läuft die Uhr ja auch bei Ihnen. Wir beginnen in umgekehrter Reihenfolge. Herr Tezcan ist gerade nicht da. – Fangen Sie dann an, Herr Prof. Dr. Pickel?

Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig): Das kann ich gern machen. – Herr Funck hat gleich zu Anfang zu den Erhebungsformen eine Frage gestellt: Was die Begrifflichkeiten angeht, hat Herr Fereidooni schon Definitorisches vorgelegt. Das brauche ich nicht noch einmal aufzunehmen. Tatsächlich ist es so, dass antimuslimischer Rassismus eine andere Linie ist als Muslimfeindlichkeit. Muslimfeindlichkeit kommt eher aus dem sozialpsychologischen Bereich, und man trifft sich zusammen an dieser Stelle, adressiert aber Ähnliches.

Zu dem Punkt, inwieweit Definitionen Ergebnisse bestimmen: Natürlich basieren Fragen auf Theorien, das ist immer verbunden. Das sollten sie eigentlich auch, denn sonst sind sie nicht zu gebrauchen, um es ehrlich zu sagen. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten bei der Befragung ja, dass man auch anders antwortet. Das bedeutet, wenn ich solche Fragen stelle, könnte jemand auch Nein sagen, und das tut er in diesem Fall nicht. Wir haben sehr hohe Zustimmungswerte, und wir fragen auch nicht nur ein Item ab. Sie haben gesehen, dass wir eine sehr breite Skala gehabt haben, und viele Kollegen haben in anderen Studien ähnliche gehabt. An den Ergebnissen kommt man, glaube ich, nicht so ganz vorbei.

Was die subjektive Wahrnehmung angeht: Es ist tatsächlich bei Diskriminierungsbefragungen immer so, dass wir subjektive Wahrnehmungen bemessen. Man kann dann tiefer gehen, was wir in der Studie auch gemacht haben, welcher Art diese sind, und sie unterscheiden sich natürlich nach dem Ort. In der Öffentlichkeit werde ich deutlich eher mal angespuckt, beleidigt oder so etwas. Wenn ich in Ämter gehe, ist das nicht so. Dort habe ich auch keine körperlichen Übergriffe. Da werde ich aber benachteiligt, zurückgesetzt oder einfach nicht drangenommen. Das sind sehr unterschiedliche Formen, das muss man ganz klar sagen. Da muss man natürlich tiefer hineinschauen. Gleichwohl ist es auch eine Diskriminierungsform, die rassistisch geprägt ist. Das muss man sich durchaus vor Augen führen.

Was den Zusammenhalt angeht: Das ist immer eine nette Frage, da ich ein Teilinstitut zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leite und wir in der ersten Runde ein Projekt zu diesem Thema gemacht haben. Antimuslimischer Rassismus ist extrem toxisch für gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil er schlicht und ergreifend auf der einen Seite rechte Kräfte fördert – das wurde gerade angesprochen und ist mittlerweile empirisch relativ gut belegt – und auf der Gegenseite Formen des Zusammenhalts, soziales Vertrauen und so etwas, sehr stark reduziert werden, und das in der gesamten Gesellschaft. Dementsprechend hat das eine sehr weitreichende Folge und ist ein sehr wichtiges Problem, weil der antimuslimische Rassismus momentan eine der am weitesten verbreiteten Ablehnungsformen ist.

Dann wurde nach der Diskriminierung in Institutionen gefragt. Das ist eine interessante Frage, darüber könnten wir allein eine Stunde reden. Das kann ich jetzt nicht, aber ich habe immerhin noch vier Minuten. Zur Diskriminierung in Institutionen haben wir eine größere Studie gemacht, indem wir in die Institutionen gegangen sind und Arbeitsverläufe teilnehmend beobachtet und Interviews mit Beteiligten durchgeführt haben. Das Problem ist nicht, dass ganze Institutionen rassistisch geprägt sind, das ist Gott sei Dank nicht der Fall, aber wir haben bestimmte Erzählungen, bestimmte kulturelle Eigenschaften, die weitervermittelt werden.

Ich gebe einmal ein Beispiel, damit man diese pragmatische Weitergabe vor Augen hat: Es gab es eine Antidiskriminierungsfortbildung für Personen in Jobcentern – ich nenne nicht den Ort –, und bei dieser Antidiskriminierungsfortbildung hat man sich danach beim Kaffee getroffen. Da haben die älteren Kollegen zu den jüngeren gesagt: Also wenn Sinti und Roma zu euch kommen, dann glaubt denen nichts, was die sagen. Denen gebt ihr vorsichtshalber nichts. Das lasst euch lieber noch mal extra begründen. – Solche Formen sind rassistische Formen, und diese gibt es zum Beispiel auch gegenüber Musliminnen, wenn man etwa sagt: Bietet denen doch mal die Putzfrau an, generell, egal welchen Stand an Kenntnissen oder an Bildung beziehungsweise Zertifikaten sie haben. – Wir haben sehr viele Beispiele dazu. Man kann das relativ gut nachvollziehen, und es gibt auch einiges an Studien, gerade zum Schulbereich, die das relativ gut belegen. – Ich glaube, zu dem Hinweis, dass antimuslimischer Rassismus angestiegen ist, wird meine Kollegin noch ein bisschen mehr sagen.

Ich denke, wie schon angesprochen, dass es sehr wichtig ist, sich vor Augen zu führen, dass wir Rassismus als ein internationales und ein europäisches Phänomen haben. Wir reden nicht nur in Deutschland darüber, aber wir reden eben auch in Deutschland darüber. Wir haben das Problem, dass, wenn ich Personen frage, die diskriminiert worden sind, mittlerweile 52 Prozent sagen: Wenn ich in eine Behörde gehe, ist es sowieso komplett umsonst. Deswegen gehe ich schon gar nicht mehr dorthin. – Das ist tatsächlich ein Ergebnis, das wir hatten. 52 Prozent sagen, dass sie gar nicht erwarten, dass irgendetwas passiert, wenn sie dorthin gehen. 28 Prozent von denjenigen, die diskriminiert wurden, sagen: Wenn ich dorthin gehe, habe ich das Risiko, sogar noch weitere Diskriminierung zu erfahren. – Dann haben wir, glaube ich, ein ziemlich großes Problem. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Pickel, für die Beantwortung der Fragen! – Als Nächstes ist Herr Prof. Dr. Tezcan an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Dr. Levent Tezcan (Universität Münster): Das ist eine politische Debatte hier. Ich möchte nicht Teil einer politischen Debatte sein, aber ich bin es. Mit dieser Ambivalenz, mit diesem Bewusstsein versuche ich zu antworten.

Ich fange mit der vorletzten Stellungnahme an. Ich sehe von hier aus die Namen nicht. Ihre Kollegin neben Ihnen. – [Vorsitzender Raed Saleh: Frau Eralp!] – Frau Eralp! Ich finde es ganz gut und knüpfe daran an, ich weiß nur nicht, ob Sie sich wundern werden oder nicht. Ich will das aufgreifen. Das ist genau das, was ich vorhin gemeint habe, nur, ich möchte es anders deuten. Sie sagen, zuvor war von Rasse die Rede. Das ist diskreditiert worden. Jetzt reden wir über Kultur. Dennoch ist jede Rede, jeder Hinweis auf Kultur doch einer auf Rasse. Ist das die Frage, die mich beschäftigt? So ist es nicht, würde ich sagen. Sie haben das selbst wunderbar auf den Punkt gebracht. So hätte ich es selbst gern gemacht. Das hole ich nach. Sie sagen, die Rechtsextremen – ich gehe sogar weiter, Faschisten sozusagen – haben eine ganz gezielte Strategie. Die Ausländerfrage lässt sich so nicht richtig behandeln, nicht für Ressentiments. Sie eignet sich schon, aber nicht so dramatisch. Muslime eignen sich, und das ist genau das, was ich vorhin gesagt habe. Aber Sie sollen denen nicht auf den Leim gehen. Ich will denen mit meiner Analyse nicht auf den Leim gehen, indem ich sage, die sprechen von Kultur. Nein, die sprechen nicht von Kultur, die sprechen immer noch von Rasse. Deshalb ist es ihnen wirklich ganz egal, ob das Muslime oder Sinti und Roma sind. Es ist letzten Endes der Fremde, der auch phänotypisch bestimmt wird. Daher hat die Forschung des Kulturrassismus, also Balibar und so weiter, nicht so sehr zur Präzisierung des Begriffs beigetragen, sondern vielmehr zum inflationären Gebrauch. Daher bleibe ich dabei, dass die Rede von Kultur nicht zwingend Rasse ist, und wenn die Rechtsextremen, die Faschisten, von Kultur reden, sprechen sie natürlich immer noch von Rasse.

Hier ist viel von Diskriminierungserfahrungen gesprochen worden. Aus meiner Forschung, die gerade dabei ist, abgeschlossen zu werden, möchte ich ein Beispiel geben: Eine Frau kommt in eine Handelsschule, wird nach ihrem Namen gefragt, und sie sagt, sie hat einen türkischen Namen. Da sagt der Lehrer gleich: Ach, meine Putzfrau ist auch Türkin –, diese Assoziation. Die gesamte Forschung würde sagen, dass das schon Rassismus ist. Das kann man machen, aber man muss auch schauen, wie es weitergeht. Die Frau sagt, ich werde es ihm zeigen. Der Lehrer sagt übrigens noch einmal für alle: Keiner kriegt bei mir eine Eins. – Die Frau sagt: Ich werde mir den Hintern aufreißen und eine Eins kriegen. – Diese Frau bekommt am Ende auch eine Eins.

Was machen wir mit diesem strukturellen Rassismus? Der hat einerseits diese Stereotype. Das sind Stereotype, aber sind Stereotype immer auch rassistisch in ihrem Gebrauch? Sie können einen Rassismus begründen, und ohne Stereotype gibt es keinen Rassismus, und ebendiesen Automatismus in beide Richtungen möchte ich infrage stellen. Bei ihr geschieht das, dass sie als Einzige eine Eins bekommt. Wir haben sehr viele Fälle von Diskriminierungserfahrungen – also das, was hier allgemein präsentiert wird: Ich habe Diskriminierungserfahrungen gehabt – konkretisiert. Wir haben über 100 Gespräche geführt. Wir haben eine ganz breite Palette von Antworten. Wir haben diese Antwort, die man selbstverständlich als diskriminierend versteht, weil ein Abhängigkeitsverhältnis besteht. Da ist ein Lehrer, und da ist eine Schülerin.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Diskriminierungsbegriff sehr unspezifisch gebraucht wird. Nicht jedes Misstrauen, nicht jede negative Aussage ist gleich Diskriminierung. Im NaDiRa-Monitoringbericht 2025 steht zu Diskriminierungserfahrungen allgemein: un-

freundlich behandelt, nicht ernst genommen, ignoriert, angestarrt, Angst vor ihnen –, abgesehen davon, dass das alles interpretationsoffene Aussagen sind, ohne dass ich sage, das ist gelogen oder so etwas. Das meine ich nicht. Wir haben in unserer Forschung versucht, das konkretisieren zu lassen. Wir haben diesen Fall gehabt. Wir haben ganz harte Fälle. Ein Arbeiter berichtete von seinem Arbeitskollegen, der ihm sagt: Verschwinde nach Anatolien –, aber auch interessant: Gleichzeitig kommt dieser Mann, der mit vielen rechtsextremen Vorstellungen und Aussagen auffällt und dann noch mit dem anderen arbeitet, nach einer Weile und spendet für die Moschee, in der sein muslimischer Kollege arbeitet. Das heißt, die Fälle sind sehr differenziert.

Wir haben andere, die angeben: Ich habe Diskriminierungserfahrungen gehabt –, abgesehen davon, dass sie mit diesen Erfahrungen ganz unterschiedlich umgehen. Andere sagen wiederum – vielleicht wird Frau Bozkurt nur das hören –: Ich habe selbst keine Diskriminierungserfahrungen gemacht, aber wir wissen es, und die Wissenschaft sagt, dass es Diskriminierung gibt. – Also wir haben wirklich ein ganz breite Palette. Man muss sich diese Fälle genauer anschauen, und die quantitative Forschung kann das bis zu einem gewissen Grad abbilden. Das ist jetzt keine Werbung für die qualitative Forschung, aber diese Perspektive sollte man wirklich auch in den Blick nehmen. Wir gehen dann tiefer. Wir schauen dann: Wer meint was? Wir schauen außerdem, ob diese Stereotype im Alltag auch handlungswirksam sind. Ich habe Ihnen verschiedene Fälle dargestellt, und es gibt Fälle, in denen sie handlungswirksam sind, aber auch andere, in denen sie Vorurteile oder Stereotype bleiben und im konkreten Handel selbst von den Leuten widerlegt oder entkräftet werden.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Prof. Dr. Tezcan, vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Jetzt sind wir in der Beantwortungsrunde bei Frau Hanano. – Sie haben das Wort, bitte!

Rima Hanano (CLAIM gGmbH): Danke schön! – Ich werde jetzt nicht noch einmal auf das Konzept von antimuslimischem Rassismus eingehen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Wer dieses Problem oder Phänomen und das Konzept infrage stellt, verkennt nicht nur wissenschaftliche Studien, die das seit Jahren und seit Jahrzehnten hinlänglich belegen, und nicht nur die Expertise der Rassismusforschung, sondern auch die Betroffenenerfahrungen. Es ist mir wichtig, das noch einmal hervorzuheben.

Ich möchte aber auch noch ganz kurz auf dieses Beispiel eingehen, das hier gerade hervorgehoben wurde. Ich denke, niemand in diesem Raum hier verherrlicht oder legitimiert Extremismus in jeglicher Form, egal in welcher Art. Dazu gehört natürlich auch Islamismus. Das Beispiel wurde verkürzt dargestellt, ich bedanke mich, dass das aufgegriffen wurde. Ich möchte noch ergänzen, dass dieses Beispiel, das ich genannt habe, an einem arabischem Restaurant stand. Das ist auch noch wichtig, denn der Kontext spielt bei antimuslimischem Rassismus immer eine Rolle, und es handelt sich hier schon um eine pauschale Gleichsetzung von arabischer Identität mit Islamismus und Extremismus, und das ist durchaus antimuslimischer Rassismus.

Mit dieser Einordnung orientieren wir uns ganz klar an internationalen Standards. Diese haben wir uns nicht ausgedacht, sondern wir orientieren uns zum einen an der Arbeitsdefinition der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, der General Policy Recommendation Nr. 5. Ich werde das im Anschluss noch alles hinzufügen, weil es sonst hier zu ausführlich ist, aber ich möchte einmal ganz kurz darauf eingehen: In Absatz 7 steht, dass

antimuslimischer Hass und Diskriminierung auch unter dem Gesichtspunkt der sogenannten Rassifizierung betrachtet werden sollten. Die ECRI-Monitoringtätigkeit hat eindeutig aufgezeigt, wie antimuslimische Narrative entlang verschiedener Unterscheidungskategorien operieren, die für die Markierung als anders – Othering – verwendet werden, einschließlich Religion oder ethnischer oder nationaler Herkunft. Darüber hinaus orientieren wir uns bei der Eingruppierung auch an den OSZE-Standards, und auch diese sind hinlänglich bekannt. – Damit ende ich mit meinen Ausführungen zu der Klassifizierung, Eingruppierung und Kategorisierung dieses Falls.

Mit Blick auf die Handlungsempfehlungen an den Berliner Senat für den Bildungsbereich – dazu wird Herr Fereidooni bestimmt gleich auch noch etwas sagen – möchte ich einmal vorwegstellen, dass es zusätzlich zu den Studien, auf die hier gerade schon eingegangen wurde, auch Studien für den Berliner Raum gibt, die sich auf den Zeitraum 2018 bis 2020 beziehen. Danach haben 37 Prozent der muslimischen Schülerinnen und Schüler Diskriminierungserfahrungen gemacht, von denen ein Großteil von den Lehrkräften ausging – das nur einmal als Ergänzung zu den Zahlen, die wir vorlegen können. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, dass pädagogische Fachkräfte verpflichtend rassismuskritisch zu allen Rassismusformen, natürlich zu Antisemitismus, aber eben auch zu antimuslimischem Rassismus, fortgebildet werden.

Es gibt eine weitere Studie für den Berliner Bereich, die Lehr- und Schulmaterialien untersucht hat. Herr Fereidooni hat das gerade für den UEM einmal dargelegt. Da gibt es sehr viele Synergien beziehungsweise Schnittstellen zum Berliner Raum. Auch hier ist es dringend geboten, und das ist eine der zentralen Handlungsempfehlungen dieser sehr ausgiebigen Studie für Berlin, die Schulordnungen, aber auch die Lehrmaterialien und Curricula zu überprüfen und anzupassen, damit rassistische Stereotype im Unterricht nicht weiter manifestiert werden. Darüber hinaus ist Schule ein sehr sensibler Raum. Wir haben es hier auch mit Hierarchieverhältnissen zwischen Lehrern und Kindern zu tun. Es braucht unbedingt unabhängige Be schwerdestrukturen für den Schulpark, damit Eltern und Kinder die Möglichkeit haben, gegebenenfalls eine Unterstützung und auch Beistand zu bekommen.

Dann möchte ich kurz auf die Frage, warum antimuslimischer Rassismus angestiegen ist, und auf die Fragen des Zusammenhalts eingehen. Wir haben eben die Einstellungsstudien gehört. Es gibt eine wahnsinnig antimuslimische Grundstimmung in diesem Land. Jede zweite Person stimmt muslimfeindlichen Aussagen zu. Gleichzeitig haben wir eine wahnsinnige Polarisierung. Wir haben eine wirtschaftliche Unsicherheit, was auch dazu führt, dass rassistische Narrative anschlussfähiger werden. Ich möchte darauf verweisen, dass antimuslimischer Rassismus nicht im luftleeren Raum geschieht, und dass diese Debatten, die wir beobachten müssen, auch die Mediendebatten -- Es gibt ausführliche Studien, die belegen, wie negativ die Berichterstattung zu Islam und Muslimen ist. Ich habe leider nicht so viel Zeit, sonst könnte ich darauf auch noch eingehen. Diese Debatten führen dazu, dass Menschen sich legitimiert fühlen, zu diskriminieren und Menschen zu attackieren und anzugreifen. Das sehen wir in der Agitation der Täterinnen und Täter, das sehen wir in den verbalen Angriffen, und das führt dazu, dass das Vertrauen bei Betroffenen sinkt, vor allem, wenn sie keine Solidarisierung aus der Politik, aus der Gesellschaft erfahren, wenn die Wahrnehmung ist, dass die Erfahrung immer wieder infrage gestellt wird. Das erleben wir auch gerade hier in diesem Raum sehr deutlich. Auch das wird von Menschen wahrgenommen und führt dazu, dass Menschen das

Vertrauen verlieren. Das ist ein sehr großes Problem, auch für die Politik, die diese Fürsorgepflicht hat. Es ist also auch ein rechtliches Problem.

Hinzufügen möchte ich – eigentlich ist Herr Pickel dafür eher der Experte –, dass antimuslimische Narrative eine zentrale Brückenfunktion erfüllen und dazu führen, dass Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in die Rechte mobilisiert werden. Das ist ein weiteres Problem. Das bedeutet, dass antimuslimischer Rassismus immer der extremen Rechten und der sie vertretenden Parteien zugutekommt. Das sollte allen Beteiligten hier sehr klar sein. Wir haben hier auch ein Problem, das Rechte und Rechtsextremismus am Ende stärkt, und auch das bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein letzter Punkt: Es wurde nach Handlungsempfehlungen auf europäischer Ebene und Bundesebene gefragt. Wir haben jetzt nicht so viel Zeit, darauf einzugehen. Einige Empfehlungen, die wir hier genannt haben, finden sich auch auf Bundesebene wieder. Ich möchte nur noch einmal auf den UEM-Bericht verweisen, aber auch auf unser bundesweites Lagebild, in dem wir dezidiert auf Handlungsempfehlungen eingegangen sind. Auf europäischer Ebene möchte ich auf die General Policy Recommendation Nr. 5 der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz hinweisen. Auch diese beschäftigt sich eingehend mit dem Problem von antimuslimischem Rassismus und den Handlungsempfehlungen. Auch der FRA-Report, der kürzlich herausgekommen ist, tut das. Es gibt auch weitere Guiding Principles, zum Beispiel die Guiding Principles der Expertengruppen auf europäischer Ebene, die sich vor allem mit der Kooperation zwischen Law Enforcement, also Sicherheitsbehörden, und Zivilgesellschaft auseinandersetzen und hier dezidierte Handlungsempfehlungen auch an diese Kooperationen beziehungsweise an die notwendige Zusammenarbeit geben. Damit schließe ich. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Hanano! – Dann sind wir jetzt bei der Beantwortung durch Herrn Prof. Dr. Fereidooni. – Sie haben das Wort!

Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum) [zugeschaltet]: Danke schön! – In Bezug auf die Fragen, die von Herrn Dr. Funck und Prof. Grigat an das Plenum gerichtet wurden, schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Pickel und Frau Hanano an und möchte mich viel mehr auf die Fragen von Frau Bozkurt, Frau Bostancı und Frau Piesche beziehen, die an mich direkt gerichtet worden sind.

Frau Bozkurt, so wie ich das verstanden habe, hat danach gefragt, inwiefern internalisierte Formen von Rassismus bei Menschen, die beispielsweise in Parteien Karriere gemacht haben, eine Rolle spielen und wie Parteien damit umgehen können. Diesbezüglich ist zunächst einmal festzustellen: Rassismus bringt uns allen etwas bei. Die Funktionalität von Rassismus, die Funktionslogik von Rassismus, bringt manchen Menschen bei: Ich bin mehr wert als andere Personen –, und die Funktionslogik des Rassismus bringt anderen Personen bei: Ich bin weniger wert als andere Person. – Rassismus hat also eine Funktion der Privilegierung, aber auch der Deprivilegierung.

Zunächst einmal: Was könnte gegen Internalisierung von Personen helfen, die als einzige Person beispielsweise eine internationale Familiengeschichte besitzen und in der SPD oder bei den Grünen Karriere gemacht haben? – Da könnte eine ehrliche Debatte innerhalb der Parteien helfen. Was brauchen wir, um Nachwuchsentwicklung zu fördern? – Mentoringprogramme

brauchen wir. Parteien sollten sich anschauen: Sind wir ein Spiegelbild unserer Gesellschaft? Wenn nein, woran liegt es? Die Anzahl von abgeordneten Personen mit internationaler Familiengeschichte, die sich im Bundestag befinden, liegt bei 11,6 Prozent. Der Anteil in der Gesamtbevölkerung liegt bei über 28 Prozent. Das heißt, hier haben die Parteien alle ein Stück weit versagt, Nachwuchs heranzuziehen, ihnen eine Plattform zu geben und zu signalisieren: Das ist euer Land, und ihr könnt mitentscheiden. – Mentoringprogramme halte ich für ganz besonders entscheidend.

Der zweite Punkt bezieht sich spezifisch auf antimuslimischen Rassismus. Was können Parteien gegen antimuslimischen Rassismus sowohl im Land Berlin als auch im Bund tun? – Sie können antimuslimischen Rassismus ernst nehmen und das in Gesetzesvorlagen, in Parteiprogrammatiken gießen, um antimuslimischen Rassismus wirkungsvoll bekämpfen zu können. Also: Identifizierung von antimuslimischem Rassismus, das Ernstnehmen von antimuslimischem Rassismus und dann tatsächlich Handlungsprogrammatiken gegen antimuslimischen Rassismus entwickeln. Das würde dazu führen, dass muslimische Personen, aber auch die gesamte Gesellschaft diesbezüglich ein Stück weit Handlungssicherheit und Vertrauen in die Institutionen bekommt.

Der dritte Punkt bezieht sich auf prominente Personen innerhalb von Parteien. Sie dürfen antimuslimischen Rassismus nicht mithilfe von Aussagen befördern. Ich habe das Gefühl, und nicht nur das Gefühl, sondern wir konnten das in dem UEM-Bericht auch nachzeichnen, in dem wir über zehn Jahre hinweg Parlamentsdebatten analysiert haben: Immer, wenn es um Wahlkämpfe geht, spielt antimuslimischer Rassismus nicht nur für die extreme Rechte eine Rolle, sondern auch für Parteien, die sich in der Mitte der Gesellschaft verorten. Das heißt, der dritte Punkt ist: Hören Sie auf, antimuslimische Narrative zu reproduzieren.

Das sind die drei Handlungspunkte. Muslimische Personen sollten auch nicht das Gefühl haben, dass sie sich verstehen müssen, um Karriere zu machen. Ich muss nicht das Kopftuch ausziehen, um Karriere machen zu können. Ich muss kein Bier trinken, um bei der Zusammenkunft in der Parteizentrale als dazugehörig zu gelten. Muslimische Personen sollten authentisch sein, wenn sie das denn möchten und dann Karriere machen können.

Zu der Frage von Frau Bostancı in Bezug auf die größten Forschungslücken: Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus einer Forschung geben, die wir gerade abgeschlossen haben, den Bericht können Sie im Jahrbuch für Antisemitismusforschung nachlesen. Gemeinsam mit Sebastian Salzmann und anderen Personen habe ich über drei Jahre hinweg Antisemitismus in Schulen beobachtet – und das ist eine große Forschungslücke. Wir brauchen ethnografische Verhaltensforschung. Was haben wir gemacht? – Wir wurden von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und der Antisemitismusbeauftragten gefördert und haben über drei Jahre hinweg Unterricht in unterschiedlichen Schulformen, in unterschiedlichen Schulfächern beobachtet und uns angeschaut: Wie wird über Antisemitismus gesprochen? Wie wird über jüdische Menschen gesprochen? Das ist natürlich eine sehr aufwendige Forschung, weil Sie nicht Interviews führen oder Fragebögen ausgeben können, sondern Sie müssen drei Jahre in jeder Unterrichtsstunde anwesend sein und beobachten.

Das ist die größte Forschungslücke, und zwar nicht nur Unterrichtsbeobachtungsforschung, sondern auch in Bezug auf Polizei. Ein Habilitand von mir fährt beispielsweise gerade Streife mit einer Polizei eines bestimmten Bundeslands – das Bundesland werde ich jetzt aus An-

nymitätsgründen nicht nennen –, und er schaut sich an: Wie reagieren eigentlich Polizistinnen und Polizisten, wenn sie mit unterschiedlichen Menschen in Kontakt kommen? – Das heißt, wenn Sie mich fragen: Wo liegt die große Forschungslücke? – Ethnografische Verhaltensforschung. Das sollte Berlin machen. Sie müssen nicht auf externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zurückgreifen. Sie haben hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Berlin, die Sie anfragen können. Wir konnten in dieser Antisemitismusstudie herausfinden, dass die allermeisten Lehrkräfte, die wir beobachtet haben, nicht in der Lage waren, Antisemitismus zu erkennen. Manchmal waren es sogar die Lehrkräfte selbst, die Antisemitismus reproduziert haben. Ich würde Ihnen also ethnografische Verhaltensforschung raten.

Dann brauchen Sie noch Forschung, die Implementationsbemühungen untersucht. Was heißt das? – Wir haben sehr große Erkenntnisse in Bezug darauf, was sich eigentlich in Institutionen verändern muss, zum Beispiel im Ausländeramt. Wie können wir als Forscherinnen und Forscher diese Bemühungen wissenschaftlich stützen und evaluieren? Generell ist der Verwaltungsbereich eine Blackbox. Im Ausländeramt haben wir große Schwierigkeiten, überhaupt zu forschen. Das wäre ein weiterer Bereich, den ich Ihnen anraten würde.

Der letzte Punkt ist die Frage von Frau Piesche, und dann bin ich auch am Ende angelangt. Frau Piesche hat nach Fremdzuschreibungen gefragt, und ich möchte sinnbildlich, ganz kuriosisch eine Studie von Frau Weichselbaumer präsentieren. Was hat Frau Weichselbaumer gemacht? – Sie hat ein Testing-Verfahren durchgeführt. Frau Weichselbaumer hat sich dreimal selbst fotografiert: einmal so, wie sie aussieht, als weiß-österreichische Person, einmal so, wie sie aussieht, als weiß-österreichische Person, aber mit türkischem Namen und einmal so, wie sie aussieht, hat sich ein Kopftuch umgebunden und einen türkischen Namen gegeben. Was hat sie dann gemacht? – Sie hat über 1 000 Bewerbungen geschrieben, gleiches Zeugnis, identisches Bewerbungsanschreiben. Was war das Ergebnis? – Die Frau mit türkischem Namen und Kopftuch wurde um das Vierfache weniger eingeladen, trotz gleicher Leistung und gleichen Anschreibens. Wir haben solche Testing-Verfahren im Gesundheitsmarkt und auch im Arbeits- und Bildungsmarkt.

Das sind die Funktionslogiken der Fremdzuschreibung. Sie müssen nicht aus einem fremden Land kommen, um Fremdzuschreibung zu erleben. Ein Kopftuch, ein Zeichen einer Religion, reicht schon, um Sie als Fremde zu markieren. Das Erstaunliche an dieser Forschung war: Die kopftuchtragende türkische Frau wurde häufiger als alle anderen beiden Personengruppen eingeladen, wenn es um einfache Tätigkeiten ging. Daraus schließen wir: Wenn Sie Karriere machen wollen, dann nimmt antimuslimischer Rassismus zu. Als kopftuchtragende Frauen die Schulen geputzt haben, war das für niemanden ein Problem. Es wurde für den deutschen Staat erst ein Problem, als kopftuchtragende Frauen Lehrerinnen werden wollten. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Fereidooni, für Ihre Ausführungen! – Wir haben vorhin eine Verabredung getroffen, wie wir mit den nächsten Minuten, die wir haben, umgehen, und zwar, dass wir jetzt die drei Staatssekretäre hören und danach die anderen Verwaltungen, die durch Kolleginnen und Kollegen vertreten sind, wofür ich mich sehr herzlich bedanke. Jetzt gab es den Wunsch der CDU, nach Einvernehmen zu fragen, ob man das noch ändern kann, und zwar dass wir nur die drei Verwaltungen hören, von denen der Staatssekretär vertreten ist und die anderen die Antworten schriftlich einreichen, sodass we-

nigstens noch eine Runde zur Aussprache besteht. Ich bin dafür, das aufzukündigen, wenn es im Einvernehmen passiert. Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so. Aber all das, was die Verwaltungen gefragt worden ist, muss dann natürlich geliefert werden. – Bitte, Frau Gomis!

Saraya Gomis: Das Problem ist, dass wir bisher in den fünf Sitzungen kaum Zeit hatten, die Antworten von der Verwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hier Stunde um Stunde sitzen, in irgendeiner Weise zu hören und auch mit ihnen noch zu sprechen und diese Expertise einzuholen. Irgendwo muss ein Ort sein, wo es nicht nur über schriftliche Rückmeldung gehen kann.

Vorsitzender Raed Saleh: Der Ort könnte bei den Handlungsfeldern sein, aber Sie haben recht. Ich frage trotzdem, ob der Vorstoß im Einvernehmen kündbar ist, sonst bleibt es bei der Verabredung, die wir vorhin im Einvernehmen getroffen haben. – Frau Eralp!

Elif Eralp (LINKE): Können wir es nicht so machen, dass die Verwaltungen kurz antworten, vielleicht zwei oder drei Minuten, und sich dann noch einmal eine Rederunde anschließt, in der jede Fraktion drei Minuten oder so hat? Dann schaffen wir das vielleicht noch.

Vorsitzender Raed Saleh: Wenn wir die Zeit haben, ja. Das können wir gern so verabreden, aber dann besteht die Gefahr, dass es zeitlich nicht geht. Wir können auch verabreden, auf die Mittagspause zu verzichten. Ich bin da sehr offen. Der Vorschlag war also, die einvernehmliche Verabredung zu öffnen, indem wir noch einmal eine kurze Statementrunde machen. Ist es okay, was die CDU fragt? Die Staatssekretäre antworten, und die anderen Antworten werden schriftlich eingereicht. Wenn wir dann noch Zeit haben, können wir die Verwaltungen noch einmal fragen. – Sie müssten etwas sagen.

Elif Eralp (LINKE): Wir haben es so verstanden, dass die Abteilungen – Frau Gomis hat ja spezielle Abteilungen adressiert – auch noch zwei Minuten antworten können und sich dann eine Rederunde anschließt. Gern kann die CDU natürlich noch eine Stellungnahme abgeben.

Vorsitzender Raed Saleh: Dann machen wir es wie vorhin verabredet.

Elif Eralp (LINKE): Wir haben doch noch eine Dreiviertelstunde, oder bin ich jetzt im falschen Film?

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Ich finde es wichtig, dass Vertreter, die von den Fraktionen vorgeschlagen sind, noch einmal herausarbeiten, was konsensual ist und was nicht. Das ist wichtig, denn man darf nicht immer sofort ins Machen gehen, sondern man muss sich auch eine Klärung der Dinge gönnen, auf die man sich verständigt hat und auf die man sich nicht verständigt hat. Insofern wäre das wichtig. Ich verzichte lieber auf die Mittagspause als auf so eine Runde, in der die Leute genug Zeit haben, das vorzutragen.

Vorsitzender Raed Saleh: Ich stelle kein Einvernehmen fest. Ich mache einen letzten Kompromissvorschlag: Wir machen es so, dass zuerst für fünf Minuten die Verwaltungen antworten, die da sind, wir dann jeweils vier Minuten in die Farben gehen und dann die anwesenden

Verwaltungen anhängen, an die Fragen gestellt worden sind. Wäre das im Einvernehmen? Ist das okay? – Super, vielen Dank! Dann machen wir das genau so. Ich würde Herrn Landero bitten anzufangen; wie gesagt, maximal fünf Minuten, und alles andere schriftlich nachreichen. – Sie haben das Wort!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kommissionsmitglieder! Sehr geehrte Anwesende! Es wurde schon sehr viel Richtiges gesagt und herausgearbeitet. Antimuslimische Einstellungen sind in Berlin weitverbreitet. Bis zu 60 Prozent der Bevölkerung stimmen entsprechenden Aussagen zu. Das hat Herr Prof. Dr. Pickel sehr zutreffend herausgearbeitet. Die Zahl antimuslimischer Vorfälle in Berlin ist 2024 drastisch gestiegen, ein Zuwachs um 68 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wobei wir weiterhin von einem hohen Dunkelfeld ausgehen. Diskriminierung, verbale Angriffe und körperliche Gewalt treffen vor allem, das wurde auch schon gesagt, sichtbar muslimische Frauen, oft im öffentlichen Raum und in Schulen. Mehr als jede zweite rassistisch markierte Person erlebt in Deutschland monatlich Diskriminierung – ein strukturelles Problem mit tiefgreifenden Folgen.

Antimuslimischer Rassismus wirkt kulturell gefärbt und hat biologische Zuschreibungen, unabhängig von Religionszugehörigkeit, denn es handelt sich um eine rassifizierende Konstruktion. Der Schutz vor antimuslimischem Rassismus ist ein verfassungsrechtlich verankertes Grundrecht. Der Staat ist dazu verpflichtet, Diskriminierung aktiv zu bekämpfen. Auch deswegen hat der Berliner Senat in seinen Richtlinien zur Regierungspolitik dieser Thematik einen besonderen Platz eingeräumt. Wir wollen als Berliner Senat bis 2026 eine Handlungsstrategie zu antimuslimischem Rassismus mit allen Senatsverwaltungen abstimmen und zum Beschluss vorlegen.

Das bedeutet, wir sind dort schon in sehr großen Vorbereitungen und Abstimmungsprozessen. Wir haben darüber hinaus – das wissen Sie natürlich – einerseits die Handlungsempfehlungen der letzten Expertenkommission abzuarbeiten, aber seit 2024 auch die zweite Expertenkommission einberufen, die sich noch einmal anschaut, was mit den Ergebnissen der ersten Expertenkommission passiert ist und was vielleicht auch Fortentwicklungen und Weiterentwicklungen sind.

Darüber hinaus wurde gerade dargestellt, dass Monitoring und Meldestellen essenziell sind. Wir haben es geschafft, das seit 2024 wieder auf eine solide Grundlage zu stellen. Das ist ein sehr wichtiger Beitrag, der hier vom Träger CLAIM geleistet wird und hinter dem wir auch uneingeschränkt stehen. Das bedeutet, wir sind an vielen Punkten, glaube ich, Schritte weiter. Es wurde aber auch deutlich, dass es noch sehr viele strukturelle Herausforderungen gibt. Auf der Grundlage dessen, dass wir wenig Zeit haben, würden wir als Verwaltung anregen, der Enquete-Kommission das Wortprotokoll des Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung vom 3. Juli zur Verfügung zu stellen. Dort wurde ebenfalls ausführlich über dieses Thema gesprochen und ein ausführliches Wortprotokoll auch über die Position meiner Verwaltung erstellt. An dieser Stelle würde ich dann an die anderen Verwaltungen übergeben.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Herr Friederici!

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Abgeordnete, Sachverständige, Angehörte und liebe Gäste! Als Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt haben wir jetzt zunächst einmal einen Fragenkomplex identifiziert. Das war die Frage, was eigentlich im Bereich Personalentwicklung und auch in der inneren Organisation der jeweiligen Senatsverwaltung getan wird, um das Thema Antidiskriminierung zu ergreifen, zu definieren und Maßnahmen dazu zu entwickeln. Ich sage Ihnen aber gleich: Wir beschränken uns nicht nur auf Muslimfeindlichkeit, sondern wir gehen gegen jegliche Feindlichkeiten vor, und wie Sie auch aus den Veröffentlichungen und der Position unseres Hauses wissen, steht bei uns auch der Schwerpunkt der Bekämpfung des Antisemitismus in einem ganz starken Fokus. Das liegt natürlich daran, dass wir das Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsreferat bei uns in der Verwaltung haben, aber es ist auch eine Überzeugung, die regelmäßig durch unsere Senatorin Sarah Wedl-Wilson zum Ausdruck gebracht wird.

Sie fragten aus der Fraktion Die Linke nach den jeweiligen Maßnahmen. Dazu kann ich Ihnen berichten, dass wir regelmäßige Fortbildungsangebote im Bereich von Antidiskriminierung und Diversitätsentwicklung anbieten. Wir haben deswegen auch einen sehr engen Schulterschluss und Kontakt mit dem Personalrat, der uns im Rahmen von Information und Bewusstseinsmachung regelmäßig darüber unterrichtet. Wir haben Dienstvereinbarungen zum Schutz vor Diskriminierung. Wir haben transparente Beschwerdestrukturen eingerichtet sowie eine Ansprechperson beispielsweise für die AGG-Beschwerdestelle benannt. Wir haben eine Frauenvorvertretung, eine Schwerbehindertenvertretung, eine Diversitybeauftragte und Ähnliches. Des Weiteren – und das liegt natürlich auch daran, dass die Senatsverwaltung ein relativ kleiner Körper ist – hat auch der politische Leitungsstab jederzeit eine offene Tür für Anregungen und Beschwerden, sollte es zu Diskriminierungen kommen. Das gilt natürlich auch, weil es ja heute Thema der Sitzung ist, bei Beschwerden in Bezug auf Muslimfeindlichkeit.

Wenn ich die Tagesordnung richtig verstehe, Herr Vorsitzender, befassen wir uns bei Tagesordnungspunkt 2 mit der Frage von Strategien gegen Muslimfeindlichkeit sowie Empowerment und Prävention und richten da den Blick auch auf die Zukunft. Ich würde anbieten, wenn das gewünscht ist, dann noch zu den Themen Kulturinstitutionen und Ähnliches Stellung zu nehmen, also dazu, was dort gemacht wird und was wir vorhaben, da das ja nicht originärer Bestandteil der Verwaltung ist.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt folgt die Beantwortung durch Herrn Staatssekretär Hochgrebe.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Berliner Sicherheitsbehörden darf ich an dieser Stelle erst einmal recht herzlichen Dank sagen, dass auch wir an dieser Enquete-Kommission teilnehmen dürfen und Gehör finden. Wir nehmen all die Phänomenbereiche, über die wir heute miteinander sprechen, alle Phänomenbereiche der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, ausgesprochen ernst und handeln in allen Aspekten dagegen.

Ein Lieblingssatz aus dem Koalitionsvertrag – ich sage das immer wieder gern – ist, dass gute Innen- und Sicherheitspolitik aus dem Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression besteht. So gilt das auch in diesem Phänomenbereich, über den wir hier miteinander sprechen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir im Rahmen der Prävention Ingo Siebert als Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt hier haben. Wir führen eine Vielzahl von Präventionsmaßnahmen in diesem Bereich, aber selbstverständlich auch im Rahmen der Polizei Berlin durch, um diesem Phänomenbereich zu begegnen. Dort, wo es nötig ist, werden wir aber auch interventionistisch oder repressiv tätig – mit den Sicherheitsbehörden, so wie sie aufgestellt sind, und auch mit dem Berliner Verfassungsschutz. Deswegen ist auch der Chef des Berliner Verfassungsschutzes, Michael Fischer, heute hier an meiner Seite.

Ich will versuchen, einige der Fragen zu beantworten, die Staatssekretärin a. D. Gomis aufgeworfen hat, die ja aus eigener Anschauung selbst noch viele dieser Dinge mitgestaltet hat. Die Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus, die bekanntermaßen im Jahr 2020 eingerichtet worden ist, hat auch den Justizbehörden und der Polizei eine Vielzahl von Aufgaben übertragen, von denen ich insgesamt in der Kürze der Zeit sagen kann, dass wir sie selbstverständlich alle umgesetzt haben. Das ist die Erstellung eines Leitfadens zur Identifikation und Verfolgung islamfeindlicher Straftaten. Das ist die Weiterentwicklung des Aus- und Fortbildungskonzepts für die Polizei. Das ist selbstverständlich ebenfalls umgesetzt worden, so wie auch die Einrichtung einer AG Antimuslimischer Rassismus beim LKA Berlin und die Ernennung einer Ansprechperson für den Phänomenbereich. All diese Dinge haben wir umgesetzt und arbeiten aber auch weiter mit Hochdruck daran, die entsprechenden Gesprächsformate aufzusetzen.

Entschuldigen Sie, dass ich mit so hohem Tempo vorgehe, aber ich will noch ein paar Botschaften loswerden, weil eine Faktenlage sicher auch hilft, diese Diskussion hier zu bereichern. Die Sicherheitslage im Kontext von antimuslimischem Rassismus ist in der Tat so, dass es in Berlin wiederkehrend zu Anfeindungen, Beleidigungen und auch Drohungen gegenüber den in Berlin lebenden Menschen muslimischen Glaubens, gegenüber Moscheen,

gegenüber muslimischen Vereinen und Religionsgemeinschaften gekommen ist. Das sind überwiegend E-Mails, das sind überwiegend Dinge, die per Post geschehen. In seltenen Fällen sind auch muslimische Einrichtungen zum Ziel von Anfeindungen geworden. Wir haben aktuell keine konkreten gefährdungsrelevanten Erkenntnisse zum Nachteil muslimischer Einrichtungen. Allerdings bilden natürlich Islamfeindlichkeit und auch das Thema Zuwanderung, das ja sehr emotionalisiert miteinander besprochen wird, ein konstantes Aktionsfeld in diesem Themenbereich, insbesondere auch der rechten Szene. Dazu könnte mein Verfassungsschutzchef sehr viel sagen, da das ein sehr intensives Feld ist, mit dem wir uns auseinandersetzen.

All diesen Dingen begegnen wir durch die Einrichtung verschiedener Formate. Wir haben natürlich bei uns im Haus, in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, im Rahmen der Fachaufsicht Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich genau mit diesem Phänomenbereich auseinandersetzen, aber auch die Zentralstelle Hasskriminalität bei der Polizei Berlin, die die zentrale Bearbeitungszuständigkeit im Rahmen der Strafverfolgung und auch im Rahmen der Gefahrenabwehr des von mir eben genannten Dreiklangs hat. Es ist ganz wichtig, dort die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen weiter zu intensivieren. Wir haben einen Beauftragten für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eingesetzt. Wir haben den Runden Tisch Hasskriminalität beim LKA Präv, der regelmäßig zusammentritt. Wir haben den Tempelhofer Dialog, der nach einer coronabedingten Pause jetzt wieder fortgesetzt wird und im engen Austausch miteinander ist. Wir haben natürlich außerdem den ganz wichtigen Themenbereich der Aus- und Fortbildung bei der Polizei, nicht nur in der Polizeiakademie, sondern auch für den gehobenen Polizeivollzugsdienst an der HWR, und die ständige Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, um sie für diesen Phänomenbereich zu sensibilisieren. So viel vielleicht einmal in einem Parforceritt nur angerissen. – Sofern das gewünscht ist, könnte Michael Fischer noch ein kurzes Highlight aus Sicht des Verfassungsschutzes ergänzen, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Raed Saleh: Ich denke, das macht Sinn. Gern!

Michael Fischer (SennInnSport; Leiter Abteilung II Verfassungsschutz): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Muslimfeindlichkeit ist kein neues Thema, auch nicht für den Berliner Verfassungsschutz. Muslimfeindlichkeit ist ein fester Bestandteil der Ideologie nahezu aller rechtsextremistischen Strömungen und Gruppierungen und, weil Frau Gomis danach gefragt hat, auch der von uns unter dem Begriff der gewaltorientierten rechtsextremistischen Netzkulturen neu zusammengefassten Gruppierungen, wie Deutsche Jugend Voran, Jung und Stark und so weiter. Im Kern basiert diese Ideologie auf rassistischen Vorurteilen, aus denen Diffamierungen, Bedrohungen und die Anwendung von Gewalt gegen Musliminnen und Muslime resultieren. Wir haben das von den Anzuhörenden auch schon gehört.

Geschürt wurde diese Entwicklung zunächst von den klassischen rechtsextremistischen Akteuren, wie zum Beispiel der NPD, die bereits zu Beginn der 2010er-Jahre dezidiert mit muslimfeindlichen Positionen, insbesondere in Wahlkämpfen, zu provozieren versucht haben. Mitte der 2010er-Jahre gewann dann eine neue Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Szene zunehmend an Bedeutung für die Muslimfeindlichkeit, und das Thema kann man dann als das zentrale Thema in allen rechtsextremistischen Strukturen in den 2010er-Jahren bezeichnen. Die sogenannten Pro-Parteien, aus deren Spektrum Pro Deutschland in Berlin aktiv war oder die Pegida-Bewegung mit ihrem Berliner Ableger Bärgida entstanden ist, machten

die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung Deutschlands dann zu ihrem Kernthema. Auch das kennen Sie alles. Dabei wurde eine idealisierte westliche Kultur einer, vielleicht genauso idealisierten, islamistischen Bedrohung entgegengestellt. Parallel dazu entwickelte sich allerdings in Deutschland nach dem Vorbild der Génération identitaire aus Frankreich die Identitäre Bewegung, die Muslimfeindlichkeit mit jugendlichem Aktionismus verbunden hat. Sie alle kennen das Lambda-Zeichen, das auf einem Film beruht. Mit Besetzungsaktionen und Flashmobs, die gezielt Jugendliche ansprechen sollten, wurde dann eine entsprechende Propaganda, vor allen Dingen auch in dem mehr noch an Bedeutung gewinnenden Internet, gemacht. Dabei verzichtete die Identitäre Bewegung bewusst auf Bezüge zum historischen Nationalsozialismus und grenzte sich dadurch, allerdings nur vordergründig, von klassisch rechtsextremistischen Strukturen ab, die wir bis dahin gekannt haben.

Diese Entwicklungen bilden den Kern einer neuen rechtsextremistischen Szene, die wir als Verfassungsschutz unter dem Begriff „Verfassungsschutzrelevante Neue Rechte“ zusammenfassen. Zu der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten zählen insbesondere Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen, deren Ziel es ist, antideokratische, rassistische und antiliberale Positionen in Gesellschaft und Politik zu verankern. Dabei ist ein ideologisches Konstrukt, das eine zentrale Bedeutung erlangt hat, insbesondere das Konzept vom sogenannten Ethnoppluralismus. Kern dieses Konzepts ist die Vorstellung, dass es grundsätzliche und unveränderliche Merkmale bestimmter Menschengruppen gäbe. Migrationsprozesse werden grundsätzlich als Gefahr für die vermeintliche Homogenität einer Ethnie oder eines Volkes angesehen. Migrantinnen und Migranten, und hier vor allen Dingen Musliminnen und Muslime, werden negative Eigenschaften zugeschrieben und als Bedrohung für die eigene Ethnie dargestellt. Schlagworte, die in diesem Zusammenhang von den Anhängerinnen und Anhängern der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten genutzt werden, sind Begriffe wie Volkstod, schleichender Genozid, kulturfremde Masseninvasion, Bevölkerungsaustausch oder Umvolkung.

Vor allem Remigration hat sich in den vergangenen Jahren zum zentralen Kampfbegriff der Szene entwickelt. Auch das ist Ihnen bekannt. Anhängerinnen und Anhänger der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten versuchen, diesen Begriff als legitime Maßnahme einer Migrationspolitik darzustellen, die sie selbst verfolgen wollen. Tatsächlich beinhaltet er jedoch auf der Basis eines ethnisch-kulturellen Volksbegriffs die Unterscheidung und Abwertung von Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft sowie ihrer religiösen Zugehörigkeit – verbunden mit der Forderung nach Abschiebung und Ausweisung auch deutscher Staatsangehöriger. Im Kern sind der Ethnoppluralismus und die Forderung nach Remigration damit also rassistische Konzepte, bei denen lediglich auf den Begriff der sogenannten Rasse verzichtet wird – Sie haben es gesagt, Herr Professor.

Zusammenfassend lässt sich damit aus der Perspektive des Verfassungsschutzes also sagen, dass das Thema Muslimfeindlichkeit schon länger fester Bestandteil der Ideologie rechts-extremistischer Gruppierungen ist, und es ist insbesondere innerhalb der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten das Thema. Diese Szene verbreitet insbesondere in den sozialen Medien gezielt Vorurteile gegen Musliminnen und Muslime, die sie auf diese Weise diffamiert, ausgrenzt und abwertet. Diese massive Propaganda wirkt nach unserer Auffassung mindestens in zweifacher Hinsicht. Zum einen zielt sie darauf ab, muslimfeindliche Positionen in breiteren Bevölkerungskreisen anschlussfähig zu machen, und zum anderen müssen wir fest davon ausgehen, dass diese Propaganda auch eine radikalisierende Wirkung hat – mit der

Folge, dass aus Worten Taten werden, was auch die Anwendung von Gewalt gegen Musliminnen und Muslime einschließt. Für den Berliner Verfassungsschutz ist dies deshalb nach wie vor ein wichtiges Thema, über das wir in der Vergangenheit auch regelmäßig in unseren Verfassungsschutzberichten informiert haben. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Fischer, für diesen beeindruckenden Vortrag, auch noch einmal zusammengefasst mit der Historie! – Mein Vorschlag wäre jetzt, dass es pro Farbe, pro Block die Möglichkeit zu einer Stellungnahme von vier Minuten gibt, dass wir dann noch einmal kurz die Möglichkeit geben, die Verwaltung anzuhören, und dann am Ende die Möglichkeit besteht, noch einmal darauf einzugehen, wie wir mit den Fragen umgehen, damit nichts verloren geht. – [Zurufe] – Genau. Die Beantwortung durch die Anzuhörenden würde dann, wenn möglich, schriftlich erfolgen. Dafür wären wir sehr dankbar. Vielen Dank! – Das heißt: Wir hören noch einmal die Verwaltung und die Anzuhörenden dann gern schriftlich. – Wer antwortet für Sie, Herr Stettner?

Dirk Stettner (CDU): Prof. Dr. Zehnpfennig!

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Prof. Dr. Zehnpfennig, Sie haben das Wort!

Dr. Barbara Zehnpfennig: Ich hätte eigentlich viele Fragen, aber wegen der Kürze der Zeit möchte ich mich doch darauf beschränken, ein paar allgemeine Bemerkungen zum Thema Wissenschaft zu machen. Denn in dieser Kommission wird manchmal so getan, als genüge es, sich auf irgendein wissenschaftliches Ergebnis zu berufen, nach dem Motto „Die Wissenschaft hat festgestellt“, und damit wäre die Diskussion zu Ende. Also es kam: Wir wollen doch hier nicht hinter nationale oder internationale Standards zurückfallen – oder so etwas. Aber die Diskussion ist damit nicht zu Ende. Wenn Wissenschaftler so arbeiten, wie es sein soll, nämlich ergebnisoffen und frei, kommen sie immer zu verschiedenen Ergebnissen, zu kontroversen Deutungen. Freiheit des Denkens führt zur Vielfalt der Ergebnisse. Deshalb kann die Wissenschaft auch nicht mit einer Stimme sprechen, sie spricht mit vielen. Natürlich gilt das auch für den Rassismusbegriff. Eigentlich ist das auch allen bewusst. Nicht umsonst sucht sich ja jede Fraktion ihre Sachverständigen danach aus, dass sie vermutlich der eigenen Position nahestehen.

Das bedeutet natürlich andererseits nicht, dass Wissenschaft nicht mehr wäre als Meinung. Für die Wissenschaft gilt natürlich das Objektivitätsideal. Sie muss rational nachvollziehbare Methoden anwenden, ihre Ergebnisse müssen überprüfbar sein und so weiter. Das unterscheidet sie deutlich vom Alltagsdenken. Trotzdem sind damit die Ergebnisse nicht vorgegeben. Jeder Wissenschaftler schneidet sich seinen Forschungsbereich selbst zu. Er entscheidet, welche Methoden er anwendet, wie weitgehend er Forschung, die der seinen widerspricht, aufnimmt und wie kritisch er sein eigenes Vorgehen, auch seine eigenen Prämissen, reflektiert. Das alles wirkt sich natürlich auf die Ergebnisse aus. Doch man hat bei demselben Thema nicht nur verschiedene wissenschaftliche Einschätzungen, zum Beispiel wie sich Migration auf die Einwanderungsgesellschaft auswirkt, man kann auch so forschen – was natürlich dem Objektivitätsideal widerspricht –, dass man genau das herausbekommt, was man von Anfang an haben wollte. Da helfen dann auch Zahlen und Fakten nicht weiter, weil man sie entsprechend generieren oder deuten kann. Wenn ich zum Beispiel in einer Erhebung die Frage stelle: Sind Sie stolz auf Ihr Land? – und ein Ja als Indikator für eine rechtsextreme Gesinnung deute, habe ich sehr schnell eine Statistik mit hohen Rechtsextremismuswerten beisammen.

Oder die Deutung von Fakten: Man sieht, dass die Gewaltbereitschaft in Gesellschaften mit hoher sozialer Ungleichheit größer ist als in sozial ausgeglicheneren Gesellschaften. Was aber bedeuten diese Fakten? Handelt es sich bloß um eine Korrelation, oder ist das eine Ursache für das andere? Führt die Ungleichheit zu der Verrohung, oder hat sie andere Ursachen? Die Antwort darauf geben eben die Zahlen und Fakten selbst nicht, und die Kausalität würde ich dann interpretieren.

Was ich mit all dem sagen will: Es ist gut und sinnvoll, in der Politik – und so auch hier – wissenschaftlichen Sachverstand hinzuzuziehen, denn dadurch kann man für die verschiedenen Themen die fachliche Expertise nutzen, die man als Politiker nicht haben kann. Man kann aber durch Verweise auf wissenschaftliche Ergebnisse die politische Diskussion nicht beenden. Wissenschaft kann die gesellschaftliche und politische Debatte unterfüttern, aber nicht entscheiden. Deshalb ist die Vielfalt in der Wissenschaft, die festzuhalten ist, kein Manko, sondern ein Gewinn – genauso, wie es die Vielfalt, die Diversität im Politischen ist, denn sie eröffnet erst den Raum für die Suche nach einer gemeinsamen besten Lösung. – Ich würde jetzt noch eine Minute an Herrn Grigat weitergeben.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir haben tatsächlich keine Zeit mehr. Deswegen erst einmal an dieser Stelle vielen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Prof. Dr. Zehnpfennig! – Wer spricht bei Ihnen, Frau Bozkurt?

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Herr Hızarcı!

Vorsitzender Raed Saleh: Gern!

Derviş Hızarcı: Ich bin froh, dass auch die Staatssekretäre jeweils die ersten Fragen beantworten konnten. Vor allem den Input vom Verfassungsschutz habe ich mir mit großen Ohren angehört. Vielen Dank für diese ausführliche Darstellung!

Obwohl ich anfangs noch den Wunsch hatte, auf das Gespräch der letzten rund zwei Stunden einzugehen, möchte ich jetzt kurz auf meine Vorrrede reagieren, denn ich habe das Gefühl, dass wir prinzipiell auf dem richtigen Weg sind, dass wir kritisch sind, Zweifel haben, zuhören müssen und aufeinander zugehen müssen. Nun bemühen wir uns tage- und wochenlang vorher, hier eine Auswahl von Expertinnen und Experten einzuladen, die entweder Forschungsexpertise haben oder aufgrund ihrer Arbeit mit unmittelbar Betroffenen oder auch über das Monitoring Expertise mit hineinbringen. Wenn man sich diese Situation dann genauer anschaut und Ihnen zuhört, hat man den Eindruck, dass sich hier etwas ein wenig verwässern würde: Uns geht es nicht darum, uns wissenschaftlichen Standards, ob national oder international, hingeben zu müssen. Die Ausführungen der Verwaltung können wir auch in gewisser Weise in Relation stellen. Der Verfassungsschutz hat es ausführlich dargestellt, auch das muss nicht die Wahrheit sein. Was ist es denn dann?

Viel interessanter wäre, wenn Sie den Ball, den Sie in den Strafraum gebracht haben, dann auch versenken, indem Sie sagen: Was ich mitnehme, oder was hier für mich neu ist, oder von welchen Themen und Fragen ich denke, dass wir uns in unseren Reihen damit auseinandersetzen müssen. – Sodass wir durch diesen Erörterungsprozess, den Sie vorführen, vielleicht auch

für unsere Fraktion, in Anführungsstrichen, etwas mitnehmen können. Das ist, glaube ich, der spannende Punkt. Deshalb wollte ich das noch ergänzend hinzufügen.

Sonst hat man hier manchmal den Eindruck: Das Thema Islam- und Muslimfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus, wie benennen wir das, wie greifen wir das? – Wir kennen diese Taschenspielertricks. Wir kennen aber auch tatsächliche Kritik an der Findung von Begrifflichkeiten. Zuvor hatten wir das Thema Antisemitismus. Dort ging es auch um Fragen der Definition. Das ist also nichts Neues und in dem Sinne auch verständlich und legitim. Wenn wir aber das andere Spiel einmal weiter spielen, dann könnte man sich fragen: Haben wir ein Problem? Oder gibt es kein Problem zu dem Thema, das wir heute haben? Gibt es kein Problem, weil alles gut integriert ist und wir Vielfalt leben und Vielfalt gefeiert wird?

Vorsitzender Raed Saleh: Noch eine Minute Redezeit!

Derviş Hızarcı: Oder sind Muslime, ihre Religion und alles, was irgendwie dazugehört – wie Sprache, Gebräuche und so weiter – das Problem, und wir müssen uns des Problems entledigen? – Das kann es ja nicht sein!

Ein letzter Hinweis, den mir meine Kollegin Marina Chernivsky mitgegeben hat: Wir dürfen nicht vergessen, dass hier auch Betroffene sitzen. Wir reden nicht abstrakt über ein Phänomen, das woanders stattfindet, sondern hier sitzen Menschen, die muslimisch sind und von diesem Hass und von dieser Intoleranz betroffen sind. Hier gibt es auch Menschen, die von diesem Hass betroffen sind, weil sie entweder in dem Themenfeld arbeiten oder als Muslime wahrgenommen oder gedeutet werden. Auch da, glaube ich, brauchen wir ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl, sodass wir dann vielleicht mit weniger Emotionen zu diesen wichtigen Themen sprechen können. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag! – Herr Özdemir, wer spricht bei Ihnen?

Orkan Özdemir (SPD): Frau Dr. Bostancı!

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön, Frau Dr. Bostancı!

Dr. Seyran Bostancı: Vielen Dank für die Ausführungen, vor allem auch seitens der Verwaltung! Daran würde ich gern anknüpfen, weil es noch einmal sehr eindrücklich gemacht hat, wie die Bedrohungslagen sind und wie antimuslimischer Rassismus sich in unserer Gesellschaft zeigt. Deswegen würde ich gern den Behauptungen, die vorhin im Raum standen, dass zum Beispiel von antimuslimischem Rassismus inflationär Gebrauch gemacht wird, oder auch die NaDiRa-Studie in ihrer Wissenschaftlichkeit angezweifelt wird, entgegenhalten, dass in den Studien international etablierte Messverfahren wie beispielsweise die Modern Racism Scale zum Einsatz kommen und die subtilen Formen der Rassismuserfahrungen natürlich in ihrer Kumulation erfasst werden. Diese Erfahrungen, die wir messen – dass zum Beispiel 61 Prozent der muslimischen Frauen von subtilen rassistischen Abwertungen und 38 Prozent von regelmäßigen negativen Erfahrungen berichten –, ordnen wir dann als rassistisch ein, wenn auch tatsächlich rassistische Gründe wie beispielsweise Hautfarbe oder Name vorliegen. Da wäre ich ganz vorsichtig in der Kritik von etablierten Messverfahren, vor allem wenn man nicht unbedingt aus der quantitativen Forschung kommt.

Zum anderen, Frau Zehnpfennig, habe ich mich gerade gefragt, ob wir jetzt hier in einem Einführungsseminar in wissenschaftlichem Arbeiten sind. Ich war sehr irritiert und habe mich gefragt, was das jetzt mit dem heutigen Thema zu tun hat. Wollten Sie damit aussagen, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse hier infrage gestellt werden sollten? Ich konnte Ihr Statement nicht genau einordnen und habe es nicht ganz verstanden. Ich wäre jedenfalls, falls es so oder nicht so gemeint ist, dennoch sehr vorsichtig, wenn die empirischen Erkenntnisse, die hier dargestellt worden sind, nicht ernst genommen werden, wenn sie verharmlost oder negiert werden. Denn ein Großteil der Menschen, die in Berlin sind, ist potenziell von antimuslimischem Rassismus betroffen, und sie machen auch einen Großteil Ihrer Wählerschaft aus. Ich bin keine Politikerin, ich muss niemanden zufriedenstellen, aber ich würde einfach noch einmal diese Erkenntnis ans Herz legen, weil ja auch viele Ihrer Wählerinnen und Wähler muslimisch sind oder muslimisch gelesen werden. – [Zuruf von Dr. Timur Husein (CDU)]

Orkan Özdemir (SPD): Das hat Sie doch gerade gesagt!

Dr. Seyran Bostancı: Genau das sage ich. – [Weitere Zurufe] – Das würde ich bezweifeln. – [Weitere Zurufe] –

Vorsitzender Raed Saleh: Okay! – Wir haben bis zur nächsten Landtagswahl noch viele Monate vor uns, in denen diskutiert werden kann, aber das ist ein anderes Thema. Meine Nachbarn, auch mit Migrationshintergrund, haben auch die CDU gewählt, aber wegen des Autos, nicht wegen anderen Themen. Mit anderen Worten will ich sagen: Reden wir einfach einmal weiter. Frau Oehlmann hat jetzt nämlich noch eine Minute und 30 Sekunden Zeit. – Bitte schön!

Jamuna Oehlmann: Vielen Dank, auch für die unterschiedlichen Perspektiven! Das ist jetzt natürlich gerade ein undankbarer Moment, wo es hier so heiß hergeht. Aber wir haben ja zum Glück noch den Nachmittag, um weitere Expertinnen und Experten anzuhören. Ich finde es immer wieder spannend, wie die Positionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, von Expertinnen und Experten hier im Raum infrage gestellt werden. Das regt zum Nachdenken an. Ich glaube, wir alle hier im Raum wissen, dass es ein Dunkelfeld in diesem Themenfeld gibt. Die Zahlen, die präsentiert wurden, sind absolut erschreckend. Ich glaube aber tatsächlich – ich weiß nicht, Rima Hanano, ob du mir da zustimmen würdest –, dass die Zahlen in den Gesprächen, die ihr führt, wahrscheinlich noch durchaus höher sind.

Mir ist ganz wichtig zu sagen, dass antimuslimischer Rassismus eben kein Nebenschauplatz ist, sondern ein ganz zentrales Strukturmerkmal gesellschaftlicher Ungleichheit. Er wirkt durch institutionelle Routinen, durch Diskurse in Politik und Medien. Wie hier auch vorhin gesagt wurde: Uns hören Menschen zu, die betroffen sind. Ich glaube, das sollten wir in der Diskussion auch ernst nehmen. Das ist für viele von uns ein emotionales Thema, und trotzdem haben wir eine Verantwortung, wie wir über diese Themen sprechen und wie wir über Menschen sprechen, die von diesen Themen betroffen sind.

Muslimische Menschen werden nicht als Bürgerinnen und Bürger angesprochen, sondern als kulturelles Risiko dargestellt, als integrationspolitisches Projekt. Das ist wirklich besorgniserregend. Diese Differenzierung beginnt nicht nur bei Extremismus, sondern im Alltag, wenn

etwa bildungspolitische Projekte unter Generalverdacht gestellt werden oder Musliminnen und Muslime ständig ihre Zugehörigkeit beweisen müssen. Das erzeugt ein Klima permanenter Abwertung und Ausgrenzung, und wir alle haben dafür eine Verantwortung. Wir haben heute über rechtsextremistische Dimensionen gesprochen. Wir haben noch nicht allzu viel über islamistischen Extremismus gesprochen, ein Thema, mit dem ich mich sehr auskenne. Aber diese Verknüpfungen sind besorgniserregend und wir sollten sie uns vielleicht am Nachmittag noch einmal genauer anschauen. Ich mache hier einen Punkt – ich vermute, meine Zeit ist abgelaufen – und übergebe an die nächste Person.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Oehlmann! – Frau Eralp, wer spricht bei Ihnen?

Elif Eralp (LINKE): Ich fange an und dann übernimmt Frau Gomis.

Vorsitzender Raed Saleh: Gern! Auch Sie haben vier Minuten Zeit. – Sie haben das Wort!

Elif Eralp (LINKE): Ich mache es schnell. Als die CDU eben um die Ausnahme erbeten hat, von dem bisherigen Verfahren abzuweichen, weil, so wörtlich, die Fraktion hier noch einmal darstellen will, was Konsens und Dissens ist, und das einordnen will, habe ich erwartet, dass dann auch CDU-Abgeordnete sprechen. Dazu habe ich nichts vernommen. Keine Antwort darauf, dass Sie hier das gesellschaftliche Klima durch die Debatten selbst vergiften – wie auch Studien festgestellt haben –, oder dass Sie von deutscher Leitkultur sprechen, wozu der Verfassungsschutz gesagt hat, dass es ein rechtsextremes Konzept ist, wenn man davon ausgeht, dass es eine homogene Gruppe gibt. – [Zurufe von der CDU] – Ich rede jetzt gerade. Ich stoppe jetzt die Zeit. – [Zuruf von der CDU: Sie lügen!] –

Vorsitzender Raed Saleh: Stopp! Wir haben in der Kommission auch eine gewisse Vorbildfunktion, Diskurse, die gerade gesellschaftspolitisch diskutiert werden, hier miteinander gut zu diskutieren. Bisher ist es so gewesen: Wenn jemand spricht, bitte ich darum, dass die anderen nicht hineinreden und auch keine Bemerkungen machen. Meine Bitte ist jetzt, dass wir uns wirklich konzentrieren. Wir haben ja vieles festgehalten, es wird protokolliert. Es gibt Punkte, die man gar nicht auflösen kann, weil es einfach unterschiedliche Ansichten und unterschiedliche Wege gibt, was man richtig oder falsch findet. Lassen Sie uns hier den Austausch suchen. Wir haben Anzuhörende gehabt, wir haben Fragen beantwortet bekommen. Wir haben gleich noch einmal die Möglichkeit, die Verwaltung zu hören. Wir haben gerade den Verfassungsschutz gehört. Lassen Sie uns bitte gut und vor allem auch respektvoll miteinander reden. – Auch ohne anderen die Vergiftung von gesellschaftlichen Debatten vorzuwerfen, Frau Eralp! – Lassen Sie uns versuchen, jetzt gemeinsam einfach wirklich die Argumente auszutauschen. – Sie haben das Wort! Wir haben die Zeit selbstverständlich angehalten.

Elif Eralp (LINKE): Ich habe die Mustafa-Studie zitiert. Da wurden bestimmte Sachen gesagt, und Sie müssen auch bis zum Ende zuhören. Ich wollte gerade sagen, was der Verfassungsschutz hier ausgeführt hat, und da grätschen Sie einfach hinein. Es ging um diese These der extremen Rechten, dass es eine homogene Kultur gebe und die Muslime da stören. Dort spielen viele Rassismen hinein. Das wurde hier gesagt, und das unterstützte ich, das sehe ich genauso. Diese homogene Kultur gibt es so nicht. Wir sind hier eine Einwanderungsgesellschaft. Auch die CDU spricht immer wieder von der deutschen Leitkultur. Das steht in dieser Studie, in der die ganzen Wahlprogramme und die Bundestagsreden ausgewertet wurden. Ich habe gedacht, dass Sie jetzt darauf antworten, weil Sie gesagt haben, dass die Fraktion das hier noch einmal einordnen muss. Das haben Sie nicht getan. Da bin ich enttäuscht, aber vielleicht können wir das an anderer Stelle nachholen.

Stattdessen hat eine von Ihnen ernannte Expertin über etwas gesprochen, das gar nicht infrage steht. Wir haben nie gesagt, dass das hier jetzt gesetzt ist, und wir nicht debattieren wollen, sondern wir sind ja hier, um zu debattieren. Wir wollten hier debattieren. Deswegen ist das aus meiner Sicht eine ganz andere Frage. Ich habe erwartet, dass Sie zu diesen Themen, die aufgeworfen wurden, etwas sagen.

Ich bin froh, dass hier ein paar Dinge auch noch einmal klar genannt wurden, die ich auch schon angesprochen habe, nämlich dass das Ganze von der NPD kam und dass Rassismus jetzt eben religiös und kulturell begründet wird, während vorher stärker phänotypisch und genetisch angeknüpft wurde. Diese These ist hier auch von den Behörden bestätigt worden. Darum ging es mir, und ich hoffe, dass wir dazu auch noch Antworten bekommen. Sie haben mich letztes Mal auch verschiedene Dinge gefragt und einige Thesen zu meiner Partei aufgestellt, gerade Herr Husein. Da kann ich auch mal zurückfragen, das ist ja hier ein Dialog.

Ansonsten haben Sie eben die Wahlergebnisse hineingerufen, während ich gesprochen habe. Da kann ich nur sagen: Sehen Sie sich die Befragung an, die das ZDF in Auftrag gegeben hat. Dabei kam heraus, dass Muslime mit 29 Prozent am allermeisten die Linke gewählt haben. Danach kam die SPD und so weiter. Ich glaube, dass bei den Menschen ankommt, wie die Debatten in dieser Stadt und in diesem Land laufen, und dass sie zum Nachteil von Menschen mit Migrationsgeschichte, insbesondere von Musliminnen und Muslimen, laufen. Das sollte auch Ihnen zu denken geben. Wir reflektieren uns und überlegen, wie wir das gesellschaftliche Klima verbessern können, und ich wünsche mir, dass das hier alle tun. – Das ist alles.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Wir haben noch 1 Minute und 10 Sekunden. – Frau Gomis, machen Sie weiter?

Saraya Gomis: Ich versuche es! – Vielen Dank für die ersten Ausführungen! Ich würde gern einen ganz kurzen Punkt machen. Das eine ist die Frage von wissenschaftsbasiert: Das heißt dann nicht, dass eine Studie sozusagen gottgegeben ist. Der andere große Punkt waren Rechtsfragen. Ich würde gerne darauf noch einmal eingehen: Wir haben hier verbindliches Recht, auch im Kontext von Antidiskriminierung.

Danke für die Ausführungen, insbesondere auch die Qualität der Ausführungen, an die Innenverwaltung! Ich würde gern nachfragen, wo das Problem gerade bei überinstitutioneller Arbeit liegt, denn es gibt ja Fragen von Diskriminierung, die zum Beispiel Justiz- und Innenverwaltung oder andere Verwaltungen betreffen, etwa die Bildungsverwaltung. Wie wird das angegangen, und wie ist da der Austausch?

Ich würde auch gern an Herrn Landero anschließen. Auch hier vielen Dank für die Ausführungen! Sie haben noch einmal betont, dass es viele strukturelle Herausforderungen gibt. Sie als Verwaltung sind ja auch immer auf die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungen angewiesen. Vielleicht auch da noch einmal: Was braucht es hier eigentlich?

Von der Senatsverwaltung für Kultur haben Sie insbesondere Dinge ausgeführt, die für Mitarbeitende relevant sind, AGG et cetera. Da sind wir noch nicht in das LADG gegangen, und da sind wir noch nicht dorthin gegangen, wo es um Berlinerinnen und Berliner und die Möglichkeit geht, Kultur, Engagement et cetera wahrzunehmen. Vielleicht könnten Sie gerade im Hinblick auf meine Fragen hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts dazu noch einmal etwas ausführen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Frau Gomis! – Jetzt wären wir bei der Beantwortung in folgender Reihenfolge: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – SenBJF–, dann die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

SenWGP –, dann die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – SenJustV – und zum Schluss die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Das sind jetzt die Angefragten. Ich würde darum bitten, dass wir vier bis fünf Minuten anpeilen. – In der Reihenfolge beginnt SenBJF.

Frank Seibt (SenBJF): Ich beziehe mich auf die Anfrage von Frau Gomis, und zwar den Schwerpunkt Jugendfreizeiteinrichtungen. Wir haben für das dort tätige Personal seit ungefähr 15 Jahren ein sogenanntes Qualitätshandbuch mit den verschiedensten Kapiteln. Das betrifft unter anderem, aber nicht nur, Ethnie, Religion und geschlechtsorientierte Jugendarbeit. Darin sind die Rahmenbedingungen enthalten, unter denen das pädagogische Personal in den Einrichtungen mit den Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgeht. Darüber hinaus gibt es natürlich hier und da Bedarfe, weil der Rahmen, also dieses Qualitätshandbuch, nicht immer alles abdeckt.

Wir haben eine Besprechungskultur, bei der wir uns einmal im Monat mit den Jugendämtern austauschen. Dort gibt es seit einigen Jahren aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Land Berlin einen ständigen Tagesordnungspunkt, der sich mit allem beschäftigt, was Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Extremismus und so weiter angeht. Es gibt einen Austausch über Vorgänge, die in den einzelnen Freizeiteinrichtungen eventuell angelaufen sind. Auch eine Art fachliche Beratung ist dann denkbar, weil natürlich nicht immer alle gut in der Lage sind, ihre Probleme vor Ort zu lösen.

Darüber hinaus, bezogen auf Unterstützung für das Personal im Umgang vor Ort, haben wir Jugendbildungsstätten, die durchaus Angebote erweitert haben. Dort haben wir auf der Ebene des Haushalts vor zwei Jahren eine starke Verstärkung bekommen. Die Angebote sind ausgeweitet worden. Der Nutzerkreis sind ungefähr 80 Prozent Schulklassen, die die Bildungsstätten besuchen, und dort wird diese Thematik eben auch bearbeitet. Das vielleicht erst einmal in Kürze von mir dazu. Wenn noch weiterer Bedarf besteht, müssten wir die Bezirke noch einmal einzeln fragen und dann schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt bei SenWGP. – Frau Sexauer, Sie haben das Wort!

Katharina Sexauer (SenWGP): Herzlichen Dank für die Fragen an unser Haus, die wir aber tatsächlich gern schriftlich umfassend beantworten wollen würden. Wir lassen es Ihnen dann umgehend zukommen.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay! Vielen Dank! – Dann ist jetzt Frau Gerlach für SenJustV an der Reihe.

Susanne Gerlach (SenJustV): Guten Tag! Ich muss ganz offen sagen, dass ich die Fragen als relativ komplex und weitgehend empfunden habe. Von daher wird es nicht gelingen, diese in drei bis vier Minuten abschließend zu beantworten. Ich will aber gern ein paar Blitzlichter geben und wie die Kollegin auch ankündigen, dass wir es gern nachholen, das Ganze schriftlich zu beantworten, falls noch konkrete Fragen offenbleiben – wovon ich aufgrund des Zeitlimits fest ausgehe.

Ich möchte als Erstes ganz kurz auf die Thematik der Fortbildungen für Richterinnen und Richter eingehen, die hier angerissen wurde. Es gab eine schriftliche Anfrage, die wir beantwortet haben, und dazu sind Nachfragen gestellt worden. Ich will noch einmal darauf verweisen, dass das Thema Fortbildungen, insbesondere für Richterinnen und Richter, natürlich ein sehr komplexes Thema ist. Sie haben ein bisschen – so habe ich das verstanden – Unverständnis darüber geäußert, dass wir in Berlin in der Tat anders als andere Länder hier keine Fortbildungspflicht haben. Es gibt Fortbildungspflichten für ganz spezifische fachliche Fortbildungen, aber keine für derartige Themen. Ihnen ist in der schriftlichen Anfrage ja erläutert worden, und das ist vielleicht wichtig zu wissen, dass eine solche gesetzliche Fortbildungspflicht am Ende des Tages lediglich appellativen Charakter hätte. Denn wenn Richterinnen und Richter an Fortbildungen nicht teilnehmen – auch wenn sie dazu verpflichtet sind –, hat das keinerlei dienstrechte Konsequenzen. Das ist mit dem besonderen Status verbunden. Deshalb glaube ich nicht, dass das tatsächlich dazu führen würde, dass mehr Kolleginnen und Kollegen aus der Richterschaft Fortbildungen wahrnehmen würden.

Ich teile Ihre Einschätzung nicht ganz, dass die Auflistung, die doch sehr ausführlich gemacht worden ist, tatsächlich so unbefriedigend ist. Ich finde, dass es eine ganze Reihe von Fortbildungen gibt. Ihnen ist hier fast eine ganze Seite aufgelistet worden, von denen auch eine ganze Reihe in praktisch vielen Gerichtszweigen zu solchen Themen wie Antidiskriminierung und anderen Themen angeboten werden. Es bleibt aber einefordernde Daueraufgabe – da sind wir vollkommen Ihrer Auffassung –, dass man dafür werben muss, dass Richterinnen und Richter sich auch für diese Bereiche interessieren und an solchen Angeboten, die es doch in recht großem Umfang gibt, teilnehmen.

Im Übrigen möchte ich noch kurz an das anschließen, was Herr Staatssekretär Hochgrebe bereits zum Thema Inneres und Justiz ein bisschen in den Blick genommen hat. Ich selbst leite die Abteilung in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, der die Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, aber auch Staatsanwaltschaft, Strafverfolgung obliegt und möchte noch einmal sagen, dass wir vonseiten der Staatsanwaltschaft sehr eng mit der Innenverwaltung und mit den Polizeibehörden zusammenarbeiten – und das schon seit sehr vielen Jahren, und wie ich finde, in beispielgebenden Strukturen, auf die wir auch bundesweit durchaus stolz sein können. Wir haben vor einigen Jahren – das wissen Sie vermutlich – die Zentralstelle Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft eingerichtet, bei der mit spezifischen Zuständigkeiten von einzelnen Kolleginnen und Kollegen bei der Staatsanwaltschaft die Delikte, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auszeichnen, in den Blick genommen werden. Das ist eine Konzentration der Zuständigkeit.

Das ist aber nicht alles. Die Strafverfolgungsbehörden verfolgen hier einen Drei-Säulen-Ansatz. Natürlich eine konsequente Strafverfolgung, das ist in diesem Punkt eine wichtige Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, wir wissen aber auch, dass das nicht die einzige Aufgabenstellung der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden ist. Es gibt eine sehr gut aufgestellte Vernetzungsarbeit der Staatsanwaltschaft mit anderen Behörden, aber auch mit NGOs, mit der Wissenschaft, mit Schulen und mit anderen. Die Staatsanwaltschaft versteht sich also hier nicht nur als Strafverfolgerinnen und Strafverfolger, sondern hat sich dieses Themas auch ressortübergreifend angenommen. Es gibt auch Ansprechperson für Betroffene, für Hilfseinrichtungen und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich würde sagen, dass die Berliner Strafverfolgungsbehörden bei dem Thema sehr gut aufgestellt sind – auch im Vergleich zu

anderen Ländern, das möchte ich sagen. Aber es ist eine dauernde Aufgabe. Da darf man nicht stehen bleiben, sondern muss die Dinge weiter in den Blick nehmen.

Frau Gomis, Sie haben einen bunten Strauß an Fragen gestellt. Wir werden nicht umhinkommen, einige davon schriftlich zu beantworten. Sie haben sich aber – das noch einmal ganz kurz aufnehmend – nach Beschwerden erkundigt, die Verstöße gegen das Antidiskriminierungsgesetz zum Gegenstand haben, und die dann im Wesentlichen von der Ombudsstelle bearbeitet werden. Ich kann für meinen Geschäftsbereich sagen, dass das wenige Fälle sind, in denen wir aber nach meiner Einschätzung sehr gut mit der Ombudsstelle zusammenarbeiten und die Dinge dann auch so behandeln, wie man das erwarten darf.

Sie haben danach gefragt, ob wir die Empfehlungen für den Runden Tisch für ausländische Gefangene umsetzen. Empfehlungen werden auch mal eins zu eins umgesetzt, aber vor allen Dingen ist dieser Runde Tisch ja ein Diskursraum, um mit ganz vielen Akteuren hier in der Stadt diese Themen zu erörtern. Daraus ergibt sich einiges, das wir verändern. Dieses Gremium ist wichtig, gerade für den Justizvollzug, was die ganze Thematik betrifft – das ist ja auch ein sehr sensibler Bereich –, aber wir haben auch andere zivilgesellschaftliche Einbindungen durch den Berliner Vollzugsbeirat, durch die Anstaltsbeiräte, aber auch durch freie Träger und durch die Zivilgesellschaft. Insgesamt meine ich doch, dass wir ganz gut aufgestellt sind. – Ich sehe, der Vorsitzende ermahnt mich schon. Von daher muss ich Sie dann doch bitten, wenn noch Fragen offen sind, diese konkret schriftlich zu formulieren. Wir beantworten sie sehr gern. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Danke schön für Ihren Beitrag! – Dann ist jetzt zum Abschluss Herr Siebert von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt an der Reihe. – Bitte schön, Herr Siebert!

Ingo Siebert (Landeskommision Berlin gegen Gewalt): Herzlichen Dank, Frau Gomis, für Ihre Nachfragen! Damit wir die vier Minuten gut nutzen können, fasse ich es jetzt einmal so zusammen: Wie ist eigentlich der Stand der Bearbeitung dieses Themas in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt? – Für mich sind drei Meilensteine wichtig: Wir hatten das Thema des antimuslimischen Rassismus eigentlich schon immer als Grundlage in unserem Gesamtkonzept. Wir hatten es außerdem als Grundlage in der Bearbeitung von Radikalisierungstendenzen. Es ist ja auch von einem der Wissenschaftler hier gesagt worden, dass antimuslimischer Rassismus und Diskriminierung auch eine Grundlage für Radikalisierung bei Musliminnen und Muslimen sind. Ich denke aber, dass der Hauptschub der ganzen Debatte durch Hanau gekommen ist. Dieses Ereignis ist heute noch gar nicht erwähnt worden. In dem Zusammenhang ist innerhalb der Innenverwaltung, aber auch innerhalb der Landeskommision ein Sechs-Punkte-Plan verabschiedet worden, von dem fünf Maßnahmen bei der Landeskommision gelandet sind. Dort sind wichtige Bausteine dabei.

Von der Struktur her – vielleicht auch für die Debatte nachher – war es uns immer wichtig, die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund zu rücken, Hilfe anzubieten, sich noch einmal genau anzuschauen, wo Lücken in der Hilfestruktur sind, und eben auch Schutzmaßnahmen vorzuhalten. In dem Kontext hatten wir Maßnahmen zur Dunkelfelderhellung. Da ist gemeinsam mit der Zivilgesellschaft eine Kampagne entstanden. Wir haben gleichzeitig darüber nachgedacht, wie wir auch Fälle von antimuslimischer Gewalt erfassen können, die von

Nichtmuslimen, die aber so gelesen werden, aufgegriffen werden. Da haben wir zusammen mit der LADS eine entsprechende Stelle aufgebaut.

Wir hatten das Thema Prävention durch Sensibilisierung der Polizei: Da haben wir sehr erfolgreich zusammen mit CLAIM Workshops durchgeführt, und wir haben eine Studie, die mit dem Thema zu tun hat, die man vielleicht bei Gelegenheit auch noch einmal diskutieren kann. Wir haben bauliche Maßnahmen, also wir haben einen Baufonds eingerichtet, der es möglich macht, Schutzmaßnahmen zu beantragen und umzusetzen. Wir haben außerdem einen Soforthilfefonds eingesetzt, bei dem man bis zu 1 000 Euro bei Übergriffen bekommen kann. Gleichzeitig haben wir Ausstiegsmassnahmen und Beratungsmaßnahmen, wie beispielsweise veritas im Bereich Verschwörungsideologien, eingesetzt. Der Schwerpunkt der aktuellen Arbeit – wir mussten uns auch aufgrund der Haushaltsslage ein bisschen beschränken – liegt auf dem Soforthilfefonds mit über 600 000 Euro, bei dem zum größten Teil antimuslimischer Rassismus als Grund genannt wird, warum dieser Soforthilfefonds genutzt wird. Außerdem liegt der Schwerpunkt auf dem baulichen Fonds mit über 250 000 Euro – um hier einfach auch einmal Geld zu nennen, das wir dort ausgeben.

Wir haben gerade darüber gesprochen, Ihre Nachfragen zum Anlass zu nehmen, dass wir vielleicht einen Raum schaffen müssen, wo wir diese Maßnahmen noch einmal zusammen diskutieren und auch evaluieren können. Die Frage nach der Evidenz kann ich noch beantworten: Wir haben das Thema bei unserem aktuellen Gewaltmonitoring als ein wichtiges Thema unter Hassgewalt und werden es für die letzten beiden Jahre noch einmal auch in der Entwicklung darstellen – vor allem sozialräumlich, weil wir das Thema auch in der kiezorientierten Gewaltprävention sehr stark verankern.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag! – Wir sind dann am Ende der ersten Runde. Ich möchte mich erst einmal bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie da waren, dass Sie sich die Zeit genommen und die Fragen beantwortet haben und auch noch weitere schriftlich nachgereichte Fragen nach Möglichkeit beantworten. Vielen Dank im Namen der gesamten Kommission für Ihre Zeit!

Manchmal habe ich hier wirklich die undankbare Aufgabe, auf die Uhr zu schauen, weil wir uns ein Zeitkontingent geben, und sechs Stunden ist das maximale dieser Kommission. Dann habe ich teilweise ein schlechtes Gewissen, die Expertinnen und Experten mit den Wortbeiträgen kurz zu halten, weil Sie ja Gäste sind und von uns eingeladen worden sind, um Ihnen zuzuhören. Es ist aber, glaube ich, auch das gemeinsame Verständnis des Austauschs, dass es am Ende vom Zeitmanagement her klappen muss. Das gilt natürlich auch für Diskussionen und andere Dinge. Wir werden aber intern noch einmal schauen, wie wir das Ganze vielleicht gemeinsam noch ein Stück weit bewerten und anpassen können, auch was die Perspektive der Expertinnen und Experten betrifft.

Ich möchte dann noch einmal festhalten, dass Fragen eingereicht werden können, und bitte darum, sie dann auch wirklich einzureichen. Beim letzten Mal waren noch zwei, drei Fragen angekündigt, die noch nicht da waren, wurde mir gerade mitgeteilt. Bitte reichen Sie die Fragen dann also ein, sodass sie auch zeitgerecht von der Verwaltung beantwortet werden können. Das wäre meine Bitte, damit wir das jetzt auch für das Protokoll festhalten. – Frau Gomis, haben Sie eine Wortmeldung oder ist die Frage beantwortet?

Saraya Gomis: Genau, es ging um den Umgang mit den Fragen. Ich hatte sie geschickt, werde das aber noch einmal prüfen, vielleicht ist die E-Mail nicht durchgegangen.

Vorsitzender Raed Saleh: Genau, bitte machen Sie das! – Auch bei Ihnen, Frau Bozkurt, sind, glaube ich, noch ein oder zwei Fragen angekündigt worden, die nicht kamen. – Bitte achten Sie darauf, da nur die Fragen beantwortet werden können, die tatsächlich auch schriftlich eingereicht werden.

Wir machen jetzt eine Pause bis 14.20 Uhr, und danach geht es weiter. Bis gleich!

– [Unterbrechung der Sitzung von 13.52 bis 14.23 Uhr] –

Vorsitzender Raed Saleh: So, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, machen wir weiter! Ich hoffe, Sie sind alle gestärkt. Wir kommen jetzt zu

Punkt 2 der Tagesordnung

**Strategien gegen Muslimfeindlichkeit
sowie Empowerment und Prävention**

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich begrüße als Anzuhörende zu Tagesordnungspunkt 2 ganz herzlich Frau Yasmine Amal von JUMA e. V. – schön, dass Sie da sind! –, Frau Prof. Dr. Naika Foroutan von der Humboldt-Universität zu Berlin – schön, dass Sie da sind! –, Herrn Murat Kayman, Alhambra Gesellschaft e. V. – schön, dass Sie da sind! – und Frau Yasemin Soylu, Muslimische Akademie Heidelberg. – Ich freue mich, dass Sie da sind! – Vielen Dank allen Anzuhörenden, dass Sie in Präsenz hier sind!

Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung auf der Webseite aufzurufen sein wird. – Ich darf feststellen, dass Sie mit dieser Verabredung einverstanden sind. Vielen Dank!

Dann starten wir mit den Stellungnahmen. Der interne Hinweis: Die Vorgabe für die erste Runde, die Einleitung, beträgt sieben Minuten. Sie haben vorne eine Uhr, die dann läuft. Ich würde sagen, wir fangen alphabetisch mit Frau Amal an. – Frau Amal, Sie haben das Wort.

Yasmine Amal (JUMA e. V.): Danke schön! – Hallo zusammen, ich grüße Sie! Danke auch noch mal für die Einladung! Mein Name ist Yasmine Amal. Ich bin Vorstandsmitglied bei JUMA e. V., einem Jugendverband, der sich für gesellschaftspolitische Teilhabe, Empowerment und Advocacy muslimischer und muslimisch gelesener Jugendlicher und junger Erwachsener hier im Land Berlin einsetzt. Wie zuvor – heute Morgen auch schon – ausgiebig verdeutlicht, möchte auch ich betonen, dass antimuslimischer Rassismus kein Randthema ist, denn es betrifft mindestens einen von zehn Menschen in der Berliner Gesellschaft. Heute möchte ich vor allen Dingen aufzeigen, dass es kein abstraktes wissenschaftliches Thema ist, sondern auch echte Menschen mit echten Lebensrealitäten betrifft. Ich spreche heute als Muslima, als Künstlerin, als Politikwissenschaftlerin stellvertretend für viele junge Musliminnen und Muslime, die tagtäglich von Ausgrenzung betroffen sind.

Der antimuslimische Rassismus ist überall spürbar, sowohl in der Politik als auch in der Community auf der Graswurzelebene und in der Kunstwelt. Es ist ein flächendeckendes Problem mit verheerenden Konsequenzen. Das zeigt auch heute der 30. Jahrestag von Srebrenica, der Genozid an Bosniakinnen und Bosniaken. Aufgrund dessen ist es wirklich wichtig, dieses Thema nicht zu verharmlosen, sondern die Folgen von antimuslimischem Rassismus oder Rassismus generell und Entmenschlichung in den Blick zu nehmen. Antimuslimischer Rassismus ist ein politisches Problem mit globalen Tendenzen, das muss auf Landesebene auch verstanden werden. Berlin ist kein Vakuum und davon auch nicht befreit.

Wir haben heute die Themen Prävention, Empowerment und Strategien. Gerade wenn wir jetzt von Prävention sprechen, ist vor allen Dingen zu sagen, dass, wenn wir wirklich von einer effizienten Prävention sprechen wollen, das Ausmaß des Problems entsprechend definiert und verstanden werden muss. Solange wir von Muslimfeindlichkeit reden, verorten wir das Problem auf einer individuellen Ebene, fernab von politischer Verantwortung und strukturellen Mustern. Dabei ist das Problem schon regelrecht institutionalisiert, was wir auch heute Morgen schon mehrfach gehört haben. Antimuslimischer Rassismus wird immer noch in die Integrationsdebatte verschoben – auch das haben wir heute schon öfter gehört –, vor allen Dingen über den Begriff der Parallelgesellschaft. Dadurch wird die Verantwortung für den Erfolg der Strategien oder der Lösungsfindung bei der Anpassung der Jugendlichen gesucht, nicht bei den Institutionen.

Damit Prävention funktioniert, muss zunächst das Feindbild abgeschafft werden. Das Bild des gefährlichen Muslims wird unter anderem für Wahlkampagnen missbraucht – wir haben das schon bei der CSU gesehen, vom Islamisten, der Menschen aufsamtet –, oder auch hier die Clandebatte und die Böllerdiskussion an Silvester, und auch seit dem 7. Oktober 2023 ist die Rede vom importierten Antisemitismus gerade in Bezug auf Musliminnen und Muslime. Beide Religionsgruppen werden geradezu gegeneinander ausgespielt. Dazu werden Musliminnen und Muslime in eine Täterrolle gerückt, wenngleich die Kriminalstatistik klar zeigt, dass das Gewaltproblem von rechts außen kommt. Das Narrativ sollte stattdessen sein, dass Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus zusammen zu denken und auch gemeinsam zu bekämpfen sind.

Muslimische Jugendliche, vor allen Dingen Männer, gelten als gefährlich oder defizitär. Das ist eine massive Entmenschlichung. Auch hier noch mal: Entmenschlichung kann in eine ethnische Säuberung münden. Dieses Feindbild führt auch zu einem erhöhten Racial-Profilings. Wir haben erst vor Kurzem, ich glaube, erst gestern, den Jahresbericht des Polizeibeauftragten erhalten, woraus das auch klar hervorgeht. Darüber hinaus muss auf Ämtern und in Institutionen ausreichend sensibilisiert werden, durch eine generelle Diversitäts- und Inklusionsweiterbildung beispielsweise, aber auch auf anderen Ebenen. Die Debatte muss intersektional geführt werden – wie es auch der Anspruch dieser Enquete-Kommission ist, was wir auch sehr begrüßen –, gerade weil wir eine Homogenisierung muslimischer Identitäten erleben, die Vielfalt ignoriert und pauschalisiert, wodurch schnell auch eine Stereotypisierung ausgelöst wird.

Um notwendige Strategien, die seitens der Politik getroffen werden können, zu nennen, ist zunächst zu sagen, dass antimuslimischer Rassismus offiziell als strukturelle Form von Rassismus anerkannt werden sollte, analog zu Antisemitismus, Antiziganismus und anti-Schwarzem Rassismus. Es müssen unabhängige Beschwerdestellen eingerichtet werden, bei denen Betroffene anonym Missstände melden können. Es braucht auch einen entsprechenden Sachbeauftragten oder eine Sachbeauftragte auf Landesebene; wir waren ja auch schon kurz davor. Mit Blick auf soziale Strukturen ist parallel auch das Verständnis vonnöten, dass die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus keine Projektarbeit mit kurz greifenden Wirkungslogiken ist, sondern gezielt und nachhaltig auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt einwirken muss, und dass das auch keine Einbahnstraße ist, sondern auf beiden Seiten funktioniert. Es braucht also eine ganzheitliche Förderung, keine punktuelle Projektarbeit.

Darüber hinaus gibt es strukturelle Probleme, gerade im sozialen Bereich, in der Jugendarbeit, wie etwa, dass es soziale Organisationen, die unabhängig von religiösen Institutionen agieren, schwer haben, Fördermittel für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Empowerment zu bekommen, wenn sie zu diesem Thema arbeiten, weil sie dafür keine Anerkennung genießen; zumal es keine offiziellen Ausschreibungen zu dem Thema in Bezug auf antimuslimischen Rassismus gibt. Auch muslimische Jugendverbandsarbeit muss strukturell gefördert werden, mit dem gleichen Stellenwert wie die Jugendarbeit anderer Konfessionsgruppen; auch weil es einen Fonds zu Antisemitismus gibt, aber keinen gleichwertigen Mechanismus zu antimuslimischem Rassismus, mit der Konsequenz, dass soziale Organisationen wie beispielsweise Wir im Brunnenviertel e. V., die essenzielle Arbeit leisten und dafür auch Auszeichnungen erhalten, kaum stabile Förderungen bekommen und nicht wissen, ob sie das nächste Jahr überleben.

Wenn wir von Empowerment sprechen, ist vor allen Dingen hervorzuheben, dass junge Musliminnen und Muslime systematisch Entmutigung erleben, durch Diskriminierung, Repräsentationslücken und Misstrauen auf allen Ebenen. Sie berichten von Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung im Alltag und in der Berufswelt. Empowerment bedeutet aber, dass Selbstwirksamkeit und Handlungsmacht gestärkt werden und dass Anpassung nicht erzwungen wird. Wenn junge Menschen erleben, dass ihre Stimme zählt, also eine Art Agency entsteht, kann diese in die Gesellschaft hineingetragen werden und dadurch auch die demokratische Teilhabe gestärkt werden. Es braucht Räume, in denen sie sich nicht erklären, rechtfertigen oder gar verstehen müssen, sondern ihre Identität geschützt entfalten können, zumal auch gerade junge Männer permanent die Unterstellung erfahren, sich radikalisieren zu können. Sie sind also gezwungen, sich präventiv harmlos zu geben und zu präsentieren. Das ist ein psychischer Druck. Sie sehen sich immer in einer Bringschuld, die ihnen aufgezwungen wird.

Junge Musliminnen und Muslime leben mit einer Angst, aufgrund ihrer Identität eine Angriffsfläche für Hass zu bieten. Das spüre ich auch als Tochter einer Hijabi. Diese Angst wirkt auch beispielsweise in meiner Tätigkeit als Künstlerin nach. Ich gehe geradezu eine Selbstzensur ein, verstecke meine Identität als Muslima, da ich hier einer Pauschalisierung vorbeugen möchte. Ironischerweise konnte ich meine Kunst erst wirklich mit meiner muslimischen Identität in Verbindung bringen, als ich bei einer jüdischen Organisation eine Kunstresidenz im Künstlerhaus Bethanien erhalten habe. Zuvor war das nicht möglich, zuvor habe ich mich wirklich nicht getraut, diesen Schritt zu wagen.

Die Frage bleibt also: Wie füllen wir den Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ mit Leben? Wie können wir diesen auch intersektional denken, vor allen Dingen nicht mit Integrationszwang beziehungsweise mit dem Glauben, dass das mit einer Täter-Opfer-Umkehr einhergeht, also dass die Aufgabe und die Bringschuld bei den Jugendlichen liegt, sondern mit Zugehörigkeit, mit Anerkennung und mit Teilhabe, um auch dem demokratischen Anspruch dieser Bundesrepublik gerecht zu werden? Und gerade mit Blick auf Strategie und Projektarbeit: Es können noch so viele Projekte gefördert werden, noch so viele Strategien aufrechterhalten werden, wenn keine richtige Sensibilisierung und Verantwortung von der Politik und von Ämtern getragen wird, bleiben diese allerhöchstens Ablenkungsmanöver.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Frau Amal! – Dann wären wir jetzt bei Frau Prof. Dr. Foroutan. – Sie haben das Wort.

Dr. Naika Foroutan (Humboldt-Universität zu Berlin): Vielen herzlichen Dank für die Einladung und Danke an Frau Amal für die Einführung! Ich war angefragt, wie wir alle, zum Tagesordnungspunkt „Strategien gegen Muslimfeindlichkeit sowie Empowerment und Prävention“ zu sprechen. Da ich annehme, dass heute Morgen bereits weitgehend über Muslimfeindlichkeit informiert wurde, konzentriere ich mich vor allen Dingen auf Prävention und Empowerment, und das vor allen Dingen in meiner Funktion als Wissenschaftlerin, aber auch als jemand, die in dieser Funktion schon seit 20 Jahren in unterschiedlichen Formaten der Deradikalisierung und Prävention arbeitet, vor allem mit der Berliner Polizei, dem LKA, diversen Kompetenznetzwerken und mit dem BKA vor allen Dingen in dem größten Deradikalisierungs-, Extremismus- und Islamismusbeforschungsprogramm, dem MOTRA-Projekt.

Ich würde gerne als Ausgangslage einmal auf die Schnittstelle zwischen Muslimfeindlichkeit, antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus eingehen, weil ich glaube, diese Schnittstelle zu adressieren, ist hochgradig relevant, um Präventionsformate überhaupt entwickeln zu können. Die Ausgangslage ist tatsächlich dramatisch. In beiden Fällen korrelieren antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus hoch zueinander. Es entwickelt sich eine radikalisierte Lage. Da diese Enquête-Kommission, wie ich verstanden habe, auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick hat, wäre es wichtig, hier sehr stark an den Informationen dranzubleiben. Warum ich die Dramatik betone: Das liegt vor allen Dingen auch an ganz neuen Entwicklungen, die wir sehen, die zu einer Art Querfront zwischen rechtsextremen Positionen und quasi palästinäsolidarischen Positionen führen, und darüber wird gezielt gefischt.

Das, was im Moment seit einer geraumen Zeit viral geht durch die Schulen, ist noch mal erneut Holocaustleugnung. Ich weiß nicht, wem hier im Raum die Zahl 271 vertraut ist. Soweit ich weiß, hatten Sie ja schon einen Sitzung zu Antisemitismus, und ich gehe davon aus, dass Sie dazu wahrscheinlich bereits gebrieft sind. – Ich sehe jetzt in den Blicken, das das hier nicht so Thema war, also sage ich es noch mal: Das ist einer der größten Trends, diese 271. Das bedeutet, es sind nur 271 000 Juden im Holocaust getötet worden und nicht 6 Millionen, und dieser Trend wird gememt mit einfach nur der Zahl 271 in sehr harmlosen Formaten. Ein Format: 6 Kilo Pasta war mir zu viel, in fünf Minuten konnte ich nur 271 Gramm kochen –, oder: 6 Millionen Push-ups waren mir zu viel, ich habe nur 271 geschafft. – Also in scheinbar harmlosen Formaten sneakt sich diese Leugnungs rhetorik ein, in zu belächelnde Symbole, in Memes, die absolut viral gehen und die ganz stark damit einhergehen. Und dieser virale Trend geht weiter; mit ganz vielen Tieren ist der animiert, viel mit Bären, aber auch viel mit Löwen. Der Tenor geht weiter: Es waren 6 Millionen, sagt das Schaf, es waren 271 000, sagt der Fuchs, 6 Millionen sind nicht genug, sagt der Löwe. – Und das in ganz vielen Formaten: Der Bär weiß, es waren nicht 6 Millionen, aber 6 Millionen wären noch zu wenig. – Das ist also ein großer Trend, der im Internet immer weiter gefeuelt wird.

Wie gesagt, ich vertiefe das nicht, weil ich davon ausgehe, dass Sie in der Sitzung zu Antisemitismus dazu bereits informiert worden sind, aber der andere Trend, der ebenfalls stark in Jugendnetzwerken geht, ist der sogenannte Agartha-Trend: White Supremacy mit einem sehr stark fundamentalistisch-christlichen Bereich, der vor allen Dingen Hitler stark codiert, in Memes in Form von weisen Männern mit Bart, wenig erkennbar, aber wer hineinschaut, erkennt sein Gesicht. Dieser Agartha-Trend vermischt sich mit einer gewissen Mystik, und diese Mystik dockt wiederum an bei spezifischen Religionserfahrungen, ist zwar sehr stark antimuslimisch codiert, aber in erster Linie auch antijüdisch, und in dem Falle schließt sich die Front mit Bezug auf genau diese beiden Gruppen. Das ist die eine Querfront, die wir be-

obachten, die eben auch innerhalb des christlichen Milieus, vor allen Dingen des christlich-katholischen Milieus, zu einer Friktion zwischen protestantischen und katholischen Positionen führt, aber die Bezugspunkte und die Feinde sind Juden und Muslime. Es ist auch ein Trend, der vor allen Dingen in den USA ist, aber hier natürlich, weil wir eine weltweite, globale Vernetzung haben, in den Internetmemes der Kinder auftaucht, bis auf die „For You“-Pages der Trends in Schulen.

Besonders gefährlich finde ich – und ich rate Ihnen, wenn Sie dazu nicht informiert sind, es unbedingt ernst zu nehmen – die Figur Nick Fuentes. Nick Fuentes ist einer der prominentesten Antisemiten der Welt, ein sehr stark viraler semi-junger Mann; nicht so jung wie die Schulkinder, über die wir sprechen, aber Nick Fuentes hat aktuell einen ganz neuen Trend entdeckt. Nachdem er sich schon immer sehr stark antisemitisch geäußert hat, mit sehr klassischen Formen von Antisemitismus, verknüpft er im Moment eine Art Verschwörungstheorie mit einer Bezugnahme zu Muslimen, um genau noch mal in dem Milieu zu fishen. Er sagt, die Beobachtung der Muslimen in den Netzwerken wird letztlich am Ende dazu führen, dass auch die weißen Menschen in den USA von den Surveillance-Mechanismen aufgenommen werden, und an all dem sind die Juden schuld. Also auch dort verknüpft sich eine Querfront, die zu beachten wichtig ist.

Wir haben vor Jahren schon mal zu dieser Querfront geforscht und dazu Radikalisierungsmechanismen vorgestellt. Die Mechanismen überspringe ich jetzt, dazu können wir gleich in den Fragen noch mal kommen. Vor allen Dingen haben wir auf die kollektiven Deutungsmuster in den Querfronten geschaut: die Inszenierung von Kampf und Dystopie, Antiimperialismus, Antimodernismus, Antiuniversalismus. Was wir sehen konnten, und das ist der Punkt, der mich jetzt gleich zu den Strategien führen wird: Das Fishing um diese Gruppe junge Muslimen hat es schon immer gegeben, und die Strategie ist immer gleich. Sie läuft immer über Grievances, also über dieses Gefühl oder die Erfahrung von antimuslimischem Rassismus, und dazu kommt aber auch noch die Sehnsucht nach politischer Führung und religiöser Führung. Tatsächlich wäre mein Rat, auf diese Grievances zu reagieren – damit komme ich auch zum Ende –, also auf diese Erfahrungen von Leid. Sie zu ignorieren führt nur dazu, dass die Fishingstrategien stärker werden. Wenn wir nicht zuerst da sind, um das anzuerkennen, sind die anderen schon längst da. In den TikToks, die wir untersucht haben, dauert es zehn Sekunden. In den zehn Sekunden gehen die Islamisten rein mit Grievances-Anerkennung, und der ganze Rest ist Radikalisierung. Also diese zehn Sekunden, die die als Wettbewerbsvorteil haben, müssen wir uns erkämpfen, und wir müssen dementsprechend auch religiös gebildete Influencer unterstützen und keine ethnischen, racial oder religiösen Hierarchien aufbauen, denn das führt letztlich nur weiter in diesen Kampf um Anerkennung.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Foroutan, für Ihre Ausführungen! – Der Nächste wäre Herr Kayman. – Herr Kayman, Sie haben das Wort.

Murat Kayman (Alhambra Gesellschaft e. V.): Vielen Dank für die Einladung und auch vielen Dank für die Ausführungen meiner Vorfriednerinnen! – Mein Fokus wird auf der entscheidenden Rolle einer selbstkritischen muslimischen Binnenperspektive im Kampf gegen Muslimfeindlichkeit liegen. Im Einsatz gegen Muslimfeindlichkeit brauchen wir, das ist heute, glaube ich, deutlich geworden, eine Vielzahl von Strategien: Aufklärung und Sensibilisierung in der Mehrheitsgesellschaft, rechtliche Schritte gegen Diskriminierung und die Stärkung muslimischer Akteure. Diese externen Maßnahmen sind unerlässlich und müssen auch konse-

quent weiterverfolgt werden. Parallel zu diesen externen Maßnahmen ist es jedoch von großer Bedeutung, eine selbstkritische muslimische Binnenperspektive zu fördern. Das wird gegenwärtig noch zu sehr vernachlässigt.

Was meine ich damit? – Es geht darum, dass muslimische Gemeinschaften und Individuen die Mechanismen von Muslimfeindlichkeit nicht nur als etwas von außen Kommendes betrachten, sondern auch aktiv reflektieren, inwiefern bestimmte interne Dynamiken oder Kommunikationsweisen Angriffsflächen bieten oder Entfremdungstendenzen fördern können. Das bedeutet keineswegs, die Verantwortung für Muslimfeindlichkeit den Betroffenen zuzuschieben. Diese liegt klar bei den Tätern und den Strukturen, die Diskriminierung ermöglichen, das steht völlig außer Frage. Vielmehr geht es darum, proaktiv zu agieren und die eigene Handlungsfähigkeit muslimischer Gemeinschaften zu stärken, um die Wirkung von Muslimfeindlichkeit zu minimieren und zugleich ein eigenes, der gesellschaftlichen Partizipation zugewandtes Narrativ zu festigen, um identitären Glaubensvorstellungen vorzubeugen.

Eine solche Binnenperspektive könnte die folgenden vier Punkte beinhalten: erstens die Differenzierung und Kontextualisierung der Vielfalt. Innerhalb muslimischer Glaubengemeinschaften gibt es eine immense Vielfalt an Meinungen, Praktiken und Interpretationen. Diese Vielfalt muss auch nach außen getragen werden. Eine selbstkritische Perspektive würde dazu ermutigen, Stereotypen, die Muslime auf eine homogene Gruppe reduzieren, aktiv entgegenzuwirken. Es müssen für die Öffentlichkeit sichtbare Diskurse darüber geführt werden, welche Überzeugungen und Narrative innerhalb der muslimischen Gemeinschaften antidemokratische Ideologien fördern können. Wenn muslimisches Leben nicht als problematische, monolithische Einheit wahrgenommen und gedeutet werden soll – das ist mittlerweile etablierte antimuslimische Abwertungserzählung –, müssen Muslime eigenen, innermuslimischen Tendenzen entgegenwirken, die die muslimische Binnenvielfalt selbst abwerten und selbstkritische muslimische Akteure ausgrenzen.

Zweitens: ein offener Dialog über problematische Interpretationen und Praktiken. Es gibt theologische oder soziale Interpretationen innerhalb muslimischer Kontexte, die in Konflikt mit den Werten einer offenen und liberalen Gesellschaft stehen können. Eine selbstkritische Auseinandersetzung bedeutet, diese Themen intern, aber gleichzeitig für die Öffentlichkeit wahrnehmbar offen und ehrlich zu diskutieren, progressive Interpretationen zu fördern und sich klar von Ansichten zu distanzieren, die Diskriminierung oder Ausgrenzung befeuern können. Dies erfordert Mut und die Bereitschaft, unbequeme Fragen zu stellen. Dazu gehört auch die Diskussion, in welcher Weise muslimische Gemeinschaften sich als Teil der deutschen Gesellschaft begreifen und was dieses Selbstverständnis für tradierte Glaubensüberzeugungen bedeutet.

Drittens: die Stärkung von Selbstreflexion und Resilienz. Indem muslimische Gemeinschaften einen Raum für kritische Selbstreflexion schaffen, können sie lernen, mit Vorurteilen und Anfeindungen umzugehen, ohne in eine lediglich passive Opferrolle zu verfallen oder sich aus der Gesellschaft zu isolieren. Dies fördert Resilienz und die Fähigkeit, konstruktiv auf Herausforderungen zu reagieren. Es geht darum, eine Mentalität zu entwickeln, die nicht nur auf Abwehr setzt, sondern auch auf aktive Gestaltung und Selbstbehauptung im positiven Sinne.

Viertens: eine proaktive Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Eine selbstkritische Perspektive kann auch bedeuten, die Art und Weise der Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft und innerhalb der eigenen muslimischen Gemeinschaften zu überdenken und zu verbessern. Wie können muslimische Gemeinschaften ihre Botschaften so formulieren, dass sie gesellschaftlichen Fliehkräften entgegenwirken, und zwar im Außenverhältnis und gleichzeitig auch in den eigenen innermuslimischen Verhältnissen?

Die Förderung einer selbstkritischen muslimischen Binnenperspektive ist somit eine wesentliche Säule für Empowerment und Prävention; deshalb Empowerment, weil sie muslimischen Individuen und Gemeinschaften die Werkzeuge an die Hand gibt, sich selbstbewusst und aktiv gegen Muslimfeindlichkeit zur Wehr zu setzen und dabei ihre eigene Rolle als freiheitsfördernde gesellschaftliche Kraft zu stärken. Es ist ein Empowerment, das von innen kommt und die eigene Gestaltungskraft betont. Es ermöglicht muslimischen Gemeinschaften und Individuen, die Deutungshoheit über sich selbst und den eigenen Glauben zurückzugewinnen, anstatt sich von externen muslimfeindlichen und demokratifeindlichen islamistischen Narrativen definieren zu lassen. Prävention deshalb, weil sie dazu beitragen kann, die Grundlagen für Muslimfeindlichkeit zu entziehen: Nach außen erkennbare selbstkritische innermuslimische Binnendiskurse können muslimfeindliche Annahmen proaktiv ausräumen, die innermuslimische Argumentation gegen extremistische islamistische Überzeugungen plausibler und die Vielfalt innerhalb muslimischer Gemeinschaften sichtbar machen. Damit können Muslime Selbstwirksamkeit erfahren, weil sie durch eigenes Handeln ein differenziertes Bild schaffen, das Vorurteile erschwert.

Um diese selbstkritische Binnenperspektive zu fördern, bedarf es – abschließend – konkreter politischer Schritte. Zum einen die Stärkung progressiver Stimmen: Wir müssen jene muslimischen Initiativen unterstützen, die sich für ein freiheitsförderndes, weltoffenes und pluralistisches Glaubensverständnis einsetzen und hierfür den innerislamischen Diskurs vehement einfordern und vorantreiben. Zum anderen das Einfordern und die Förderung innermuslimischer Dialogräume: Wir brauchen mehr Plattformen für offene und öffentliche Diskussionen innerhalb muslimischer Gemeinschaften, in denen auch schwierige Themen konstruktiv angesprochen werden können. Diese Forderung muss zum dauerhaften religionspolitischen Inventar beim Austausch mit muslimischen Organisationen werden.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir im Kampf gegen Muslimfeindlichkeit nur dann wirklich erfolgreich sein können, wenn wir nicht nur äußere Strukturen bekämpfen, sondern auch die inneren Potenziale muslimischer Gemeinschaften zur Selbstreflexion und selbstkritischen Weiterentwicklung nutzen. Die Entfaltung dieser Potenziale einzufordern, ist keine Stigmatisierung von Musliminnen und Muslimen, sondern Ausdruck der Solidarität mit ihnen als Glaubensgemeinschaft, deren Selbstwirksamkeit und Handlungsfähigkeit wir ernst nehmen, und damit auch ihre konstruktive, gestaltende Rolle in einer demokratischen Gesellschaft. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Kayman! – Jetzt wären wir bei Frau Soylu. – Sie haben das Wort.

Yasemin Soylu (Muslimische Akademie Heidelberg): Danke für die Einladung! Ich glaube, ich kann ganz gut an meine Vorrednerinnen und Vorredner anschließen und eine ganz konkrete Praxisperspektive auf unser heutiges Themenfeld werfen. Um unsere Erfahrungen mit

Blick auf konkrete Strategien gegen Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus zu teilen, will ich deshalb zunächst kurz auf unsere Einrichtung, nämlich die Muslimische Akademie Heidelberg, eingehen.

Als Träger politischer Bildung fördern wir ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in Vielfalt hier in Deutschland. Wir setzen uns ein gegen jede Form von Hass und Menschenfeindlichkeit, einschließlich Rassismus, Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus, und bieten in diesem Kontext verschiedene Veranstaltungen im Feld der politischen Bildung aus muslimischen Perspektiven an. Damit knüpfen wir an die Tradition der Demokratieförderung der christlichen Akademien hier in Deutschland an, die aus dem Glauben heraus Demokratieförderung nach der NS-Zeit stärken wollten. Als Graswurzelbewegung von muslimischen Einzelpersonen in Heidelberg vor über zehn Jahren gegründet, arbeiten wir mittlerweile bundes- und landesweit sowie kommunal, gefördert ausschließlich über Projektförderungen unterschiedlicher Töpfe, zum Beispiel des Bundesfamilienministeriums, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Land Baden-Württemberg und der Kommune. Seit 2019 sind wir als Muslimische Akademie auch Mitglied im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, ein Verband, der über 100 Einrichtungen der Demokratieförderung in Deutschland vertritt. Und im Jahr 2023 wurden wir als erster muslimischer Träger in Deutschland von der Bundeszentrale für politische Bildung als Träger anerkannt.

Ich gehe deshalb so ausführlich auf das Profil unserer Einrichtung ein, weil die Gründungsmotivation sowie die Ziele der Einrichtung auch die Grundlage für unsere Praxis und die Erfahrungen in der Prävention von Muslimfeindlichkeit und im Empowerment von Betroffenen bilden. Vor über zehn Jahren haben wir uns gegründet aus der Erkenntnis heraus, dass es eben nicht reicht, Muslime und/oder Menschen mit Migrationserfahrungen ausschließlich als Zielgruppe von Präventions- oder politischer Bildungsarbeit zu adressieren. Sie sind auch nicht nur Betroffene von antimuslimischem Rassismus. Genau hier setzen wir an. Muslime übernehmen selbst Verantwortung in der Demokratieförderung und setzen sich als Akteure und als selbstverständlicher Teil der Zivilgesellschaft für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland ein. Dies ist bereits eine Strategie des Empowerments, der Überwindung von Ohnmachtserfahrungen, der Überwindung von Grievances, wie wir es gehört haben, und der konkreten Rassismuserfahrung durch Orte, Räume und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und der Verantwortungsübernahme. Dies kann allerdings immer nur communitybasiert, also aus der muslimischen Zivilgesellschaft selbst heraus erfolgen und kann nicht top-down von außen gesteuert oder eingefordert werden. Förderpolitisch gilt es allerdings hier, genau dieses Engagement, welches sich seit vielen Jahren auch in Deutschland bereits etabliert und von dem es bereits viel gibt, zu fördern und zu unterstützen, um die Nachhaltigkeit dessen eben auch zu erhalten.

Die zweite Strategie und Praxiserfahrung bezieht sich auf die Prävention von Muslimfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus und basiert auf dem Ansatz, Sensibilisierung und Herausforderungen mit Blick auf unser Zusammenleben immer gesamtgesellschaftlich zu adressieren. Das heißt, Sensibilisierung läuft nicht nur mit Blick auf die Mehrheitsgesellschaft, sondern: Wie bekommen wir eine Sensibilisierung hin, die gesamtgesellschaftlich abläuft? – Noch mal ein Beispiel aus unserer Einrichtung: Die Muslimische Akademie Heidelberg bietet Angebote für alle Menschen in Deutschland an, unabhängig von Konfession, Weltanschauung oder Herkunft. Das sorgt bis heute und sehr oft immer noch für Irritationen: Hä, was hat eine Muslimische Akademie mit mir zu tun? –, fragen sich Menschen, die mit

dem Islam nichts am Hut haben oder haben wollen, und: Was hat Demokratieförderung mit mir zu tun? –, fragen sich Muslime, die vor allem einen Ort für das Gebet oder auch die nächste Moschee suchen. Und genau an dieser Irritation an unterschiedlichen Seiten ansetzend, beginnt das Bildungs- und Präventionsmoment unserer Arbeit. Indem wir die Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit, wie sie hier in Deutschland leben, mit einbeziehen, über konkrete Bildungsangebote, brechen wir die Polarisierung zwischen „wir“ und „die anderen“ respektive zwischen „muslimisch“ und „nicht muslimisch“ auf und adressieren aus unterschiedlichen Perspektiven unsere Gesamtgesellschaft.

In unserer Bildungspraxis sehen diese Strategien unter anderem folgendermaßen aus; ein paar Beispiele: In multireligiösen Ferienangeboten für Kinder im Grundschulalter lernen und spielen Kinder unterschiedlicher Konfessionen sowie gar keiner Konfession eine Woche lang in den Ferien zu einem gesellschaftlichen Schwerpunktthema wie Nachhaltigkeit oder Digitalisierung. Die Kinder werden mit ihren unterschiedlichen religiösen wie nicht religiösen Identitäten selbstverständlich eingebunden. Sie müssen sich nicht erklären und lernen zugleich gesellschaftliche Vielfalt und ihre eigene Identität darin spielerisch und in Aushandlung zum Gegenüber kennen. Die Erfahrungen von Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung werden nicht explizit thematisiert, aber sie bekommen implizit über die Lebenswelten der Kinder ihren Raum, und das pädagogische Team sensibilisiert und erarbeitet mit den Kindern immer wieder Strategien, was sie gemeinsam gegen diese unterschiedlichen Formen der Abwertung tun können.

Beispiel zwei: In den Wochen der Muslimischen Kulturtage vernetzen wir unterschiedlichste muslimische Akteure und Personen, von der türkischen Moscheegemeinde bis hin zu Ahmadiyya oder dem Verein Freunde Arabischer Kunst und Kultur, und entwickeln gemeinsam aus ihren Themen und Bedarfen heraus Angebote sowohl für die muslimische Community in geschützten Räumen als auch öffentliche Veranstaltungen, die in die Stadtgesellschaft wirken und muslimisches Leben in all seiner Vielfalt für alle Interessierten sichtbar machen. Zur Eröffnung wird die Bürgermeisterin eingeladen, um ein gemeinsames Zeichen gegen antimuslimischen Rassismus und Abwertung zu setzen und zu diskutieren, wie erfolgreiche Strategien lokal umgesetzt werden können.

Beispiel drei: Auf Fachtagungen in Kooperation mit weiteren Trägern der Demokratieförderung und Extremismusprävention laden wir pädagogische Fachkräfte ein, sich zu informieren und Handlungskompetenz im Themenfeld antimuslimischer Rassismus und Muslimfeindlichkeit für ihre Praxisfelder abzuholen. Durch Multiperspektivität auf den Podien werden unterschiedliche Chancen und Herausforderungen im Themenfeld sichtbar und Best-Practice-Beispiele ausgetauscht.

Beispiel vier: In Workshops für heterogene Schulklassen sensibilisieren wir für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen und antimuslimischen Rassismus im Spezifischen, interdisziplinär, immer an der Schnittstelle zum fachlichen Feld der Antidiskriminierung, des Empowerments und der Extremismusprävention. So wird es möglich, von unterschiedlichen Bezugspunkten her Synergien im Einsatz gegen Menschenfeindlichkeit zu bündeln.

All diese Beispiele sollen aufzeigen, wie es gelingen kann, zwischen Communityansprache und Empowerment von Betroffenen sowie der gesamtgesellschaftlichen Ansprache und all-

gemeinen Sensibilisierung für Muslimfeindlichkeit konkrete Bildungsangebote umzusetzen. Und damit dies auch langfristig und breitflächig gelingen kann, haben wir folgende Handlungsempfehlungen. Erstens: Die klare Benennung von und das Wissen über Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus ist unabdingbar für den Erfolg von Empowerment und Prävention im Themenfeld. Deshalb gilt es, sowohl Betroffene selbst als auch die Gesamtgesellschaft weiter zu sensibilisieren. Handlungsempfehlung zwei: Es braucht geschützte Räume und Orte, um Erfahrungen von Grievance, von Ausgrenzung, von Ohnmacht, von Rassismus zu überwinden. Dies ist communitybasiertes Arbeiten, in welchem Betroffene vor erneuten Rassismuserfahrungen geschützt werden und deshalb auch Perspektiven auf die eigene Selbstwirksamkeit, die eigene Verantwortung und die eigenen Interessen von Betroffenen überhaupt erst möglich werden. Drittens: Es braucht die aktive Förderung von Einrichtungen, in welchen muslimische Zivilgesellschaft selbst in Verantwortung geht und als Akteur der Demokratieförderung eigene Angebote der Prävention und des Empowerments umsetzen kann. Und viertens: Es braucht den gesamtgesellschaftlichen Einsatz gegen Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus, und dies gelingt nur, wenn wir uns multiperspektivisch und als Akteure unterschiedlicher Perspektiven zusammentun und Herausforderungen gemeinsam angehen.

Und ein letzter Punkt als Ausblick in die Zukunft: Wenn uns diese vier Punkte gelungen sind, ist die Frage: Wo stehen wir dann? Was wäre dann die Perspektive oder die Vision? – Vielleicht stehen wir dann als Gesellschaft gemeinsam an dem Punkt, dass wir jenseits der Bekämpfung der einzelnen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dann auch in der Realität angekommen sind, gemeinsam und intersektional gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit voranzugehen, im Bewusstsein darin, dass jede Form der Menschenfeindlichkeit einen Angriff auf unsere Demokratie als Ganzes darstellt. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Soylu, für Ihren Beitrag! – Erst mal danke an alle Anzuhörenden für Ihre Beiträge, die Sie gerade geliefert haben! – Wir würden jetzt, wie verabredet, insgesamt pro Block zehn Minuten machen, maximal aufteilbar in zwei Rederunden, also zwei Personen. Wir würden anfangen mit der CDU. – Wer macht das bei Ihnen, Herr Stettner?

Dirk Stettner (CDU): Herr Mansour und dann Frau Senge.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Mansour, fangen Sie an, oder Frau Senge zuerst? – Okay, Frau Senge zuerst.

Katharina Senge (CDU): Ich danke den Anzuhörenden sehr für ihre Statements! – Ich möchte erst noch mal kurz, wirklich kurz zurückgreifen auf das, was wir heute Vormittag diskutiert haben, komme dann aber auch zu diesen konkreten Ansatzpunkten, um die es heute Nachmittag ja gehen soll. Und zwar: Mir ist wichtig, dass wir hier in der Enquete-Kommission Differenzierungen zulassen und die Dinge differenziert betrachten. Was heute Vormittag zum Teil passiert ist, ist, dass allein bei Fragen, die an die Verwendung des Begriffs „antimuslimischer Rassismus“ gestellt wurden, insinuiert wurde, das würde bedeuten, dass man die Erfahrungen von Muslimen mit Ausgrenzung und Diskriminierung oder auch den Wissenschaftsstand nicht anerkennen würde. Beides halte ich für falsch, beides möchte ich zurückweisen und an der Stelle auch noch mal deutlich machen: Es gibt diese Erfahrungen, und die sind inakzeptabel. Das ist, glaube ich, etwas, was erst mal ganz wichtig ist, egal welchen Begriff man verwendet.

Diese Fragen zu den verschiedenen Begriffen kann man aber stellen, weil sie durchaus unterschiedliche Konzepte bedeuten und die dann auch für die konkrete Praxis im Politischen, in der Prävention, in der Jugendarbeit mit sich bringen.

Dann möchte ich noch mal auf das eingehen, was zum Beispiel auch Frau Eralp heute gesagt hat, mit den homogenen Gruppen; ich kann es jetzt nicht mehr ganz genau wiedergeben. Es ist ja so, dass es homogene Gruppenvorstellungen und Gruppenidentitäten am rechten Ende des politischen Spektrums und am linken Ende des politischen Spektrums gibt. Beides ist schädlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir als CDU haben ein Gesellschaftsbild, und ich glaube, das sollte uns auch alle verbinden, in dem das Individuum im Zentrum steht, das bürgerliche Individuum, in dem jeder Mensch eine einzelne Stimme hat, die gleich viel wert ist, und in dem wir nicht Menschen in Gruppen einteilen. Das geht für uns auf das christliche Menschenbild zurück; andere Parteien haben andere Wurzeln, es führt aber zur Menschenwürde und eben zur Individualität. Deshalb ist es auch abzulehnen, Menschen in Gruppen zu stecken und dann zu diskriminieren.

Was bedeutet das für das konkrete Tun, für Präventionsprojekte, für konkrete Ansätze? – Hier sind die Fragen: Wie definiere ich meine Identität in dieser individualistischen Gesellschaft? Wie bin ich in die Welt gestellt? Empfinde ich mich als Teil einer Gruppe, die nur Opfer sein kann aufgrund tatsächlicher oder angenommener äußerlicher Merkmale oder nur Täter sein kann, andere Erfahrungen gar nicht machen kann? Das halte ich für in der Sache falsch, also ich kann es so nicht denken, und ich halte es auch für schädlich für unsere Gesellschaft, so zu denken, denn – und da bin ich wieder bei der Wissenschaftsdiskussion – die Wissenschaft, auch die Soziologie sieht unsere Gesellschaft viel differenzierter, und das war meine Ausgangsthese, die Differenziertheit. Wir haben unterschiedliche Differenzierungen – soziale Differenzierungen, Privilegien, Benachteiligungen – in der Gesellschaft, und es gibt nicht dieses eine Kriterium, das unsere Gesellschaft in nur noch zwei Gruppen spaltet. Und das ist das, was leider manchmal durchdringt bei den Diskussionen, solch ein Gesellschaftsbild. Das lehne ich ab, das lehnen wir ab. Wir müssen immer wieder darauf zurückkommen, dass wir Individuen sind.

Ich möchte auch noch mal zurückweisen, wenn uns dann unterstellt wird, wir würden zum Beispiel Diskriminierungserfahrungen nicht anerkennen, weil wir diese intellektuellen Fragen an die Begriffe stellen. Und um dann zum Konkreten zu kommen, die Frage ist: Wie kommen wir dazu, dass Menschen sich als Individuen anerkennen und nicht diese Gruppenidentitäten als Täter, Opfer oder wie auch immer nach vorne gestellt werden? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Senge! – Jetzt Herr Mansour. – Sie haben das Wort.

Ahmad Mansour: Vielen herzlichen Dank, auch für die großartigen Beiträge von allen Experten und Anzuhörenden, die hier dabei waren! – Ich möchte etwas betonen: Dass Menschen muslimischer Herkunft angegriffen werden, Gewalt erfahren, diskriminiert werden, auch Frauen mit Kopftuch, ist nicht nur inakzeptabel, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen Demokraten ernst genommen werden muss. Diskriminierungserfahrungen gehören nicht in eine Gesellschaft, die Gleichberechtigung schaffen möchte. Auch Frauen mit Kopftuch dürfen nicht nur als Putzfrauen, wie wir heute Morgen gehört haben, in Erscheinung treten, sie dürfen Professorin sein, sie dürfen eine Bank leiten, sie dürfen Politikerin werden. Sie dürfen das machen, was diese Gesellschaft allen anderen Frauen ermöglicht. Und trotzdem glaube ich, dass eine differenzierte Debatte über eine multireligiöse Gesellschaft und wie sie sich verhalten soll, zum Beispiel anhand des Themas Neutralitätsgesetz, absolut legitim ist. Es ist legitim, dass manche dieses Neutralitätsgesetz ablehnen, es ist aber genauso legitim, an diesem Neutralitätsgesetz festzuhalten. Und diejenigen, die dagegen sind, dass Frauen mit Kopftuch als Lehrerin, als Polizistin und als Richterin arbeiten – da darf man mit Argumenten dagegensteuern, aber diese Menschen dürfen nicht als antimuslimische Rassisten abgetan werden. Das muss eine Demokratie aushalten.

Genauso, wenn man über Clankriminalität, über importierten Antisemitismus, über Islamismus, über Parallelgesellschaften spricht: Ja, die Muslime sind nicht nur dort wahrzunehmen, aber auch dort gibt es Defizite und reale Probleme, die angesprochen werden, und die Kunst dabei ist, über diejenigen zu sprechen, die diese Probleme aufweisen, und nicht über eine ganze Gruppe von Menschen. Wenn man über die Silvesternacht spricht, dann spricht man über Jugendliche mit Migrationshintergrund, die respektlos gegenüber Autoritäten aufgetreten sind. Es trifft diejenigen, die da waren, die diese Straftaten begangen haben. Und ja, man macht sich auch auf die Suche nach Tatmotiven, und diese Tatmotive können auch in Erziehungsmethoden, in religiösen Vorstellungen und vielem mehr liegen. Aber man spricht nur über diese Menschen, und die Debatte muss es auch ermöglichen.

Was ich aber vermisst habe in den Hinweisen auf konkrete Beispiele, um das Thema vielleicht auch abzuschaffen oder abzubauen, ist das Wort Begegnung, denn sozialpsychologisch wissen wir, dass Vorurteile dort abgebaut werden, wo die Menschen sich begegnen, wo sie zur Schule gehen, zusammen wohnen, wo sie zusammen arbeiten, wo Freundschaften entstehen. Deshalb ist die Bekämpfung von Parallelgesellschaften nicht nur die Bekämpfung von Parallelgesellschaften dort, wo nur Migranten oder Muslime leben, sondern auch die von Safe Places von weißen Deutschen, die unter sich bleiben und diese Begegnungen auch nicht schaffen. Deshalb ist ein Appell, als Antwort darauf auch die Migrationsquote in Betracht zu ziehen.

Und als Zweites: Egal ob in der Bekämpfung von Islamismus, von Rechtsextremismus oder von Linksextremismus, wir brauchen, was Naika Foroutan sehr gut angesprochen hat, digitale Prävention dort, wo Vorurteile entstehen, dort, wo die Leute zum Beispiel von Remigration sprechen, auch mit Klarnamen, dort, wo die Leute Muslime pauschal ablehnen und so weiter und so fort. Dort brauchen wir ein Präventionskonzept, um genau diese Orte zu besetzen, mit demokratischen Mitteln, mit demokratischen Gegennarrativen. Dazu gehören nicht irgendwelche religiösen Ansprachen, die vielleicht in abgeschwächter Form genauso menschenverachtende Inhalte verbreiten, dazu gehören aber Demokraten aus der eigenen Community. Dazu gehört Vielfalt in den Meinungen, Vielfalt in der Wahrnehmung von Religion, von Musli-

men, von Migranten, von Geflüchteten. Und das ist leider ein Ort, den wir komplett vernachlässigt haben und wo ganz viel Nachholbedarf existiert.

Wir haben heute Vormittag darüber gesprochen, dass Rechtsradikale das Thema Bekämpfung von Islamismus für sich beanspruchen, um die Muslime als homogene Gruppe zu sehen. Man darf aber nicht vergessen – das ist etwas, was ich als Person, auch als Betroffener immer wieder wahrnehme –, dass genau solche Begriffe und Phänomene zu Unrecht von Islamisten beansprucht werden, um Kritik am Islamismus und an solchen Bewegungen sehr schnell als antimuslimischen Rassismus oder Muslimfeindlichkeit abzutun. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Mansour, für Ihren Beitrag! – Als Nächster wäre jetzt dran – – Frau Bozkurt, wer macht das bei Ihnen?

Derviş Hızarcı: Ich fange an.

Vorsitzender Raed Saleh: Sie teilen dann auf.

Derviş Hızarcı: Marina Chernivsky macht noch Notizen. – Vielen Dank für die sehr differenzierten und auch konstruktiven Beiträge! Ich habe mit Interesse zugehört. Bevor ich gleich etwas versuche hier vorzustellen, will ich ein paar Fragen loswerden, damit die nicht untergehen. Sie haben von Ihrer Arbeit berichtet und auch dargestellt, was mögliche Ansätze sind, teilweise auch vorgestellt, was funktioniert. Nichtsdestotrotz möchte ich ein paar Fragen stellen: Welcher Kritik oder welchen Angriffen sind Sie ausgesetzt? Was sind die Motivationen dieser Kritik oder auch dieser Angriffe? Wie wirkt es sich auf die Arbeit aus oder was macht es auch mit Ihnen persönlich oder mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, und wie gehen Sie damit um? Wenn Sie dazu Erfahrungswerte mit uns teilen würden, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Dann habe ich noch einen Extrafragenkatalog: Welche Vorschläge für die Überwindung folgender Probleme haben Sie? Das frage ich, weil wir ja wollen, dass der Kampf gegen das Phänomen, das wir uns schwertun zu benennen, aber worüber wir uns inzwischen, glaube ich, zumindest einig sind, dass es vorhanden ist, und zwar, dass Muslime anders behandelt werden, ausgegrenzt werden und Rassismus erfahren – – Jetzt zu den Problemen: Das sind der Wettbewerb um Fördermittel und die Konkurrenz bei den Inhalten und Ansätzen, sodass man sich entweder nicht gegenseitig supportet, sondern sich eher gegenseitig ausspielt oder sich in Gegnerschaft sieht. Ein weiteres Problem in diesem Kontext sind Kontaktshuldvorwürfe; ob es nur die Tatsache ist, dass man jemandem auf Social Media folgt, ohne sein Leben durch den Verfassungsschutz gescannt zu haben, oder ob man in der Vergangenheit bestimmte Bezüge hatte oder, oder, oder. Vierter Punkt: Wie überwindet man das Problem der fehlenden Zugänge, entweder weil man immer weniger Möglichkeiten hat, in Schulen hineinzukommen, weil es dort auch eine rückschrittliche Entwicklung gibt und teilweise Bildungsministerien und Verwaltungen manche Sachen dort nicht mehr haben wollen, oder auch die Zugänge zu den Communitys selbst? – Das ist mein Fragenkatalog.

Jetzt will ich etwas ausprobieren. In Tagesordnungspunkt 2 geht es um Strategien, Empowerment und Prävention. Punkt eins, und als Vollblutpädagoge halte ich nach wie vor am meisten davon: Bildung; Bildung und Aufklärung, um Vorurteile durch Wissen abzubauen. Die Strategien könnten sein: Workshops, Schulprogramme, öffentliche Kampagnen, Vielfalt

muslimischer Lebensrealitäten und auch der Realität des Rassismus, den sie erfahren, und Einbezug von muslimischen Perspektiven auch in Lehrpläne und Medien. – Mögliche Angriffsstrategien darauf: Das ist Indoktrination! –, könnte jemand sagen, oder: Man darf ja nicht mal mehr den Islam kritisieren, ohne als Rassist zu gelten! – Reaktion darauf: klarstellen – Aufklärung bedeutet nicht Meinungsvorgabe, sondern Differenzierung –, Grenzen benennen – Kritik an Religion ist erlaubt, Vorurteile über Menschen sind das Problem –, ein Beispiel nutzen – zu sagen: Alle Muslime unterdrücken Frauen – ist nicht Kritik, sondern Generalisierung. – Also in diesem Dreischritt wollte ich einmal vorführen, was man tun kann, was in der Regel teilweise heute auch erlebt und vorgeführt wird und als Gegenstrategie, als Angriff im Raum steht und wozu wir hier wenig Gelegenheit hatten – – aber um das als Reaktion noch einmal auseinanderzunehmen, damit ich das noch einmal beispielhaft meine Zeit nutzend vorstelle.

Punkt zwei: Sichtbarkeit und Repräsentation, muslimische Stimmen stärken; so ist auch JU-MA entstanden. Strategie: Förderung muslimischer Stimmen in Politik, Medien, Bildung und Kultur, Unterstützung muslimischer Selbstorganisationen, die hier heute teilweise auch vertreten sind, und Medien. – Was passiert als mögliche Angriffsstrategie in der Regel bei solchen strategischen Überlegungen? – Jetzt werden Muslime bevorzugt! –, heißt es, oder: Das ist Identitätspolitik und Spaltung! – Wie kann man darauf regieren? – Gegenfrage: Warum ist Vielfalt erst dann ein Problem, wenn sie auch Minderheiten zugutekommt? –, Klarstellung: Repräsentation ist keine Bevorzugung, sondern Ausgleich struktureller Unterrepräsentation –, und dann das Benennen von Daten: Anteil muslimischer Lehrerinnen und Lehrer, Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker, der meist deutlich unter dem gesellschaftlichen Anteil liegt. – Bin ich noch gut in der Zeit? Ich habe nämlich noch ein paar andere Beispiele. – [Zuruf des Vorsitzenden Raed Saleh] –

Punkt drei: Empowerment und Selbstschutz fördern; die Strategie: Selbstbehauptungstrainings, juristische Beratung, Community Spaces für Betroffene – also all das, was Sie auch aufgezählt haben –, Aufbau von Netzwerken, muslimischen Beratungsstellen und Solidaritätsstrukturen. – Jetzt wieder aufpassen: mögliche Angriffsstrategien darauf: Das fördert Parallelgesellschaften! –, oder: Warum brauchen Muslime eine Extrabehandlung? – Und jetzt, das Wichtigste: Wie reagiert man darauf? – Klarstellen: Es geht nicht um Abschottung, sondern um Stärkung gegen Diskriminierung –, Parallele ziehen: Gewerkschaften stärken auch nicht die Spaltung der Gesellschaft, sondern helfen Benachteiligten.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielleicht nur der Hinweis: Sie sind jetzt bei sechs Minuten, es sind also noch vier.

Derviş Hızarcı: Schaffe ich! – Und, dritter Punkt – –

Vorsitzender Raed Saleh: Nein, vier Minuten insgesamt, für Ihren Block quasi.

Derviş Hızarcı: Ich hatte die volle Zeit, ich war nur so nett, Marina Chernivsky noch ein, zwei Minuten zu geben.

Vorsitzender Raed Saleh: Na gut, ich habe nur darauf hingewiesen.

Derviş Hızarcı: Noch einmal: die Reaktion auf diese Gegenstrategie, als dritten Punkt: Empowerment ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe, kein Rückzug, sondern aktive Partizipation.

Und, letzter Punkt: institutionelle Prävention und Monitoring; die Strategie: Dokumentation und Erfassung muslimfeindlicher Vorfälle, zum Beispiel durch Stellen wie CLAIM, Antidiskriminierungsstellen stärken, Meldewege vereinfachen, Behörden sensibilisieren; alles, was heute auch schon genannt wurde. – Was passiert als mögliche Angriffsstrategie? – Das ist übertrieben, es gibt gar nicht so viele Vorfälle! –, oder: Die echten Probleme sind ganz andere! – Für dieses zweite Zitat gab es übrigens heute früh ein Beispiel. Timur Husein hat auf Facebook ein Foto geteilt, dass er heute in der Enquête-Kommission sitzt, mit Prof. Tezcan, und der erste Kommentar darunter war: Wir haben keine anderen Probleme! –; nur, um das mal zeitnah zu verlebendigen. – Reaktion auf diese Angriffe: Zahlen zeigen, die von CLAIM, aber auch von staatlichen Stellen, oder eine Gegenfrage stellen: Wie viele Fälle müssen es denn sein, bis man sie ernst nimmt? – Prävention, und das muss man auch kommunizieren, spart langfristig Kosten und stärkt den sozialen Frieden, und das alles nützt allen. – Vielen Dank! – Jetzt hast du noch zwei Minuten.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank!

Marina Chernivsky: Vielen Dank! – Ich habe keinen vorbereiteten Beitrag mit Empfehlungen, das habe ich nicht dabei, aber ich möchte gerne zwei oder drei Punkte einfach nur kommentieren, die mir aufgefallen sind. Wir haben in der letzten Sitzung versucht – ich betone auf „versucht“ –, uns dem Problem Antisemitismus aus verschiedenen Blickwinkeln zu nähern. Das haben wir einigermaßen hinbekommen, aber nur einigermaßen, weil uns einiges gefehlt hat an Bestandsaufnahmen, an Zahlen; beispielsweise die Zahlen von RIAS haben wir letztes Mal nicht in Betracht gezogen, beziehungsweise, sie wurden nicht vorgestellt. Es gab vereinzelte Beiträge. Ich fand es heute sehr wichtig, dass wir begonnen haben mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Befunden zu antimuslimischem Rassismus. Das hätte ich mir letztes Mal auch gewünscht, aber manchmal klappt es nicht.

Mein Punkt ist der: Wir haben letztes Mal und auch bei der zweiten Sitzung darüber gesprochen, inwiefern Feindschaftsverhältnisse, zu denen ich antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und andere Rassismen beziehungsweise andere Phänomene zurechne, strukturell gedacht werden müssen. Ein Fall, noch ein Fall und viele andere Fälle, sie summieren sich, aber nicht das ist relevant, relevant ist der Hintergrund, der diese Fälle als Symptome oder Seismografen unserer gesellschaftlichen Entwicklung betont. Relevant sind die Strukturen. Sie sind heute teilweise zur Sprache gekommen, sodass wir eigentlich davon ausgehen können, dass wir einigermaßen verstehen können, warum es einen Fall und noch viele Fälle und eigentlich die Strukturen, auf die diese Fälle hinweisen, gibt und inwiefern wir in diese Strukturen auch eingewoben sind.

Was mich jetzt sehr beschäftigt, ist die Aussage der Selbstzuordnung der Musliminnen und Muslime zu einer sogenannten Opfergruppe und ob diese Zuordnung nicht hinderlich ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich würde gerne darauf verweisen, zumindest auch aus jüdischer Perspektive, wie wichtig das ist, dass Erfahrungen von Betroffenen ernst genommen werden, dass wir Gewaltverhältnisse von den Erfahrungen der Betroffenen herleiten und auch denken, und dass die Anerkennung der Gewalt auslösenden Strukturen wichtig ist und dass die Anerkennung der Betroffenenerfahrung wich-

tig ist, auch wenn sie uns manchmal als abstrakt und unverständlich erscheinen. Das ist nämlich die grundsätzliche Ebene oder die Voraussetzung dafür, dass Menschen Vertrauen in die Institutionen, in die Gesellschaft haben und sich ernst genommen fühlen. Und wenn Menschen sich nicht ernst genommen fühlen, dann haben wir ein ganz großes Problem. Mir scheint, dass dieser Punkt noch nicht richtig sitzt, wie wichtig diese Voraussetzung für alles ist. Das ist sehr wichtig für Antisemitismus. Ich würde immer darauf verweisen, wie viel Zeit und Kraft, wie viele Ressourcen wir investieren, um Erfahrungen des strukturellen und institutionellen Antisemitismus – wie stark die verteidigt werden müssen, jedes Mal aufs Neue.

Noch ein weiterer Punkt: Dass es ein Problem des Islamismus gibt, wäre mir wichtig zu betonen, ich glaube, das ist hier auch kommentiert worden, auch das Problem der Sprache, die uns oftmals fehlt, um diese Probleme so zu besprechen, dass sie sozusagen versachlicht auf den Tisch kommen. Gleichzeitig aber ist das Problem des politischen Islam oder des Islamismus kein Hindernis, um den antimuslimischen Rassismus zu thematisieren. Das würde ich einfach nicht miteinander vermischen und verbinden, so wie ich auch dafür plädieren würde – ich will das jetzt nicht vergleichen, aber einfach nur aus einem anderen Thema, Antisemitismus –, nicht Handlungen von Israel als Legitimation oder Erklärung für Antisemitismus heranzuziehen. Das ist nicht förderlich, daher würde ich einfach betonen: Antimuslimischer Rassismus ist ein großes Problem, muss anerkannt und darf nicht ausgespielt werden, weil wir dann auch den anderen Problemen nicht gerecht werden können.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag! – Dann wären wir jetzt bei Ihnen, Herr Özdemir. Wer macht das bei Ihnen? – Machen Sie das, Frau Piesche?

Peggy Piesche: Ich möchte mich auch ganz herzlich für die Ausführungen der Anzuhörenden bedanken. Ich glaube, wir sind jetzt in dieser Runde an einem Punkt, an dem noch mal sehr deutlich wird, was wahrscheinlich das Grundstreitproblem ist, das wir nicht nur heute haben. Dafür bin ich sehr dankbar, dass Sie das herausgearbeitet haben. Yasemin Soylu hat noch mal darauf hingewiesen, dass es um eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung geht. – In Ihrer Arbeit – vielen Dank, wie Sie das noch mal darstellen! – zur politischen Bildung zeigen Sie: Wir müssen dabei alle im Boot sein. Wir müssen dabei auch genau Leute mitnehmen, die eben nicht einfach nur meinen, sie gehören einer Gruppe an und haben mit dem Rest nichts zu tun. – Gleichzeitig bedeutet Empowerment aber auch, communitybasierte Arbeiten ernst zu nehmen, situiertes Wissen ernst zu nehmen. Darauf hat jetzt auch noch mal die Kollegin Marina Chernivsky hingewiesen. – Das zeigt uns gerade, dass wir diesen Punkt haben, und damit sind wir, glaube ich, in einem Spannungsfeld zu dem, was Sie ausgeführt haben, Frau Senge, die Frage der Individualität und des bürgerlichen Individuums als ein Fundament in der Gesellschaft.

Ich glaube, was wir heute auch von den Anzuhörenden vorgeführt bekommen haben, ist, dass ja gerade hier ein Problem liegt: dass die Individualität nicht gleichermaßen allen Menschen in der Berliner Stadtgesellschaft zugeschrieben wird und ihnen in diesem Sinne auch zugänglich ist, sondern dass wir Menschen mit muslimischer Zuschreibung haben, die eben gerade nicht als Individuen angesprochen werden, sondern, Herr Mansour, Sie haben bereits auf die Silvesternacht hingewiesen, ja genau dort auch wieder eine Gruppenstigmatisierung erleben. Ich habe heute Morgen bereits auf die Anfrage der AfD hingewiesen. Das alles informiert ja eine bestimmte Art des Sprechens, das wir haben. Deswegen stehen auch diese Schlagworte, die Begriffe, die Sie noch mal umrissen haben, nicht einfach objektiv-neutral als eine Begriff-

lichkeit. „Clankriminalität“ impliziert bereits einen Kanon von Zuschreibungen. Wir sprechen eben nicht zum Beispiel bei Kriminalität im Steuerhinterziehungsmilieu dann von einer Zuschreibung von weißen Männern in Anzügen. Das machen wir natürlich nicht. Bei Clankriminalität rufen wir aber bereits Stereotype um Stereotype ab. „Importierter Antisemitismus“ lässt sich nicht losgelöst von dem Narrativ denken, dass damit etwas hierhergeholt wird, was gar nicht da ist, und wir sprechen im Prinzip überhaupt nicht mehr über strukturelle Komponenten und vor allem Fundamente des Antisemitismus. Und genauso ist es auch so – und dafür bin ich auch sehr dankbar, Yasmine Amal hat das dargestellt –, dass eben diese individuelle Ebene der Verortung – der Problemfall sind die anderen – immer sehr gut aufgerufen werden kann und wir dann eigentlich nicht mehr auf das Strukturelle eingehen müssen. Und darin liegt doch genau das Problem, zu dem wir uns stärker verständigen müssen.

Deswegen hätte ich auch einige Fragen, unter anderem an Sie, Herr Kayman: Sie sprechen ja nun die Diversität innerhalb der muslimischen Communitys an und führen die Schritte aus, die hier Ihrer Meinung nach unternommen werden müssen. Im Prinzip sprechen Sie zu einer innerspezifischen Kontroversität, die in allen Communitys stattfindet, weil eben keine Gruppe homogen ist und sich in dieser Homogenität auch versteht. Das heißt, natürlich gibt es komplexe Aushandlungsprozesse, kontroverse Aushandlungsprozesse. Diversität ist immer ein gesellschaftliches Konfliktfeld. Das heißt, dieses gesellschaftliche Konfliktfeld sehen wir dann natürlich auch in den Aushandlungsprozessen, was allerdings auch bedeutet, dass diese Auseinandersetzung und auch die kontroverse Auseinandersetzung nicht nur bei diesem Teil der Communitys bleiben kann, sondern sich ja auch in ein Verhältnis setzt, in ein Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft und hier auch zu dem Aspekt der strukturellen Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus. Deshalb meine Frage an Sie: Wo setzen Sie hier die Kriterien an, beziehungsweise, wer gestaltet die Kriterien? Wir haben sehr oft damit zu tun, dass dann aus der Mehrheitsgesellschaft heraus Kriterien entwickelt werden, gerade bei der Frage des Empowerments und des communitybasierten Arbeitens; die Frage der Legitimation beziehungsweise Delegitimation. Was machen die da eigentlich? Wir sind da gar nicht drin, wir können überhaupt nicht sehen, was geleistet wird! – Und ab wann hat man denn diese vier von Ihnen genannten Punkte erreicht? Wer ist sozusagen dafür verantwortlich, zum Beispiel die Qualität zu messen? Welche Kriterien werden definiert, und wer definiert sie? Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Dann möchte ich dazu noch einige Fragen an die Verwaltung stellen, nämlich bei diesen von Ihnen aufgeworfenen Punkten zu Prävention und Empowerment, inwieweit die Verwaltung hier bereits Maßnahmen umgesetzt hat und wie die entsprechenden Ressourcen hier eingesetzt werden; also gerne, wenn Sie etwas zu Förderung und Räumen sagen können und wie dazu bis Ende 2026 die Planungen stattgefunden haben.

Noch einmal schauen. – Ich übergebe an diesem Punkt erst mal an die Kollegin und muss mich noch mal kurz sammeln.

Jamuna Oehlmann: Wie viel Zeit haben wir denn noch?

Vorsitzender Raed Saleh: Sie haben noch drei Minuten.

Jamuna Oehlmann: Danke schön! – Auch von mir ganz herzlichen Dank für Ihre Expertise und die wertvollen Beiträge! – Mir ist bei dem Punkt ganz wichtig, noch mal zu sagen: Wenn wir über antimuslimischen Rassismus sprechen und die Strategien dagegen, dürfen wir uns nicht auf Prävention verengen. Es geht nicht nur darum, negative Entwicklungen zu verhindern, sondern um die aktive Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft. Empowerment bedeutet eben, marginalisierte Perspektiven ernst zu nehmen, strukturelle Hindernisse abzubauen und die Deutungsmacht umzuschichten. Und hier leisten die Einrichtungen wie die Muslimische Akademie in Heidelberg, JUMA e. V. oder eben auch Wissenschaftlerinnen wie Prof. Naika Foroutan wirklich zentrale Arbeit. Sie analysieren, gestalten und vernetzen, und diese Arbeit braucht Anerkennung, verlässliche Ressourcen und politische Rückendeckung.

Und tatsächlich ist es ja auch so: Hier wurde infrage gestellt, ob Begegnung stattfindet, und mein Eindruck ist, dass genau das unter anderem in der Muslimischen Akademie Heidelberg umgesetzt wird. Dazu habe ich noch einige Fragen an Sie, Frau Soylu, und zwar würde mich interessieren, ob Sie konkrete Zahlen dazu haben, wie viele muslimisch-zivilgesellschaftliche Träger derzeit in der politischen Bildungsarbeit tätig sind. Und können Sie einen Überblick darüber geben, wie diese strukturell und ressourcenbezogen aufgestellt sind? Ich habe mir notiert, dass Sie mit Ihrem Träger nur über Projektfinanzierungen Ihre Arbeit leisten; dafür meinen höchsten Respekt, weil ich nachvollziehen kann, wie schwierig das ist, Förderung von einem Jahr zum anderen. Mit welchen spezifischen Herausforderungen sehen sich insbesondere muslimisch-zivilgesellschaftliche Träger konfrontiert im aktuellen gesellschafts- und förderpolitischen Kontext? Da würde mich Ihr Eindruck interessieren. Und dann, wenn Sie dazu etwas sagen können, noch eine Frage zu den größten Herausforderungen und auch zur Wirksamkeit Ihrer Angebote und Ihrer Arbeit.

Dann habe ich noch eine Frage an dich, Naika, und zwar: Wenn die Zeit und die Gelegenheit da ist, würde mich interessieren, welche Mechanismen zur Prävention von Radikalisierung du festmachen kannst. Inwiefern hängen Diskriminierungserfahrungen und Radikalisierung zusammen, und inwiefern steht das im Kontext von Demokratie? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Sie haben noch eine Minute.

Peggy Piesche: Vielen Dank! – Ich hatte noch einen Punkt, der mir in meinen Unterlagen gerade abhandengekommen ist. Jetzt ist er wieder aufgetaucht. – An alle Anzuhörenden wäre meine Frage, wie wir gerade in diesem Spannungsfeld von Individualität und gleichzeitig auch dieser strukturellen Verortung von antimuslimischem Rassismus mit den Distanzierungsmantras umgehen, die wir auch immer wieder an die muslimische Community gerichtet bekommen? Eine Auseinandersetzung, eine communityinterne Kontroversität herzustellen, die Diversität der Communitys auch anzuerkennen ist also das eine, und das andere: Heißt das dann, dass wir immer wieder alle Leute in ihrer Diversität zwar anerkennen – Herr Kayman, das wollten Sie auch haben – und gleichzeitig aber trotzdem alle wieder an dem Punkt abrufen müssen oder wollen, zu sagen: Ich muss mich dann von Radikalisierungen distanzieren, und ich muss mich von Gewalt distanzieren, die begangen wird, die aber mit den Individuen selber nichts zu hat. – Wie stehen Sie dazu?

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt bei Ihnen, Frau Eralp.

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank vor allem an die Anzuhörenden! – Ich muss heute, wie angekündigt, früher gehen und werde dann von Herrn Dr. Lederer vertreten und werde natürlich alles im Stream nachträglich verfolgen. – Ich möchte auf Dinge antworten, die hier von Frau Senge gesagt wurden. Als es vorhin um die von Teilen der CDU forcierter deutsche Leitkulturdebatte ging, habe ich Mustafas Studie zitiert, und darum ging es in der Frage der homogenen Gruppe, und ich verstehe nicht, wie Sie sagen, dass am rechten und auch am linken Ende homogene Gruppen das Leitbild sind, und würde gerne wissen, dass Sie das noch mal konkretisieren. Ich denke, dass Die Linke sehr weit entfernt von Rechten ist, und ich verstehe diese Verbindung, die Sie hier aufmachen wollen, überhaupt nicht. Deswegen sind auch Linke, wie viele andere auch, von anderen demokratischen Parteien, vor allem viele aus der Zivilgesellschaft, ständig Angriffen von Rechtsextremen ausgesetzt, weil die politische Distanz da massiv ist. Deswegen weiß ich einfach nicht, was Sie meinen.

Wenn Sie darauf anspielen, dass wir über marginalisierte Gruppen sprechen, dann sprechen wir darüber übrigens immer intersektional. Es ist nie eine Gruppe irgendwie homogen, sondern es gibt bestimmte diskriminierte Gruppen, und diese sind innerhalb dieser diskriminierten Gruppe sehr divers. Es geht auch nicht darum, ob jemand nur Opfer oder Täter sein kann oder soll. Das sind für mich völlig andere Debatten, aber es muss die Macht- und die Hierarchieebene mitgedacht werden, und das, finde ich, machen Sie beispielsweise viel zu wenig, denn wer sitzt denn hier in diesem Land an den Hebeln der Macht? – Das sind nicht muslimische oder muslimisch gelesene Menschen, das sind nicht migrantische Menschen, das sind nicht jüdische Menschen, das sind nicht queere Menschen oder Menschen mit Behinderung. Nicht sie prägen die öffentlichen Debatten vor allem, nicht die Richterinnen- und Richterbänke, nicht die Reihen in den Parlamenten, nicht die Chefetagen in den Unternehmen, nicht sie prägen die Verwaltung, und nicht sie machen die Gesetze. Es wird besser, aber wir sind weit weg von einer Repräsentanz oder umfassenden Teilhabe, sondern die, die das machen, sind die weiße Dominanzgesellschaft. Das sage ich auch so, weil es nicht mehr die Mehrheitsgesellschaft ist, weil wir in Berlin gerade unter jungen Menschen als Menschen mit Migrationsgeschichte schon die Hälfte der Bevölkerung stellen, und das zu negieren, dieses Macht- und Hierarchieverhältnis, das ist nicht angebracht, und darum geht es uns als Linke.

Aber natürlich sehen wir Menschen als Individuen, und diese Menschen befinden sich leider vor allem immer noch in Ausbeutungsverhältnissen, entrechtes – deswegen muss ich hier als Linke natürlich auch die Klassenfrage aufmachen –, im Niedriglohnsektor. Wir haben vorhin schon über den Reinigungsbereich gesprochen. Das ist alles statistisch nachzulesen. Das können Sie in den Daten über Berlin nachlesen, dass beispielsweise vor allem Menschen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so viel an der Armutsriskogrenze leben wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Das sind alles Fakten, und diese können auch nicht negiert werden oder davon abgelenkt werden, dass es hier um Hierarchie- und Machtverhältnisse geht.

Es geht aber nicht darum, Personen von irgendetwas freizusprechen. Im Gegenteil, wir schauen sehr genau auf Individuen. Was sind die Bedürfnisse von Individuen? Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern es geht um gleiche Rechte, um gleiche Rechte für alle Menschen. Deswegen habe ich auch nicht verstanden, als Sie gesagt haben, dass Sie hier intellektuelle Fragen stellen an die Fragen von Diskriminierung oder so. Mir ging es vorhin in dem Vorwurf darum, dass beispielsweise Sie, Herr Stettner, am Tag gegen Rassismus gesagt haben, dass Sie nicht sehen, dass es in Berlin strukturellen Rassismus gibt. Das haben Sie wortwörtlich so

gesagt. Das werden Sie jetzt ja nicht negieren. – [Zuruf von Dirk Stettner (CDU)] – Stimmt, sagen Sie. Richtig! Das haben Sie gesagt. In Vorbereitung Ihrer Rede haben Sie sich die Berliner Vorfälle angeschaut und festgestellt, es gibt keinen strukturellen Rassismus. Das waren Ihre Worte, und darauf habe ich Bezug genommen, denn das ist eine Negierung dessen, was in Berlin stattfindet und was durch Studien auch belegt ist und was wahrscheinlich alle hier von Expertinnen- und Expertenseite auch unterstützen würden – oder die meisten –, und das ist jetzt nicht etwas, was ich mir ausgedacht habe. Darum geht es, und es geht darum, dass Probleme individualisiert werden und gesagt wird: Na ja, der wurde da und da so und so behandelt, weil er sich so und so verhalten hat. – Nein, es werden Menschen auf eine bestimmte Art und Weise behandelt, weil ihnen Eigenschaften zugeschrieben werden aufgrund einer Zugehörigkeit, die ausgemacht wird, beispielsweise, dass jemand als muslimisch gelesen wird. Wir wehren uns dagegen, dass solche Problem als Einzelfall bezeichnet werden, denn dahinter liegen Strukturen. Dahinter liegt rassistisches Erfahrungswissen, das auch in Ämtern weitergegeben wird. Es gibt auch dazu etliche Studien, auch zu Kontinuitäten vom Auswärtigen Amt. Dazu wurden Bücher geschrieben, und darum geht es uns. Deswegen würde ich darum bitten, dass Sie noch mal konkretisieren, was Sie damit meinen, dass wir irgendwie meinen, alle seien homogen. Nein, das denken wir ganz und gar nicht.

Natürlich muss eine Demokratie übrigens auch aushalten, Herr Mansour, dass ich sage, wenn einer Frau, die allein, weil sie ein Kopftuch trägt, unterstellt wird, dass sie religiös indoktriniert würde – denn das ist die Grundannahme des Neutralitätsgesetzes –, dass das rassistisch ist. Das ist meine Auffassung. Übrigens hat diese Korrektur des Gesetzes das Verfassungsgericht erzwungen – nicht ich, die Macht habe ich nicht –, wegen der grundgesetzlich geschützten Religionsfreiheit, und ich denke, es ist doch die Aufgabe aller Abgeordneten, aller Menschen hier im Saal, das Grundgesetz zu verteidigen, das auch den Diskriminierungsschutz genauso wie die Religionsfreiheit nach vorne schreibt. Und Sie haben übrigens kritisiert, dass, wenn man über Islamismus sprechen will, die dann immer ablenken, indem sie anfangen, über antimuslimischen Rassismus zu sprechen. – Sie nicken, aber heute ist das Thema antimuslimischer Rassismus, und Sie haben genau das getan, was Sie diesen Menschen vorwerfen: ein reines Ablenkungsmanöver. Wir wollen hier über antimuslimischen Rassismus sprechen, weil das auf der Tagesordnung steht, und Sie fangen an, über Islamismus sprechen zu wollen. – [Zuruf von Ahmad Mansour] – Sie machen genau das Gleiche wie diejenigen, denen Sie das vorwerfen. Entschuldigen Sie!

Jetzt bleibt kaum noch Zeit. Ich mache es ganz schnell mit den Fragen. An die Anzuhörenden: Wie sehen Sie diese Frage des Machtverhältnisses, der Repräsentation und Teilhabe? Was brauchen jugendliche Menschen noch an unterstützenden Empowerment-Maßnahmen? Was ist die Erwartungshaltung an die Verwaltung, an die Politik? Welche strukturellen Veränderungen sollte es geben?

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Eralp! – Sie haben noch drei Minuten.

Hajdi Barz: Danke schön! – Danke auch an meine Vorrednerin! – Auch für mich ist es immer wieder erschreckend, hierherzukommen und diese Debatten zu sehen. Tatsächlich bewegen wir uns rückwärts in der Diskriminierungs- und Antirassismusdebatte, Jahrzehnte, und das ist für mich als Berlinerin, die so stolz ist auf eine starke Antidiskriminierungskultur in dieser Stadt, eine Beleidigung, was hier teilweise passiert. Es ist wirklich eine Beleidigung

der Arbeit von einzelnen Menschen, die meistens in ihrer Freizeit wirklich wichtige Arbeit gegen reale Diskriminierungsfälle machen.

Ich möchte gerne zum Thema zurückkommen, weil das auch etwas ist, was Sie immer wieder schaffen, dass wir nicht über das Thema sprechen. Wir reden über Empowerment, und währenddessen wird eine rassistische Aussage nach der nächsten aneinander gereiht. Sie sprechen dazwischen. Das ist unhöflich. Ich kenne wirklich keinen Ort, an dem so schlecht geredet wird. – Sie sprechen wieder dazwischen. – Ich möchte gerne über strukturelles Empowerment sprechen, und zwar interessiert mich: Was gibt es an Strukturen des Empowerments, also Fördergelder und so weiter? Can spricht in seiner Definition von strukturellem Empowerment zum Beispiel davon: Wenn sich eine Selbstorganisation gründet, werden diese Selbstorganisationen so gefördert, dass sie langfristig die Arbeit machen können, und zwar nicht immer nur bis zum nächsten Jahr? Inwiefern passiert das? Das ist natürlich eine Frage an die Verwaltung. Das finde ich ganz relevant.

Ich wollte noch eine Sache sagen, weil ich auch aus einer Roma-Selbstorganisation komme. Es gibt immer diese Erwartungshaltung, dass wir jetzt der Welt erklären sollen, dass Romnja nicht kriminell sind, dass Romnja nicht ganz viele Kinder bekommen und so weiter und so fort, und das habe ich bei Ihnen, Herr Kayman, ganz stark herausgehört. Das ist ein rassistischer Rechtfertigungsdruck, dem wir ausgesetzt werden. Das ist meine Analyse der Sache, nämlich weil man sich nicht unsere Realitäten anschaut, weil man sich nicht die Doktorin anschaut, die hier ohne Aufenthalt in Deutschland angekommen ist, weil man sich nicht die Geschichten von Romnja anschaut, die ihr Leben lang nicht sagen können, dass sie Romnja sind, genauso wie Frau Amal es benannt hat, dass es eine Angst gibt, sprechen zu können, eine Angst, sich zeigen zu können. Ich finde ganz spannend: Was kann Empowerment dort eigentlich machen? –, also an diejenigen, die hier wirklich Empowermentarbeit machen, Frau Amal zum Beispiel. Ich kenne nicht alle Ihre Wirkungsfelder. Ich freue mich, wenn Sie darauf antworten. Was kann getan werden gegen diese real erlebte Angst von Musliminnen in Deutschland, sich politisch zu betätigen, und wie verzwickt sich das mit diesem Zwang, sich immer wieder rechtfertigen zu müssen, also immer wieder beweisen zu müssen, dass man doch demokratisch ist? Warum wird das an Musliminnen ganz explizit immer wieder herangetragen, und warum wird das nicht an – weiß ich nicht – Gärtnерinnen herangetragen? Was ist die Voreinstellung, die dort existiert?

Ich würde mir wirklich, von den Abgeordneten der CDU vor allem, eine selbstkritische Reflexion der rassistischen Hetze wünschen, die Sie in Ihren Wahlkampagnen immer wieder betreiben. – [Zuruf von Dennis Haustein (CDU)] – Ich habe hier auch Beispiele für CDU-Abgeordnete, die sich ausstatten mit ihren Rassismen, die sie produzieren. Allein diese Aufzählung, die Herr Mansour als Experte benennt, von – was haben Sie gesagt? Sie sprechen von Clankriminalität. Allein dieser Begriff ist rassismuskritisch so gut analysiert worden. – [Zurufe von Dennis Haustein (CDU) und Ahmad Mansour] – Was sind Clans? Warum wird da nicht von Familienstrukturen gesprochen? Warum werden Clans immer wieder rassistisch aufgeladen und so weiter und so fort?

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, Sie haben jetzt etwas länger gehabt als die zehn Minuten. Mir ist wichtig – – [Zuruf von Dennis Haustein (CDU)] – Herr Haustein! Meine Bitte ist jetzt wirklich – – So. Meine Bitte ist, noch mal ganz deutlich: Wenn jemand spricht, spricht diese Person. Wir haben gleich eine zweite Runde. Man kann darauf eingehen. Aber ansonsten sit-

zen hier demokratische Farben miteinander, also demokratische Repräsentanten von demokratischen Parteien. Wir haben innerhalb der Parteien verschiedene Ansichten und Spektren, wie man Sachen bewertet, wie man mit Begriffen umgeht. Auch in meiner Partei gibt es durchaus unterschiedliche Positionen zu verschiedenen Begriffen und so weiter. Das hat man innerhalb der Parteien, innerhalb der Spektren, innerhalb der Wahrnehmung. Aber was wir uns hier nicht gegenseitig unterstellen sollten, wäre rassistische Hetze und Ähnliches. Das wäre meine Bitte. Meine Bitte ist, dass wir hier versuchen – ich verstehe auch, dass Sie damit auch etwas erzeugen –, an der Sache orientiert Argumente auszutauschen, aber auch Sie Argumente austauschen und nicht permanent reinreden, denn dafür ist dieses Format, diese Kommission am Ende zu wertvoll. Wenn diese Kommission es nicht hinbekommt, miteinander zu reden, über diese Diskurse, dann bekommt es kein anderer Ort hin. Deswegen wäre meine Bitte an alle, etwas durchzuatmen, die Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen, jeweils sieben Minuten, und wir gehen dann noch in eine zweite Runde. Das wäre meine Bitte, und tatsächlich darauf zu achten, dass man jetzt nicht anderen Leuten das Demokratierecht abspricht oder auch Sachen in den Raum wirft, die man so nicht stehen lassen kann. Ich glaube, ich habe damit jetzt das Wesentliche zum Umgang miteinander gesagt.

Dirk Stettner (CDU): Nichtsdestotrotz: Wir werden darauf achten, wir werden auch darauf achten, ruhig zu bleiben, aber wenn wir anfangen, uns gegenseitig Rassismus vorzuwerfen, dann ist das keine Gesprächsebene, auf der wir reden können. – [Zuruf von Elif Eralp (LINKE)] – Wir haben hier niemandem Rassismus vorgeworfen, und das unterlassen Sie bitte auch.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Stettner! Dazu habe ich das Notwendige gesagt. – [Zuruf von Elif Eralp (LINKE)] – Meine Bitte ist tatsächlich: Das Wort, die Diskussion lebt am Ende davon, dass Menschen reden und sich auch ausreden lassen. Deswegen gehe ich am Ende hinein und ordne es ein. Ich habe es gerade als Vorsitzender so eingeordnet, wie ich es empfinde, und ich glaube, das ist hier im Raum Konsens; hoffe ich zumindest. Und es gehört, glaube ich, auch dazu, dass wir unter Demokratinnen und Demokraten gemeinsam eine Sache diskutieren, die uns alle gemeinsam bewegt. – Gut, vielen Dank! – Dann würde ich sagen, fangen wir in umgekehrter Reihenfolge an, das heißt, als Erste Frau Soylu und dann Herr Kayman. Sieben Minuten, haben wir verabredet.

Yasemin Soylu (Muslimische Akademie Heidelberg): Herausfordernd, aber ich kann auch auf verschiedene Fragen gemeinsam eingehen. – Zunächst will ich diese Frage nach der Relevanz und der Bedeutung von Empowerment noch ergänzen. Die Förderung von Selbstorganisationen, die jetzt hier auch noch mal diskutiert wurde, oder die Frage: Warum brauchen wir denn zum Beispiel so etwas wie eine Muslimische Akademie? – Auch das werden wir oft gefragt: Warum braucht es noch eine Akademie oder noch eine politische Bildungseinrichtung, wir haben doch schon genug in Deutschland? – Da geht es eben nicht darum, Parallelgesellschaften zu fördern oder zu sagen: Wir machen jetzt als Muslime unser eigenes Ding –, sondern diesem Anspruch unserer pluralen Demokratie gerecht zu werden, zu sagen: Auch in den Strukturen, in den Institutionen muss sich unsere gesellschaftliche Vielfalt als Realität abbilden, und dafür braucht es Akteure, die genau auf dieser strukturellen Ebene wirken können, langfristig, und diese Perspektiven von Musliminnen einbringen in gesellschaftliche Diskurse, also genau diesem Gestaltungsanspruch, dieser Verantwortungsübernahme gerecht zu werden. Das funktioniert nicht auf individueller Ebene. Dafür brauchen wir Einrichtungen,

die genau das umsetzen, und deswegen ist diese Förderung von Selbstorganisationen so wichtig im Anspruch dessen, dass wir unserer vielfältigen Gesellschaft gerecht werden.

Wie sieht aktuell die Landschaft aus mit Blick auf die muslimische Zivilgesellschaft? – Wir hatten 2019 mal versucht, eine Bestandsaufnahme, ein Lagebild zu machen und haben dazu eine Broschüre herausgebracht, die auch online aufzurufen ist. Das war ein sehr heterogenes Bild. Es waren damals über 20 Einrichtungen, die sich mit einem muslimischen Selbstverständnis ganz allgemein als Bildungsakteur verstehen. Sie machen soziale Arbeit, Empowermentarbeit, Jugendarbeit, politische Bildung. Das ist ein Feld, das sich seit etwa zehn Jahren auf den Weg gemacht hat, und zwar von Menschen, die sagen: Wo werden meine Perspektiven repräsentiert? –, aber auch: Wo kann ich mich einbringen? –, und in Ergänzung quasi zu den Strukturen, die wir schon haben, zu sagen: Okay, diese Strukturen fehlen aktuell noch, deswegen gründen wir diese Vereine, deswegen gründen wir diese Arbeit und versuchen, diese auch langfristig auf sichere Füße zu stellen. – Es ist immer noch ein sehr dynamisches Feld. Einrichtungen, die sich gegründet haben, gehen ein, schließen oder schaffen es nicht mehr, aus dem Ehrenamt heraus weiter aktiv zu sein. Andere wiederum gründen sich neu und machen sich auf den Weg. An dieser Stelle, mit Blick auf Ressourcen, ist anzuerkennen, dass ein großer Teil dieses Engagements von Selbstorganisationen immer noch ehrenamtlich basiert ist und deswegen tatsächlich auch diese Augenhöhe in Kooperation und Partnerschaft immer wieder schwierig herzustellen ist in der Frage nach Ressourcen, Professionalität und Langfristigkeit. Das heißt, da gilt es anzudocken, wenn wir nicht wollen, dass dieses Engagement, das es schon gibt, jetzt kaputtgeht. Da sind wir als Gesellschaft gerade an einem sensiblen Punkt, zu schauen: Schaffen wir es jetzt, die Strukturen, die da sind, auch längerfristig zu halten?

Das ist noch der andere Faktor, auch als eine Herausforderung: Wo wir uns gerade befinden, ist, dass Menschen, die sich jahrelang selbstverständlich engagiert haben, gerade an einem Punkt sind, wo sie sagen: Wir können nicht mehr –, beziehungsweise: Wo sieht uns der gesellschaftliche Diskurs, und wie können wir langfristig gut zusammen dazu arbeiten? – Dass zum Beispiel im aktuellen Bundeskoalitionsvertrag muslimisches Leben, muslimische Zivilgesellschaft nicht mehr erwähnt wird, ist ein riesiger Rückschritt für die muslimische Community, und das ist so ein Punkt: Wo wird das Engagement, das schon da ist, gesehen? – Da müssen wir jetzt politisch und gesellschaftlich einen Schritt weiterkommen, damit wir da nicht wieder zurückfallen.

Dann an der Schnittstelle zu der Frage der Konkurrenz bei den Inhalten und Ansätzen: Ich glaube grundsätzlich, auch von uns selbst heraus gesprochen, je mehr Menschen sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, je mehr Institutionen und Akteure es in dem Themenfeld gibt, desto besser. Das vielleicht auch als Beispiel; das ist auch das, was uns aus der Trägerlandschaft gespiegelt wird: Wir brauchen neue Akteure. Wir brauchen Akteure, die plurale Perspektiven vertreten. Und an dieser Schnittstelle den Kuchen gemeinsam größer zu machen und nicht in Konkurrenz zueinander zu treten, das ist genau die Herausforderung, vor der wir als Organisation selbst stehen, aber auch mit Blick auf die finanziellen Ressourcen, die vorhanden sind und die bereitgestellt werden müssen. Aktuell haben wir natürlich auch die Situation, dass die finanziellen Ressourcen bei immer größer werdendem gesellschaftlichem Bedarf kleiner werden, also total antizyklisch zu dem stehen, was wir gerade brauchen als Gesellschaft, und das natürlich automatisch dazu führt, dass Einrichtungen öfter Anträge abgelehnt bekommen oder nicht mehr die Fördergelder bekommen, die sie brauchen. Und

zugleich nehmen wir grundsätzlich in der Landschaft wahr, dass es darum geht, gemeinsam an den Zielen zu arbeiten und das zusammenzusetzen.

Zur Frage nach den fehlenden Zugängen, oder: Wie können wir das gemeinsam umsetzen, auch an der Schnittstelle? Wie gelingt tatsächlich Begegnung, diese reale Begegnung zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren? – Dafür braucht es Kooperationen, Zusammenarbeit. Ein Beispiel aus unserer Praxis: Wir machen fast keine unserer Veranstaltungen alleine, sondern immer in Kooperation mit anderen Akteurinnen und Akteuren, sei es mit staatlichen Akteuren der politischen Bildung, sei es mit jüdischen, mit migrantischen Selbstorganisationen. Das erfordert sehr viel Kraft intern, im Team, sich zusammenzusetzen und zu sagen: Wir planen jetzt eine Tagung oder eine gemeinsame Veranstaltung aus unterschiedlichen Perspektiven. – Und wir bekommen dann Kritik aus unterschiedlichen Ecken. Für die einen machen wir zu viel Antisemitismus, für die anderen machen wir viel zu viel im Themenfeld antimuslimischen Rassismus. Für die einen sind wir zu demokratisch und säkular, für die anderen wiederum zu religiös.

Diese Kritik oder diese Widerstände dann auch auszuhalten, ist zum einen das, wo wir als Einrichtung selbst vor der Herausforderung stehen, also dieses Aushalten, und zum anderen das, was wir dann aber auch von den Zielgruppen oder von den Teilnehmenden einfordern, die zu Veranstaltungen kommen. Wenn wir beispielsweise zusammen mit der israelitischen Religionsgemeinschaft Wittenberg und der Landeszentrale und einem evangelischen Bildungsträger einladen, hat jeder von uns seine Zugänge, und die Personen – Musliminnen und Muslime, jüdische Menschen, Menschen, die überhaupt nichts mit Religion am Hut haben –, kommen, weil sie sagen: Da ist eine Institution in der Planung, die meine Interessen oder meine Perspektiven vertritt. Solange die dort mit dabei sind, gehe ich in diesen Raum, auch wenn es mir vielleicht total schwer fällt und ich im Nachhinein zu den Organisatorinnen und Organisatoren gehe und sage: Ehrlich, ich habe mir überlegt, die Veranstaltung zu verlassen, weil es mir schwere Gefallen ist zu bleiben. – Diese Kontroversität und Multiperspektivität einzufordern und dem auch als Akteur gerecht zu werden, ich glaube, das ist ein Anspruch, den wir an uns alle stellen müssen, und den in der Praxis umzusetzen, gelingt eigentlich nur über Kooperationen und Interdisziplinarität.

Vielleicht auch noch kurz zu diesem Punkt, mit Blick auf Herausforderungen, oder: Wie gelingt es uns, die Phänomene nicht gegeneinander auszuspielen? – Wir haben auch eine Beratungsstelle, in der wir konkret Betroffene beraten, Einzelfallberatungen. Die kommen zu uns und berichten von ihren Erfahrungen, und dann wehren sie sich oder vielleicht auch nicht, und dann ist immer der Punkt: Und was jetzt? – Keine dieser Personen hat Lust, als Opfer zurückzubleiben oder zu sagen: Ich bin jetzt die Betroffene von antimuslimischen Rassismus, und das war es. – Immer ist die Frage danach: Was kann ich jetzt tun? Wo ist ein Raum, wo ich mich weiter austauschen kann? Wo sind Kontakte? Wo kann ich wirksam werden? – Und an der Stelle greift dann wiederum die Bildungs- und Begegnungsarbeit, wo wir sagen können: Auch da zu verknüpfen, Beratung anzudocken an konkrete Begegnungs- und Empowermenträume und auch an dieser Stelle dann eben nicht nur dieses – – Wir haben nie von unseren Teilnehmenden die Rückmeldung: Mir geht es jetzt darum, ich will nicht hierbleiben oder ich plane meinen nächsten Schritt der Auswanderung, weil ich gestern Rassismus erlebt habe –, sondern ganz oft ist der Anspruch: Eigentlich würde ich gerne hierbleiben und versuchen, noch etwas zu gestalten. Wo ist der Raum, wo ich das umsetzen kann? – Da müssen wir

dann wieder Räume haben, die genau das leisten können und dieses Vertrauen in die unterschiedlichen Gruppen und diese Zugänge haben. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Als Nächster Herr Kayman. – Bitte schön!

Murat Kayman (Alhambra Gesellschaft e. V.): Vielen Dank! – Es ist sehr sportlich, jetzt in sieben Minuten auf diese Impulse zu reagieren. Die Antworten werden jetzt natürlich sehr kurSORisch bleiben. Sehen Sie es mir nach oder fragen Sie nach, wenn noch etwas offenbleibt. Ich versuche, chronologisch meine Notizen zu entziffern. – Zum ersten Hinweis von Herrn Mansour auf Begegnung als Lösungsansatz, um diese Negativschablonen von Gruppenzugehörigkeiten zu überwinden: Ja, das kann durchaus funktionieren. Ich warne davor, zu viel Hoffnung und Erwartung in diese Begegnungskonzepte zu investieren, weil meiner Erfahrung nach das Phänomen der doppelten Ausnahmen häufig in diesen Begegnungssituationen reproduziert wird. Was ist das? – Die Wir-Gruppe Nichtmuslime ist die Regel, der problematische Muslim als Schablone ist die Ausnahme von dieser Regel, und der Muslim, dem ich individuell begegne, der nicht die Erwartung dieses Problematischen erfüllt, ist die Ausnahme von meiner muslimischen Schablone. Das überwindet also nicht grundsätzlich meine muslimfeindlichen Vorbehalte, bestärkt sie vielleicht sogar, weil ich sage: Ja, ja, der Murat Kayman ist ganz in Ordnung, aber die anderen Muslime sind genauso, wie ich mir den Muslim als Schablone immer gedacht habe. – Diesem Risiko gewahr zu sein und das in diesen Begegnungsansätzen zu berücksichtigen, halte ich für wichtig.

Ich verbinde jetzt einige Punkte. Frau Chernivsky hatte die Gewaltverhältnisse angesprochen, die wir von den Erfahrungen der Betroffenen her wahrnehmen sollen. Das verbinde ich gerne mit dem Impuls von Herrn Hizarcı, der konkret nach den Kritikerfahrungen, den Angriffen auf uns, die Experten, gefragt hat und die Wirkung, die das auf uns hat. Ich unterstelle, dass damit muslimfeindliche Kritik und Angriffe gemeint waren, will aber auch hier die Perspektive etwas weiten, damit das Problembewusstsein an dieser Stelle vielleicht auch weiter vorangetrieben werden kann durch diese Sitzung. Meine Erfahrung der Muslimfeindlichkeit erfüllt eine Perspektive, die heute gar nicht zur Sprache gekommen ist, die auch häufig unter den Tisch fällt, wenn wir darüber reden. Ich will sie jetzt etwas zugespitzt – ich bin mir bewusst, dass das vielleicht triggert – als Phänomen der innermuslimischen Muslimfeindlichkeit bezeichnen. Das heißt, mein Appell für diese selbtkritischen Debatten und der Segen, den ich in diesen Debatten sehe, wird bestärkt durch die Negativerfahrung, die ich in diesem Punkt mache, denn wenn sich Muslime kritisch zu problematischen Dimensionen ihrer eigenen Gemeinschaft äußern, gerade auch im Kontext der Diskriminierungserfahrung in der Mehrheitsgesellschaft, wird häufig der Vorwurf formuliert – und darin wird auch eine Distanz zu der Gesellschaft, an der man eigentlich teilhaben will, deutlich –, den ich mit Originalzitaten beispielhaft darlegen kann, wie: Hausmuslim, der das deutsche Gewissen erleichtern will –, oder: Muslim in Anführungszeichen, also nicht mehr authentischer Muslim, weil er sich kritisch geäußert hat –, oder: Dem Namen nach Muslim. – All diese Markierungen als nicht mehr authentisch muslimisch sind immens gefährlich in unserer Community, weil es extreme Ränder unserer Gemeinschaft gibt, die das zur Gewaltlegitimation nutzen und die Existenzberechtigung solcher „nicht mehr authentischen Muslime“ durchaus diskutieren.

Deshalb finde ich zum Beispiel auch den Vorwurf, man setze sich dem Applaus von der falschen Seite aus – auch ein häufiger Kritikpunkt, ein häufiger Angriffspunkt, dem man ausgesetzt ist, wenn man die binnenmuslimischen Verhältnisse kritisch kommentiert. Applaus von der falschen Seite heißt: Wenn Muslime sich kritisch äußern, bietet das Nahrung für rechtspopulistische, rechtsextreme Narrative, die Muslimfeindlichkeit verstärken können. Ich glaube, das ist immer eine Abwägungsfrage. Natürlich besteht diese Gefahr, dieses Risiko, auf der anderen Seite hat die selbstkritische Positionierung den Vorteil, dass die gesellschaftliche Mitte, die möglicherweise empfänglich für Muslimfeindlichkeit ist, aber noch keine gefestigten muslimfeindlichen Stereotype reproduziert, diese differenzierte muslimische Realität und Binnenvielfalt erstmals wahrnimmt und damit die eigenen muslimfeindlichen Schablonen des immer bedrohlichen Muslims erschüttern kann und selbst hinterfragt. Das ist der Gewinn in einem selbstkritischen Ansatz, und dafür ist das Risiko des Applauses von der falschen Seite kalkulierbar, den wir übrigens in anderen Verhältnissen ja auch einkalkulieren.

Wir haben, glaube ich, den Konsens, dass wir das Sammeln, das Dokumentieren, das Monitoring von muslimfeindlichen Fallzahlen für sinnvoll erachten. Das ist deutlich geworden im gesamten Austausch. Keiner von uns käme auf die Idee zu sagen: Damit müssen wir aufhören, weil das Applaus und Befürwortung von falscher Seite erfährt. – Nämlich wie? – Die islamistischen, auch gewaltbereiten Gruppierungen wie Kalifatsbewegungen, Hizb ut-Tahrir und Ähnliches nutzen die dokumentierten muslimfeindlichen Vorfälle in Deutschland, um das Narrativ zu befördern: Du kannst dein Muslimischsein nur gegen die deutsche Gesellschaft leben, indem du dich gegen diese Muslimfeindlichkeit behauptest und dich verteidigst. – Das ist eine Flanke, die offen ist für Gewaltlegitimation, denn wenn diese Bedrohung als groß genug dargestellt wird, kann auch eine gewalttätige Reaktion auf diese Bedrohung Legitimation erfahren in diesen Gruppen. Aber wir kämen nie auf die Idee zu sagen, wir verzichten auf das Monitoring, auf das Sammeln und Dokumentieren von Fallzahlen und diese sinnvolle Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft für das Phänomen Muslimfeindlichkeit durch diese absoluten und relativen Zahlen der muslimfeindlichen Vorfälle, weil auf der anderen Seite islamistische Kräfte genau diese Muslimfeindlichkeit nutzen, um Entfremdungstendenzen, Teilhabe- und Identifikationshindernisse mit der deutschen Gesellschaft aufzubauen. Deshalb ist diese Abwägung essenziell für alles, was wir auf diesem Feld tun. Nichts ist völlig unproblematisch.

Dann nehme ich die Frage von Frau Piesche sehr ernst zu Diversität und Aushandlungsprozessen in den muslimischen Communitys: Wer definiert Kriterien dieser Aushandlungsprozesse? Wer misst ihre Effektivität, ihre Qualität? Gibt es da so etwas wie eine Evaluation? Wer soll das sein? – Ich glaube, das ist schon der zweite Schritt. Der erste Schritt wäre: Diese Aushandlungsprozesse müssen anfangen. Sie müssen intensiver stattfinden oder überhaupt stattfinden, und sie müssen vor allem öffentlich wahrnehmbar stattfinden, denn wenn diese demokratischen Aushandlungsprozesse innerhalb der muslimischen Binnensphäre – und das war ja mein Plädoyer im Eingangsstatement – öffentlich wahrnehmbar werden, sind sie meiner Ansicht nach ein gutes Mittel, um diese Stereotypen Schablonen des Muslim aufzubrechen, diese Vielfalt deutlich zu machen und das Individuum wieder im Vordergrund wahrnehmbar werden zu lassen und nicht die Vorstellungen darüber, wie Muslime angeblich seien.

Ich habe noch 17 Sekunden, deshalb überspringe ich alle anderen Punkte. Die können wir vertiefen, wenn sich jemand mit der Frage übergangen fühlt. – Aber ich nehme natürlich die persönliche Frage von Frau Barz ernst mit dem rassistischen Rechtfertigungsdruck, den sie

bei mir herausgehört haben möchte. Ich kann Sie beruhigen, Sie haben sich verhört. Da gab es keinen. Ich will das nur ganz kurz an einem Bild deutlich machen: Wenn wir gemeinsam vor einem Fenster sitzen, das zerbrochen ist, und es regnet rein, und ich sage: Wir haben doch eigene Werkzeuge und Mittel, dieses Fenster abzudichten und dazu beizutragen, dieses Problem zu lösen –, ist das nicht der Vorwurf: Wir haben die Scheibe eingeschlagen. – Ich glaube, die Selbstwirksamkeit, die ich betont habe, ist ein Mittel, um die Schablone, die es in innermuslimischen Gemeinschaften gibt, die dort reproduziert wird, nämlich die Schablone des Deutschen, der als etwas formuliert wird, was nicht muslimisch ist, und die zweite Schablone des authentischen Muslim – – Darauf bin ich bei den Kritikpunkten, die ich erfahre, eingegangen. Die Schablone, was authentisches Muslimischsein sein soll, ist etwas, was in innermuslimischen Sphären reproduziert wird, und um die aufzubrechen, ist es sehr wichtig zu betonen, dass Muslime eine eigene Selbstwirksamkeit haben, um sich gegen Muslimfeindlichkeit einzusetzen, und dass sie nicht darauf warten müssen, dass diese Gesellschaft aus eigenen Kräften muslimfreundlich wird. Das wäre, glaube ich, eine substanzlose Hoffnung. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass unsere Gesellschaft immer rassistisch sein wird. Sie wird immer empfänglich sein für Antisemitismus. Sie wird eine Konstante der Muslimfeindlichkeit haben. Die Frage ist: Wie versuchen wir, diesen Herausforderungen zu begegnen, sie zu überwinden, sie zu bewältigen, sie einzudämmen? –, und das ist, wie es so häufig hier gefallen ist, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. – Vielen Dank! Ich habe ein bisschen überzogen.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Kayman, vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Als Nächste wäre Frau Prof. Dr. Foroutan dran. – Bitte schön!

Dr. Naika Foroutan (Humboldt-Universität zu Berlin): Vielen Dank! – Ich werde auch nur punktuell auf die vielen Fragen eingehen. Es ist ja schon einiges adressiert worden. – Ich würde gerne mit Frau Senge anfangen wollen und der Frage, ob es gelingen könnte, Menschen nicht in Gruppen einzuteilen. Wahrscheinlich ist es das, was in der Kontakthypothese wirkt, und die Idee ist, was Ahmad Mansour gesagt hat, dass man, wenn man mehr Kontakt im individuellen Begegnen erzeugt, Stereotype abbauen kann. Es ist tatsächlich vielfach schon bestätigt, dass diese Kontakthypothese greift, aber sie heißt immer noch Hypothese, weil sie am Ende auch immer wieder widerlegt wird. Trotzdem funktioniert es in vielen Fällen.

Gleichzeitig ist es aber so, dass Menschen sich nicht nur als Individuen sehen, sondern – es gibt auch viel Forschung zur Social Identity Theory – dass die Neigung, sich in Gruppen zu sehen und zu beschreiben, auch die eigene Individualität prägt. Sie haben eben das Beispiel gebracht, sich zur Gruppe von Christen oder Christinnen zugehörig zu fühlen. Religion ist also eine Gruppenformation, Alter ist eine Gruppenformation, Geschlecht und so weiter; da kommen wir auch nicht durch. Tatsächlich gibt es sehr viele Studien, die zeigen, dass die Abwertungen vor allen Dingen innerhalb dieser Gruppendifdimension stattfinden – Sie haben es selber gesagt –, und die Gruppen können auch vollkommen künstlich konstruiert sein. Es gibt Stanford-Experimente. Die haben das getestet, indem sie Menschen anhand von blue-eyed und green-eyed konstruiert haben und dann plötzlich gesehen haben, wie die Gruppen aufeinander einhacken. Da müssen wir vielleicht auch ansetzen, neben diesen individuellen Begegnungsräumen noch stärker diese Gruppen zum einen in ihrer Gleichwertigkeit und zum anderen in ihrer Differenz zu benennen und dafür auch Räume und strukturelle Unterstützungs möglichkeiten zu schaffen.

Zu dem, was Ahmad Mansour eben gesagt hat, war die Frage — Ich muss sagen, dass ich das, was dort gesagt wurde, als sehr konstruktive Punkte wahrgenommen habe und vor allen Dingen das Hinweisen darauf, dass einerseits personenspezifische Fehlverhaltungen adressiert werden können, dass ich aber auch den Punkt wichtig fand, den Peggy Piesche gemacht hat: Selbst wenn das adressiert wird und personengebunden gemeint ist, gibt es ein Diskurssetting, in dem ganz schnell das Ganze auf gesamte Gruppen pauschalisiert wird. Was heißt das jetzt? Darf jetzt nicht mehr individuell adressiert werden? – Das wäre natürlich ein großer Fehler. Ganz oft bekommen auch Aussagen Füße und verselbstständigen sich in einem Diskursraum, der bereits rassistisch und antimuslimisch ist, und dafür zu sensibilisieren, ist, glaube ich, auch Aufgabe dieser Enquete-Kommission. Wie schafft man es, möglicherweise Räume zu finden – das wurde mehrfach gesagt –, in denen so etwas konkret angesprochen wird? – Du meinstest, dass man das öffentlicher machen soll. Ich glaube, dass es wahrscheinlich zu der Öffentlichkeit parallel schon sehr viel bringt, in geschützten Räumen zu sprechen und eigenes Fehlverhalten zu adressieren. Es gab übrigens so etwas mal von der Bundeszentrale für politische Bildung. Das hat sehr gut funktioniert, solange es den Raum öffnete, dass Muslime untereinander Selbstkritik üben, und sobald es plötzlich mit dem Moment konfrontiert war: Gute Muslime versus schlechte Muslime zeigen sich anderen und kämpfen gegeneinander –, ist das ganze Konzept zusammengebrochen. Da müssen wir vielleicht noch ein bisschen weiter suchen.

Wo ich nicht mit Ahmad Mansour einer Meinung bin, ist, dass ich schon glaube, dass religiöse Ansprachen dazugehören, weil ich in der Forschung, die wir gemacht haben, sehe, worauf dieser islamistische Impuls reagiert. Ganz oft geht die Suche im Internet tatsächlich erst mal nach religiösem Advice und verschwindet dann ganz schnell darüber in einer islamistischen Aura, die es bereits gibt. Ich glaube, das liegt daran, dass wir zu wenige Leute haben, die versiert dieses Gefühl der religiösen Ansprache bedienen können inklusive religiösem Wissen, ohne mit dem anderen zu kokettieren, was ein bisschen Degradierung anderer Religionsgruppen oder Rassismus gegenüber anderen migrantischen Gruppen oder nicht migrantischen Gruppen ist. Ich glaube, dass diese Sehnsucht nach Religiosität adäquater bedient werden muss und vielleicht die Enquete-Kommission auch darüber nachdenken kann, ob man dafür bessere Räume öffnen kann – du hast es auch gesagt –, vor allen Dingen im Internet. Dass wir den digitalen Raum vernachlässigt haben, ist uns, glaube ich, allen sehr stark bewusst.

Das, was Derviş Hızarcı eben gesagt hat — Du hast es selber schon benannt. Was so ein bisschen die Gruppenkonkurrenz ausmacht in einem Raum, der aktuell von Sparzwängen und so weiter besetzt ist, ist der Wettbewerb um Fördermittel: Wer bekommt sie? Wie bringt das die Gruppen untereinander in einer sowieso schon prekären Situation in die Notlage, jeweils den anderen als nicht förderfähig zu degradieren, um selber an diese Mittel heranzukommen? – Das ist, glaube ich, etwas, was diese Enquete-Kommission gar nicht überwinden kann. Das ist eine Situation, die wir uns bewusst machen müssen, um auf den Punkt zu kommen, den ich wichtig fand, den du auch starkgemacht hast: einerseits Begegnungen schaffen, andererseits innermuslimische Auseinandersetzungen ermöglichen und sichtbar machen, dass nicht alle nur auf dieser Position Opfer performen. – Das vielleicht auch noch zu Frau Senge: Das Schwierige an der Situation sind ja nicht nur Opfer- und Tätergruppen, sondern dort, wo sich das überlappt, wo man gleichzeitig Opfer und Täter ist. Diese Ambivalenz zu benennen, ist eine unserer größten Schwierigkeiten im Moment, und da können wir, glaube ich, ein bisschen aus der Intersektionalitätsforschung lernen.

Und als letzten Punkt, weil die Zeit gerade abläuft, zu den strukturellen Engpässen: Jamuna, du hast das eben adressiert. Dazu gehört natürlich auch, darauf aufmerksam zu machen. Von Elif Eralp kam der Punkt, strukturellen Rassismus zu benennen. Ich glaube, das ist eine der größten Schwierigkeiten, die wir in den letzten Jahren gemeinsam haben: Was bedeutet das überhaupt, und wie können wir das sichtbar machen?

Ich ende mit einem ganz kurzen Beispiel für strukturellen Rassismus. Ich habe eine Einstellung von diversen Postdoktoranden in einem Projekt machen wollen, und die Personen – die waren alle aus Deutschland –, haben ihre Wohnung oder ihren Job gekündigt und sind nach Berlin gezogen, und diese Einstellungen gingen nicht voran. Irgendwann habe ich die sehr freundliche Kollegin von der Verwaltung angerufen und gesagt: Frau XY, was passiert denn hier? Das dauert jetzt schon sieben Monate –, und dann sagte die: Frau Foroutan, tut mir leid! Es dauert so lange, die ausländischen Abschlüsse zu prüfen. – Und ich habe gesagt: Die sind alle Deutsche, die haben alle in Deutschland ihren Abschluss gemacht –, aber automatisch waren die qua Namen – das waren auch alles Muslime – auf diesen Stapel ausländischer Abschlüsse gewandert, was deren gesamte Einstellung verzögert hat – ein Hinweis auf strukturellen Rassismus ohne absichtsvollen Rassismus. Auch das ist etwas, das wir adressieren müssen.

Letzter Punkt, Frau Barz: Ich habe herausgehört und verknüpfe das mit Marina Chernivskys Punkt, dass da eine tiefesitzende Kränkung bei Ihnen ist und Sie der Ausdruck geben wollten, was ich nachvollziehen kann aus den Verhältnissen, zu denen Sie auch arbeiten und viele von uns forschen. Ich glaube aber, dass diese Enquete-Kommission einen großen Wert darin finden kann, dass Sie das adressieren. Marina Chernivsky hat eben gesagt, das Adressieren muss ernst genommen werden. Das ist bei jedem unterschiedlich. Ich persönlich habe das hier nicht so wahrgenommen wie Sie. Ich kann es aber sehr wohl nachvollziehen. Das ist ein ganz schwerer Punkt, den wir alle wahrscheinlich diskutieren müssen: Wo sind die persönlichen Erfahrungen über Zeit und Raum, die aber auf strukturelle Erfahrungswerte hinweisen? – Dass darauf reagiert wird, kann ich verstehen. Ich glaube aber, dass das Konstruktive in diesem Raum schon von allen Seiten hörbar war, und darauf sollten wir weiter gemeinsam aufbauen, inklusive dessen, was Sie darin gesehen haben.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Foroutan für Ihren Beitrag! – Als Nächste ist Frau Amal dran. – Frau Amal, Sie haben das Wort.

Yasmine Amal (JUMA e. V.): Danke schön! – Ich versuche, mich auch sehr kurzzuhalten. – Um zunächst Ihre Frage zu beantworten, welcher Kritik wir ausgesetzt sind, beziehungsweise, welche Motivation dahinter ist: Vielleicht würde ich einen Schritt weiter gehen und noch sagen, welchen Gefahren wir auch ausgesetzt sind, denn das geht wirklich damit einher. Als öffentliche Organisation mit klarem muslimischem Bezug sind wir uns bewusst, dass wir Angriffs- und Projektionsfläche für die Polarisierung aus der Politik sind, aber auch für die Feindseligkeiten aus der Gesellschaft, die wir navigieren müssen. Das heißt leider auch, dass wir bei unseren öffentlichen Veranstaltungen darauf achten müssen, wer zu uns kommt, weil natürlich die Gefahr besteht, Opfer von hassgeprägten Taten zu werden.

Wie schon mehrfach angesprochen wurde, konkurrieren wir um die wenigen Gelder. Gleichzeitig sind wir aber auch einer extremen Überprüfung ausgesetzt. Wir werden oft auch mit einer Kontaktshuld konfrontiert, die geradezu in einer Hetzjagd mündet. Wir erleben ein

ständiges Othering, also eine ständige Fremdmachung, die sowohl implizit als auch explizit passiert. Es werden uns kontroverse Agenden unterstellt oder eine Verbindung zu ausländischen Gruppierungen mit zum Teil islamistischem Weltbild. Wir müssen auch immer wieder die Notwendigkeit erklären, warum muslimische Jugendvereinsarbeit – Sie haben es schon von mir gehört – wichtig ist, oder sehen immer wieder, dass diese infrage gestellt wird; bei anderen Konfessionsgruppen gilt diese als selbstverständlich. Und auch wir sind Opfer von Online-Hatespeech. Ich glaube, das ist generell ein globales Phänomen, aber gerade in Zeiten von antimuslimischem Rassismus sind wir besonders davon betroffen. Das hat leider auch Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, die zu uns kommen, aber auch bei anderen sozialen Organisationen sind. Wir sehen eine zunehmende Angst und Resignation angesichts der Feindseligkeiten, aber auch der Perspektivlosigkeit. Wir haben heute Morgen schon gehört, dass ein Mehmet sich öfter bewerben muss als vielleicht ein Franz. Wenn soziale Organisationen immer wieder um die gleichen Gelder oder die wenigen Gelder konkurrieren müssen und ihre Projekte ständig prekär bleiben, passiert eine Entmutigung bei den Jugendlichen, die wir dadurch fördern wollen, weil sie ihre Selbstwirksamkeit nicht einbringen können. Sie planen vielleicht sogar soziale Projekte, sehen aber, sie bekommen schon wieder das Geld nicht. Dann entsteht wieder diese Resignation.

In unserer Community herrscht aber auch Angst und die Frage, inwiefern man sich noch als deutsch verstehen beziehungsweise wie man sich hier noch sicher fühlen kann, wie lange man sich hier noch sicher fühlen kann und wie man sich als Muslimin oder Muslim outen oder identifizieren kann. Man bleibt immer noch ein gelungenes Integrationsbeispiel, nicht wirklich ein Mensch mit Teilhaberecht, und man ist auch in dieser Bringschuld. Die hatte ich ja schon vorhin genannt; jetzt hier noch mal, welche Gefahr – also ständig dieses Muster aufbrechen, überwinden zu müssen, um ansatzweise dieselben Chancen zu haben.

Wenn wir jetzt über Empowerment reden und wie wir dieses Empowerment institutionalisieren können: Wir haben heute schon von Prävention gesprochen, immer in Bezug auf Radikalisierung, also immer wieder diesen Schritt gemacht: Okay, wir erleben antimuslimischen Rassismus, und natürlich kann er auch zu einer Radikalisierung führen –, aber warum sprechen wir nicht von Prävention gegen antimuslimischen Rassismus? Wir gehen immer diese paar Schritte, die richtig sind, aber den Schritt davor haben wir heute noch nicht wirklich gemacht. Sollten wir nicht auch von Prävention gegen antimuslimischen Rassismus reden? Genauso wenn wir von Institutionalisierung von Empowerment sprechen, dann muss dabei bedacht werden, dass der Zugang zu diesen Selbstbestimmungsmöglichkeiten gegeben sein muss, das heißt, die Ressourcen und die Gestaltung ohne diese Existenzangst gesichert sein sollten. Insbesondere sehen wir eine höhere Wirksamkeit mit einer langen, nachhaltigen Wirkungslogik in Kulturprogrammen mit eigenem Gestaltungsspielraum. Das heißt konkret, dass wir dadurch, dass diese Notwendigkeit nicht gesehen wird, ständig diese kostenlose Bildungsarbeit leisten müssen, wieso das jeweilige Projekt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt, weil diese Kriterien nicht dafür ausgelegt sind.

Du hattest schon die Frage erwähnt, ob diese Enquete-Kommission diese Konkurrenz innerhalb der sozialen Organisationen überwinden kann: Ja, kann sie, indem man die Ressourcen erweitert und die Förderungskriterien dementsprechend anpasst. Wir haben einen Fonds gegen Antisemitismus. Das kann auch gegen antimuslimischen Rassismus passieren. Was wir gleichzeitig erleben, ist eine Cancel-Culture. Wir werden ausgeladen, wir werden teilweise auch gar nicht erst eingeladen. Das heißt, diese aktive Teilhabe können wir gar nicht wirklich

für uns beanspruchen. Natürlich ist es wichtig, Moscheen zu fördern, auch in diesem Zusammenhang, aber auch Institutionen, die keinen expliziten Religionsbezug haben, aber dennoch diese Arbeit leisten. Gleichzeitig ist es wichtig, sie dahingehend zu begleiten, um dann wiederum zu schauen, wie wir dieses Misstrauen und die Vorurteile in den Ämtern und Institutionen abbauen können, um diesen Hürden weiter gehend zu begegnen. – Das vielleicht erst mal dazu.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Amal, für Ihren Input und die Beantwortung der Fragen! – Mein Vorschlag ist: Wir steigen direkt in eine zweite Runde ein. Mein Vorschlag ist, jetzt fünf Minuten pro Farbe, sodass wir die Möglichkeit haben, dann auch noch die Verwaltung zu hören. Ist das als Verabredung okay? Wie Sie die fünf Minuten einteilen, wieder mit zwei Personen, liegt bei Ihnen. Dann gilt die Verabredung so? – Vielen Dank! – Herr Stettner! Wer fängt von Ihnen an?

Dirk Stettner (CDU): Herr Prof. Grigat und dann Herr Lenz.

Vorsitzender Raed Saleh: Sehr gerne! – Herr Prof. Grigat!

Dr. Stephan Grigat: Ich habe nur eine Minute, weil ich einen Punkt aufgreifen möchte, der heute Vormittag nicht mehr gemacht wurde, der aber vielleicht wichtig ist auch für die weiteren Debatten hier in der Enquete-Kommission. Es wurde vollkommen zu Recht in mehreren Zusammenhängen gesagt, man braucht eine adäquate Zustandsbeschreibung, und ich glaube, dass die Zustandsbeschreibung der rechtsextremen Szene zumindest ergänzungsbedürftig ist, sowohl wie Frau Eralp das gemacht hat, aber auch, und darum finde ich es so relevant, die Zustandsbeschreibung, die uns vom Verfassungsschutz präsentiert wurde. Ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass im europäischen Rechtsextremismus, auch im deutschen Rechtsextremismus, ein Ausdifferenzierungsprozess stattgefunden hat. Es gibt nicht nur die offen islamfeindliche und muslimfeindliche Rechte, sondern es gibt sehr explizit und immer stärker werdend eine explizit islamophile, das Bündnis mit dem Islam suchende rechtsextreme Szene, insbesondere bei der erwähnten sogenannten Neuen Rechten. Das ist eine Aufspaltung, die sich unter anderem selbst in der AfD findet. Leute wie Höcke, noch viel extremer jemand wie Herr Tillschneider, stellen sich explizit hin und sagen öffentlich: Der Islam ist nicht das Problem –, und sie meinen damit, sie beziehen sich auf die alte konservative Revolution und sagen: Der Liberalismus ist das Problem. – Und davon ausgehend suchen diese Leute das Bündnis auch mit dem radikalen politischen Islam. Es ist also sehr relevant, was sich da darstellt. Ich war verwundert, dass gerade die NPD als Beispiel angeführt wurde, denn gerade die steht eigentlich genau für so eine Tradition und nicht für das, was zum Beispiel die auch erwähnte Pro-Bewegung formuliert hat. Von der NPD gibt es Plakate, wo groß mit dem Partei-Logo draufsteht: Verteidigt die islamische Republik Iran! – Ich sehe nicht ganz, wo da der abgrundtiefe Islamhass existieren soll.

Das heißt, um es auf den Punkt zu bringen, in einem Teil der rechtsextremen Szene existiert dieser Ethnopluralismus, der die Grundlage des Ganzen ist, gemeinsam mit so etwas, was ich eher Islambewunderung und Islamneid nennen würde. Sie sehnen sich nämlich nach diesem intakten Gemeinschaftsgefühl und dem Antiliberalismus, den sie da als vorbildlich sehen und versuchen, innerhalb der rechtsextremen deutschen Szene wieder stärker zu machen. Und das ist für die Diskussion über Begriffe eine relevante Zusatzinformation, würde ich sagen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Grigat! – Dann Herr Lenz.

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank! – Es ist vieles deutlich geworden, was wir wahrscheinlich einheitlich sehen, wo es Konsens gibt. Die genannten Fälle von Muslimfeindlichkeit oder von Rassismus sind Dinge, soweit sie von Personen gelebt oder vorgebracht werden, die abzulehnen sind. Ich glaube, darüber müssen wir nicht so viel diskutieren, weil es relativ klar ist. Aber es gibt eben Unterschiede, und es geht darum herauszuarbeiten, wo wir vielleicht auseinanderliegen, was die politischen Parteien angeht. Das ist einmal der Umgang mit Begriffen. Bei den schon genannten Begriffen wie Muslimfeindlichkeit oder Rassismus muss man noch mal besprechen, verhandeln, was darunterfällt und was nicht. Auch da ist es vielleicht Konsens zu sagen: Nicht jede Kritik am Islam ist gleich muslimfeindlich oder aus Ihrer Sicht rassistisch. – Wo ist der Grenzverlauf? Es ist auch Aufgabe einer solchen Enquete-Kommission, hier zur Klärung beizutragen und das noch weiter zu betrachten.

Was ich aber wirklich ablehne, ist so eine Grundannahme, wir hätten eine strukturelle Muslimfeindlichkeit, einen strukturellen Rassismus in unseren Institutionen. Als Grundannahme halte ich das für falsch. Unsere Rechtsordnung ist nicht strukturell rassistisch. Das ist sie an keinem Punkt. Wenn dort Rassismen oder solche Dinge vorkommen, dann hängt das mit den Menschen, die in den Ämtern sind, zusammen. Die Struktur selber ist aus meiner Sicht nicht verdächtig, in einen solchen Verdacht zu geraten, und das möchte ich auch ausdrücklich verteidigen. Warum? – Unsere Rechtsordnung geht, das hat Frau Senge schon gesagt, vom Individuum aus, von seiner Rolle, dass er eigenverantwortlich frei entscheiden kann, aber auch muss, und es sind nicht die Umstände im Grundsatz schuld, sondern das Individuum ist verantwortlich für sein Handeln und damit auch für die Erfolge. Man darf nicht zu schnell damit bei der Hand sein, dass man sowieso nichts ändern kann, dass man gefangen ist in Strukturen und Opfer der Umstände. Der Mensch kann selbst entscheiden, muss es auch und muss sich anstrengen. Das gilt für alle, und das gilt auch für die Muslime in unserem Land; Grundsatz. Mir ist schon bewusst, dass dieses Ideal der Chancengleichheit natürlich gefördert werden muss und dass Ausgangspositionen unterschiedlich sind, dass man da Nachteile haben kann und dass es hier Förderungsbedarf gibt und dass der auch ausgefüllt werden muss, aber das ist etwas anderes als das, was hier behauptet worden ist. Das wollte ich noch klarstellen.

Dann wollte ich noch etwas zu den verschiedenen Kulturen sagen, weil, ich glaube, von der Kollegin Eralp fiel, dass ein Begriff wie Leitkultur, wie ihn die Union einführt, extremistischen Inhalten sei. Das lehne ich ausdrücklich ab. Das finde ich eine perfide Unterstellung, denn natürlich gibt es kulturelle Unterschiede in unserem Land; es ist eine vielschichtige Kultur mit Verschiedenheiten, und natürlich gibt es auch Vorstellungen, die hier im Land vorherrschen, und natürlich ist das alles in Bewegung und wird permanent verhandelt. Es muss auch verhandelt werden. Natürlich gibt es, wenn es vorherrschende kulturelle Vorstellungen gibt, auch Konflikte, die in einem guten Miteinander ausgetragen werden müssen. Dann ist es so, dass, wenn man jetzt sagt, da die Gesellschaft sich verändert – das ist ja so, das muss man zur Kenntnis nehmen – und religiös bedingte kulturelle Unterschiede aufeinandertreffen und auch das ausverhandelt werden muss, muss man zu Ergebnissen kommen, und das darf nicht so laufen, dass dann im Grunde das Vertreten der einen Sache irgendwie leichter möglich ist als das der anderen. Man muss zulassen, dass es Dinge gibt, die in der Gesellschaft verhandelt werden müssen, und das muss fair verhandelt werden. Auch in einer postmigrantischen Gesellschaft muss das fair verhandelt werden. Und das Erste, das man bei solchen Verhandlungen machen muss, ist, erst mal herauszuarbeiten, was einen eint, und das ist ja eine ganze

Menge. Das kommt immer viel zu kurz, weil alle sofort in ihre Schützengräben gehen und dann in der Konfliktstellung schauen, dass sie gewinnen. Es geht nicht um das Gewinnen des einen gegen den anderen, sondern es geht darum, gemeinsam eine Basis zu entwickeln, und dazu wollen wir einen Beitrag leisten. – Für mehr reicht die Zeit jetzt leider nicht, aber ich wollte einigen Dingen mal explizit widersprechen. Und wenn Sie das anders sehen, ist es doch auch völlig in Ordnung. Sie wären doch überrascht, wenn es anders wäre.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Lenz, vielen Dank für Ihren Beitrag! – Frau Bozkurt, wer macht es bei Ihnen? – Herr Walter!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde auch versuchen, am Ende des Tages ein kleines Resümee zu ziehen. – Herr Lenz, Ihr Beitrag hat bei mir gerade nicht dazu geführt, dass ich das Gefühl habe, dass wir hier einen wirklich breiten Grundkonsens haben, sondern eher im Gegenteil. Das, was Sie am Schluss gesagt haben, man muss aus den Schützengräben herauskommen, um diesen Dialog zu ermöglichen, verkennt eben genau dieses Moment der Diskriminierung, der Rassismuserfahrung, denn es geht von einer Gleichwertigkeit aus, die nicht gegeben ist. Darüber haben wir heute vielfältig gesprochen. Es geht von Machtstrukturen aus, und deswegen kann es nicht appellativ sein, sondern es ist erst der Endzustand eines Prozesses, der sich de facto um Machtverhältnisse und Diskriminierung auch in der strukturellen Dimension kümmert. Ansonsten ist dieser Wunsch, den Sie immer wieder hier hineinbringen und sagen, die Menschen müssen sich eigentlich nur anstrengen zu diskutieren und aus den Schützengräben herauskommen, Nonsense. Das funktioniert so nicht angesichts der Struktur unserer Gesellschaft.

Ich habe heute vielfältige Relativierungen von Diskriminierung und Rassismus gegenüber muslimischen oder muslimisch gelesene Menschen herausgehört. Das ist die Infragestellung von Konzepten, die Infragestellung von wissenschaftlicher Expertise und wissenschaftlichen Zahlen, es ist immer wieder der Versuch, Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen zu individualisieren. Ich glaube nicht, dass wir in einer der vorherigen Sitzungen so oft über individuelle Diskriminierungserfahrungen gesprochen haben wie in dieser Sitzung. Es wird immer wieder an die Menschen selbst zurückgegeben und infrage gestellt, welche Relevanz die haben, statt die institutionellen oder strukturellen Dimensionen und auch die Gruppenzugehörigkeit zu sehen. Es wurde vielfach gesagt, und ich will es auch noch mal betonen: Es wird immer wieder insinuiert, dass es so eine Art Bringschuld, eine Distanzierung geben müsste, Rechtfertigungen erfüllt werden müssten. – Ich bin Ihnen dankbar, Frau Prof. Dr. Foroutan, dass Sie gesagt haben, wie komplex es ist, was Täter und Opfer angeht, und dass das zusammenfallen kann und es deswegen so unglaublich komplex und schwierig ist, das auseinander zu betrachten. – Aber de facto war auch hier im Raum, diese Täterperspektive immer mitzudenken, und das würde ich zurückweisen wollen, denn aus einer antidiskriminierungspolitischen Perspektive und aus einer Grundrechtsperspektive ist das erst mal irrelevant. Die Menschenrechte, die Grundrechte, die Bürgerinnen- und Bürgerrechte gelten erst einmal für alle Menschen, und der Diskriminierungsschutz gilt für alle Menschen. Er gilt auch für Täterinnen und Täter – ich mache das jetzt in Anführungszeichen – und darf eben nicht relativiert werden durch Vorstellung von Clankriminalität, Vorstellungen von Silvesternachtdebatten und so weiter.

Deswegen ist es mir wichtig, das noch mal zu sagen, und ich grenze mich jetzt auch vom Islamismus ab. Auch das ist schwierig, das in dieser Sitzung machen zu müssen, aber de facto stand im Raum, dass Diskriminierung instrumentalisiert wird von denjenigen, die diese Diskriminierungen erfahren. Auch das ist extrem schwierig, und auch das kann ich nur entschieden zurückweisen.

Es stand auch im Raum, dass es eine Identitätspolitik gibt. – Herr Lenz, Sie haben das auch so angedeutet, de facto als Ergebnis – und das ist das, was mich stört –, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Diese Identitätspolitiken entstehen ja dadurch, dass Isolation durch Diskriminierung und Rassismus entsteht. Das Ergebnis von Parallelgesellschaften ist genau das, worüber wir heute sprechen: Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus. Deswegen ist es hier eine Verdrehung von Täter- und Opferperspektive, von Wirkung und Ursache. Isolation entsteht durch Ausgrenzung und Diskriminierung.

Letzter Punkt, das wäre mir noch wichtig: Es wurde vielfach gesagt, wie das Vertrauen in Demokratie und Politik durch antimuslimischen Rassismus verloren geht und weiter gestärkt werden muss.

Ich will noch kurz eine Sache sagen, weil ich finde, das muss man an der Stelle tun: Herr Stettner, in der Diskussion über die Beauftragte zu antimuslimischem Rassismus haben Sie sich geäußert mit dem Satz, es gebe eine viel höhere Dringlichkeit, Jüdinnen und Juden in der Stadt zu schützen. Ich verstehe diesen Satz aus zwei Gründen nicht. Der eine ist: Wir haben eine besondere Verantwortung vor der Shoah, aber das bedeutet nicht, dass man Diskriminierung erster und zweiter Klasse hat. Und das Zweite: Ich verstehe nicht, warum man nicht beides gleichzeitig tun kann. Deswegen lese ich nur heraus, dass das eben nicht der Grundkonsens ist, den wir hier haben, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt angeht.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Walter! – Sie haben noch eine Minute.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Eine Minute – ich habe so viel zu sagen. Dann kürze ich das ein. – Eigentlich wollte ich versöhnlich enden, aber dann kamen die Redebeiträge von Herrn Lenz und auch von Herrn Grigat. Ehrlicherweise wollte ich auch Herrn Grigat und Herrn Funck danken, weil sie beide in der Pause auf mich zukamen und sagten: Es gab wohl ein Missverständnis. – Ich glaube auch, dass man miteinander reden und auch aus den Schützengräben kommen muss. Das glaube ich schon, aber das ist gar nicht das Problem.

Das Problem ist, dass wir, wenn wir über antimuslimischen Rassismus reden – und ja, nennen Sie es Muslimfeindlichkeit, sei es drum –, es nicht einfach stehen lassen können, wenn es um Musliminnen und Muslime geht, dass wir nicht einfach sagen können: Diese Perspektiven sind valide, und diese Emotionen sind valide, sie dürfen sein, die Perspektiven dürfen sein, man darf sagen: Ja, sie werden diskriminiert und erleben Ausgrenzung. – Ich hatte mir tausend Sachen aufgeschrieben, ich will gar nicht auf alles eingehen. Aber ich bin gerade eben meine Mails durchgegangen, zuletzt, als diese ganze Debatte um die Novelle zum Neutralitätsgesetz war. Ich habe so viele verachtende, rassistische Hassmails bekommen. Sie kennen das, Sie bekommen das sicherlich auch. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Das Problem ist nicht, zu sagen, dass die Kritik – oder man hält am Neutralitätsgesetz fest. Das Problem ist: Es gibt Urteile, die nicht umgesetzt werden, über zehn Jahre lang, 15 Jahre lang – ich

komme sofort zum Schluss! –, und dann sagen Musliminnen und Muslime: Warum gelten bei mir nicht die gleichen Regeln? – Sie reden von den Silvesterkrawallen. Ich bin Abgeordnete aus dem Gesundbrunnen, das ist bei mir im Soldiner Kiez gewesen. Diese Kinder leben nicht die Leben, die Kinder in Dahlem leben. Darüber müssen wir sprechen können, über diese Realitäten, und das einfach stehen lassen können, dass sie strukturell diskriminiert werden und deshalb da sind, wo sie sind. – Ich höre auf, genau. Ja, ich hätte gerne ein bisschen versöhnlicher geendet, aber ehrlicherweise ist es schwierig, wenn Sie nicht einfach stehen lassen können, was Ihnen die Forschung sagt, was wir Ihnen sagen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Bozkurt! – Wer macht das bei Ihnen, Herr Özdemir?

Orkan Özdemir (SPD): Ich rede eine Minute, und den Rest übernimmt Frau Dr. Bostancı.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, gerne!

Orkan Özdemir (SPD): Wir handhaben das so, dass wir hauptsächlich versuchen, die Expertinnen und Experten bei uns reden zu lassen und ihnen den Raum zu geben. Aber ich würde jetzt gerne am Ende dieses wunderschönen Tages mal kurz ein bisschen unsere Eindrücke sammeln, und das in sehr kurzer Zeit.

Wir glauben, dass diese Enquete-Kommission extrem notwendig ist, und davon sind wir nach jeder Sitzung irgendwie überzeugter, auch wenn diese Sitzungen sehr frustrierend sind, um ehrlich zu sein. Also wir reden heute über antimuslimischen Rassismus, und hier sind ernsthaft Akteure, bei denen man den Eindruck hat, dass sie sich weigern, über antimuslimischen Rassismus zu sprechen; als ob Menschen, die muslimisch markiert sind oder Muslime sind, nicht das Recht hätten, gewaltfrei zu leben und aufzuwachsen, und dann immer auf einmal in Verbindung gebracht werden mit irgendeinem Islamismus oder Islamistenkontext. Das zeigt uns aber gerade, warum diese Enquete-Kommission so wichtig ist.

Wir hoffen, dass bei allen Akteuren die Lernkurve vielleicht hochgeht und dass wir am Ende entsprechende Empfehlungen aussprechen können. Aber ich muss auch sagen, wir empfinden das schon als sehr – ich formuliere das jetzt positiv – lehrreich im Kontext davon, was es anscheinend in dieser Stadt in dieser Frage noch für Haltungen und Positionen gibt.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Özdemir! – Frau Dr. Bostancı, bitte!

Dr. Seyran Bostancı: Vielen Dank! – Ich würde gerne abschließend noch mal verdeutlichen, dass die empirischen Daten und Zahlen, die heute hier präsentiert worden sind, keine Einzelfälle sind, sondern gesellschaftliche Muster. Und vielleicht auch noch mal zum Rassismusverständnis: Ich habe manchmal die Annahme, dass es hier im Raum unterschiedliche Verständnisse von Rassismus gibt. Rassismus ist ein gesellschaftliches Strukturprinzip, das sich nicht nur auf der individuellen und Einstellungsebene abspielt, sondern eben auch in Verfahrensweisen, in Handlungsmustern, in Institutionen sichtbar wird und sich eben strukturell auch auf der Makroebene einschreibt. Das heißt, eine Person kann auch keine rassistischen Einstellungen zu einer bestimmten Gruppe haben, aber bestimmte Verfahrensweisen in Schule, in Behörden und so weiter können dazu führen, dass dennoch rassistische oder diskriminierende Effekte stattfinden. Von daher vielleicht auch hier eine kleine Entdramatisierung: Wenn man

Rassismus analysiert oder feststellt, ist man nicht automatisch ein böser Mensch oder ein Rassist, sondern es ist ein Teil der strukturellen Verhältnisse, die eben in verschiedenen Situationen und Lebensbereichen, die auch heute dargestellt worden sind, im Gesundheitsbereich, im Arbeitsmarktbereich, in den Medien, in der Polizei, auf dem Wohnungsmarkt und so weiter, sichtbar werden.

Daher ist es umso wichtiger, wenn wir über muslimisches Leben oder antimuslimischen Rassismus, aber auch meinetwegen Radikalisierung sprechen, auch diese Erfahrung von Diskriminierung in den Kontext zu setzen und auch in der Intersektion antimuslimischen Rassismus mit anderen Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder anderen diskriminierenden Effekten zu betrachten. So zeigt zum Beispiel auch unsere Studie NaDiRa, dass Armut trotz Arbeit quasi stattfindet und hier auch die Armutsgefährdung bei Musliminnen besonders hoch ist, und das sind alles strukturelle, institutionalisierte Fälle, die natürlich auf der individuellen Ebenen stattfinden und sich in Erfahrungen, in Unbehagen, in negativen Gefühlen ausdrücken, aber eben auch eine soziale Ungleichheit in der Gesellschaft zementieren.

Weil wir auch viel über Sensibilisierungsworkshops und so weiter gesprochen haben und auch die Verwaltung heute hier gesprochen hat, würde ich gerne auch noch mal aus einer Organisationsentwicklungserspektive sagen, dass natürlich Sensibilisierungsworkshops wichtig sind im Erkennen von Vorurteilen, Stereotypen oder Rassismen. Aber auch da darf man nicht stehen bleiben, sondern man muss als Gesellschaft – und da sind Sie als Politikerinnen und Politiker gefragt – Verfahrensweisen etablieren, damit diese Sensibilisierungsworkshops quasi nicht nur auf einer individuellen Ebene münden, sondern auch hier strukturelle Veränderungen nach sich ziehen können. Wie die Personen aus der Praxis ja auch deutlich gemacht haben, reicht es nicht, einzelne Projekte zu haben, sondern hier muss die Antidiskriminierungsarbeit in Berlin als Querschnittsthema weiter gestärkt werden, damit die Präventionsarbeit, die ja auch so exemplarisch heute dargestellt worden ist, weiter Impact zeigen kann und eben auch junge Menschen, die in unserer Gesellschaft sind, vor Radikalisierung oder aber auch vor psychischer Belastung und so weiter schützen kann. – Das wären meine abschließenden Worte.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank!

Dr. Seyran Bostancı: Ah, ich hatte noch einen Punkt, der mir jetzt noch eingefallen ist.

Vorsitzender Raed Saleh: Gerne, Sie haben noch Zeit!

Dr. Seyran Bostancı: Weil vorhin noch das Thema mit der AfD und so weiter benannt worden ist; dazu würde ich gerne noch mal eine differenzierte Analyse betreiben. Vielleicht beobachten Sie die Partei auch noch mal stärker als ich. Ich würde aber auf jeden Fall unterscheiden zwischen der Ansprache von potenziellen Wählerinnen und Wählern, wobei die AfD vielleicht den Islam ein Stück weit glorifiziert oder normalisiert und als zugehörig frammt, und dann aber der parteipolitischen Programmatik, aus der ja ganz klar ablesbar ist, dass die Partei den Islam hier in Deutschland abschaffen möchte.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag! – Herr Dr. Lederer, bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will mich erst mal bedanken für die Beiträge und auch für die Suche nach Reflexion und die Nachdenklichkeit! – Ich bin ja später gekommen und habe Frau Eralp hier abgelöst und werde mir deswegen nicht anmaßen, jetzt mit nur einem Teil des Gehörten in eine grundsätzliche Reflexion einzusteigen, geschweige denn Zwischenschlussfolgerungen zu ziehen. Das kann man dann nach der Lektüre der Wortprotokolle tun und dergleichen mehr.

Ich will zum einen vorwegnehmend eine Frage der Kollegin Eralp nachreichen oder noch mal in ihrem Namen und mit ihrer Bitte einbringen, die sich auf die Auflösung der Abteilung Vielfalt in der Justizverwaltung bezieht, weil ja Empowerment ein wichtiges Thema ist: Wo geschieht das jetzt? Wo wird das jetzt in der Verwaltung bearbeitet? – Die Frage hatte sie mich gebeten, hier zu stellen.

Und ich will in der Tat auch noch mal ganz kurz, weil ich es auch für das Grundverständnis in so einer Enquete-Kommission wichtig finde, auf Herrn Lenz eingehen. Der Kollege Lenz hat im Grunde gesagt, dass es strukturellen Rassismus nicht gibt und er strukturelle Diskriminierungsformen ablehnt. Das hieße ja letztlich, der Rassismus in unserer Gesellschaft, der Antisemitismus in unserer Gesellschaft, was auch immer in unserer Gesellschaft ist, ist die Summe individueller Defizite von finsternen, bösen rassistischen oder antisemitischen Typen – mal so kurz zusammengefasst. Das halte ich nun wiederum für Quatsch. Ich will mal versuchen, es an einem Beispiel deutlich zu machen. Natürlich sind gesellschaftliche Machtverhältnisse, Hegemonien in Verwaltung und Rechtssystem eingeschrieben. Jemand wie Susanne Baer, Professorin an der Humboldt-Universität, lange Jahre Richterin am Bundesverfassungsgericht, hat zu feministischer Rechtswissenschaft geforscht und hat sozusagen das strukturelle Eingeschriebensein von patriarchalen Strukturen in das Rechtssystem beschrieben. Das ist, glaube ich, unbestritten so. Also da kann man nicht sagen, das sei alles Quatsch und das weist man von sich.

Ich habe mir das Wortprotokoll der Sitzung durchgelesen, die sich hier mit Antisemitismus beschäftigt hat. Zu sagen, es gebe in Deutschland keinen strukturellen Antisemitismus, ist einfach aberwitzig, und ich glaube, das ist auch recht deutlich geworden, wenn man sich das Ganze genauer anschaut.

Es gibt auch so etwas wie strukturelle Blindheiten, strukturelle Nichtwahrnehmung. Das haben wir alles, und das habe ich hier in Berlin auch erlebt. Ich will das jetzt nicht an dem Thema – aber weil es eine sehr grundsätzliche Frage ist, die auch nicht nur antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus betrifft, schon noch mal deutlich machen. Wir haben jetzt Akten eingesehen, da haben wir die Blindheit einer Verwaltung gegenüber Homosexuellenfeindlichkeit in Reinkultur erlebt: Blindheit von Strukturen. Und ich würde den handelnden Menschen, die in diesem konkreten Fall agiert haben, gar nicht unmittelbar unterstellen, dass sie sich eckeln, wenn ein homosexueller Mann oder eine lesbische Frau den Raum betritt. Das hat damit nichts zu tun, das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Aber ich glaube, wenn man sich damit nicht wirklich ernsthaft auseinandersetzt, dann bleibt man unterkomplex, was die Erfassung der Phänomene angeht, und zwar nicht nur in Bezug auf ein spezifisches Diskriminierungsmerkmal, sondern auch in Bezug auf andere Dinge, wie beispielsweise auf Antisemitismus. Das erlebe ich nun wiederum auch in meiner eigenen Formation und muss mich hin und wieder damit auseinandersetzen. Deswegen habe ich dafür eine gewisse Sensibilität entwickelt.

Deswegen ist man, Herr Lenz, aber nicht in Strukturen gefangen. Das kann in kafkaesken Situationen münden. Der besagte Lehrer ist in einer kafkaesken Situation, ist überall gegen Mauern gelaufen, hat sich am Ende keine Hilfe mehr gewusst, man fühlt sich wirklich wie in einem Kafka-Roman. Aber es bedeutet natürlich nicht, dass man nicht selbst etwas tun kann. Also auch Menschen, die diskriminiert sind, können Selbstwirksamkeit erfahren, können an ihrer Lebenssituation etwas ändern, das ist doch unbestritten. Nur die Voraussetzungen sind natürlich strukturell ganz andere. Es wird doch keiner bestreiten, dass weiße Männer, wie ich einer bin, es in dieser Gesellschaft wirklich deutlich leichter haben, und das ist auch soziologisch belegbar, als Menschen, die beispielsweise weiblich sind, als Menschen, die eine schwarze Hautfarbe haben oder als Menschen, die trans Personen sind. Und da muss man dann eben auch über die Frage reden, wo das Problem liegt und wie Strukturen verändert werden müssen. Also wie gesagt, ich glaube, beides stimmt. Es gibt natürlich auch sozusagen die autoritären Trottel und die defizitären Charaktere und Menschen. Die gibt es. Schlimm, wenn solche Leute dann noch mit strukturellen Prozessen zusammenfallen, aber man kann die Dinge durchaus voneinander trennen. – Ich belasse es an der Stelle dabei, weil ich glaube, das wird auch noch ein weiteres Feld sein, das hier im Rahmen der Enquete-Kommission immer wieder Thema sein wird.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Dr. Lederer, für Ihren Wortbeitrag! – Wir haben jetzt die zweite Runde gehabt, und ich würde jetzt gerne in die Stellungnahmen der drei anwesenden Verwaltungen hineingehen. – Herr Landero, fangen Sie an? – Herr Staatssekretär Landero, bitte!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank! – Es waren ja nicht so viele Fragen, die an die Verwaltung gerichtet wurden. Uns bleibt natürlich auch, erst mal Danke zu sagen! – Es ist an der einen oder anderen Stelle nicht ganz einfach, manchen Diskussionen zu lauschen. Aber ich glaube, im Großen und Ganzen haben wir hier sehr viele empirische Daten dazu bekommen, dass wir uns dem Problem des antimuslimischen Rassismus und diesem Phänomen, das wir in dieser Stadt haben, zuwenden müssen.

Wir möchten noch mal ganz deutlich darauf hinweisen, was wir tun, denn das war, glaube ich, die Frage, die von den Expertinnen und Experten hier kam. Wir haben natürlich einerseits auf Verwaltungsebene eine Reihe von Initiativen, die hatte ich Ihnen vorhin schon dargestellt, aber ein ganz großer Punkt bei uns sind unsere Projekte, die in die ganze Stadtgesellschaft hineinstrahlen und mit denen wir sozusagen auch viele Seismografen oder auch tatsächliche Arbeit täglich an der Basis haben. CLAIM hatten wir vorhin hier mit communitybasiertem Monitoring zu antimuslimischem Rassismus, die ja beispielsweise die Elternarbeit für starke Netzwerke und diskriminierungsfreie Schule machen. Wir haben von Gangway das Projekt ZwischenWelten, bei dem es um Prävention von antimuslimischem Rassismus und Vernetzungsarbeit für Jugendliche geht, womit wir also wirklich genau dort ansetzen, wie Sie es gerade eingefordert haben, RAA mit Prävention gegen antimuslimischen Rassismus, bei dem Projekt kiez-einander beispielsweise, bei dem es um Empowerment für Menschen geht, ebenso wie bei „gemeinsam starkgemacht – für eine vielfältige und demokratische Jugend“. Auch die Frage von Begegnungen ist natürlich bei uns mit Peers und anderen Formaten immer wieder gewährleistet. Wir haben beispielsweise das Projekt der TGD „Muslimisch gelesene Vielfalt im Gespräch“, bei dem es auch um die Prävention gegen antimuslimischen Rassismus geht. So könnte ich die Liste ganz lange fortsetzen.

Das bedeutet, wir haben ein einzigartiges, man kann sagen Biotop von Projekten und Initiativen in dieser Stadt, die aus meiner Verwaltung heraus gefördert werden, die auch die Sensibilität, die wir jedenfalls dem Thema widmen, zum Ausdruck bringen, was nicht bedeutet, dass nicht immer noch mehr geht, dass wir nicht auch an der einen oder anderen Stelle mehr tun müssen, beispielsweise was Melde- und Monitoringstellen angeht. Das ist auf jeden Fall ein Thema, das wir uns gerade anschauen. Natürlich ist auch Akzeptanz in Communitys immer wieder ein Riesenthema, und gleichwohl haben wir ja auch eine Reihe von Gremien – die haben wir vorhin auch benannt –, die Expertinnen- und Expertenkommission und das Islamforum, in dem genau in diesem Sinne, wie es gerade besprochen wird, Communitys selbstwirksam werden können und sich gegen Diskriminierung einsetzen oder auch einfach ganz reale Lebensprobleme besprechen wollen. Also das ist ganz wichtig.

Und gleichzeitig – das möchte ich ausdrücklich sagen, weil es gerade in der Debatte war – schauen wir bei anderen Dingen nicht weg. Wir haben eine Ansprechperson zu Antisemitismus und auch ein sehr großes, breites Feld zu Antisemitismus. Aber wir wehren uns auch dagegen; also wir schauen jetzt gerade auf die muslimische Perspektive. Wir haben vor ein paar Wochen zum Thema Antisemitismus gesprochen, und da schauen wir genauso hin, aber heute ist das hier das Thema. Das war mir jedenfalls noch mal wichtig zu sagen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Landero! – Herr Staatssekretär Friederici!

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde das auch in der gebotenen Kürze machen und schließe gleich an. Die Zusammenarbeit gerade auch mit dem Antisemitismusbeauftragten Herrn Dr. Salzborn ist auch von unserer Seite exzellent. Ich möchte das auch mal herausstellen und ein paar Gemeinsamkeiten herausstellen. Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir gemeinsam führen. Da ich ja jetzt angesprochen wurde – nicht so direkt angesprochen wurde –, was die Aufgabenstellung ist, habe ich auch noch kurz zu vermelden: Strategisch sprechen wir uns mit unserem Referat des Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ab – also das ist ein eigenes Referat bei uns –, dass wir uns aufgrund von Paritätsansprüchen eher nicht Empowermentmaßnahmen für einzelne religiöse Gemeinschaften überlegen, sondern diese gesamthaft fördern. Das ist besser, weil sie religionsübergreifend einfach mehr Sinn ergeben. Das zeigt die Arbeit der letzten Jahre, sodass bereits in den Maßnahmen selbst gesellschaftliche Teilhabe, Dialogverfahren sowie die Qualifizierung und das Empowerment in religiöser und gesellschaftlicher Vielfalt auch gelebt und durchgeführt werden. Das läuft sehr partnerschaftlich, und das ist, glaube ich, auch die Zukunft. Ich glaube, der Vortragende Herr Kayman hatte davon gesprochen: Dialog ist das Wichtigste, was wir da haben. Wir müssen die Vernünftigen an einen Tisch bringen, um damit auch die Strahlkraft zu erreichen, um Weiteres zu machen.

Zum Thema Weiterbildungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliches religiöses Personal sei vielleicht noch erwähnt, dass wir zur Qualifizierung muslimischer Ehrenamtlicher den Aufbau einer muslimischen Ehrenamtsagentur fördern und auch weitere Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche im Fokus haben. Ein weiterer Teil der DNA unseres Hauses ist ja das Thema Ehrenamt, Förderung von Freiwilligenarbeit, aber auch die Anerkennung. Auch hier haben wir die gesamtstädtische Infrastruktur der Förderung des Engagements und der Demokratieförderung im Fokus, das heißt, die resiliente Demokratie, an der viele mitarbeiten, und

wer ehrenamtlich und freiwillig tätig ist, der tut das in der Regel auch, um sich für die Demokratie und die Gemeinschaft einzusetzen. Das sind die zentralen übergreifenden Themen und modellhaften Formate der Engagement- und Demokratieförderung, die wir hier auch fördern. Wir haben ja auch schon vielfach im Kulturausschuss darüber berichtet. Dies soll es jetzt vielleicht gewesen sein.

Ich habe vorhin noch die Frage zum Thema Kultur aufgenommen; was wir dort gegen diverse Formen der Diskriminierung tun. Ich denke aber, das führt jetzt ein bisschen zu weit. Wenn Sie den Wunsch haben, äußern Sie das bitte noch mal schriftlich, dann können wir Ihnen gerne noch einige Sätze dazu aufschreiben.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Für die Senatsverwaltung für Inneres macht das direkt Herr Fischer? – Herr Hochgrebe!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte mich für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sehr herzlich für diesen konstruktiven Austausch miteinander bedanken! Es ist, glaube ich, ein zentraler Baustein, dass wir dieses Themenfeld gemeinsam miteinander erörtern, dass wir unsere Gedanken, unsere unterschiedlichen Perspektiven, unsere unterschiedlichen Sichtweisen hier miteinander erörtern, damit wir insgesamt besser werden können.

Für die Berliner Sicherheitsbehörden – ich hatte das in der ersten Runde schon schlagwortartig versucht ganz kurz auf den Punkt zu bringen und will ich das hier in einer Minute vielleicht noch einmal ausführen – ist es mir ein ganz besonderes Bedürfnis und auch eine Herzensangelegenheit, dass wir immer wieder sensibilisieren, dass wir natürlich unsere Sicherheitsbehörden für den Phänomenbereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit insgesamt sensibilisieren, aber ganz besonders auch mit dem Schlaglicht auf das, was wir hier miteinander erörtern.

Wir haben gemeinsam einen Leitfaden zum Erkennen von Hasskriminalität auf den Weg gebracht, damit wir die Sensibilität auch im täglichen Einsatz für unsere Sicherheitsbehörden schaffen, damit wir auch ein bisschen mehr Handlungssicherheit für Definitionen, für Begriffserläuterungen, aber auch für Beispiele Sachverhalte hinbekommen. Wir haben Empfehlungen für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch auf den Weg gebracht, auch das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig noch mal zu betonen. Wir machen unterschiedliche Kampagnen, sowohl in die Behörden hinein als auch in die Öffentlichkeit, was Themen wie Tatmotive, Hass, Hatespeech und all diese Dinge betrifft, aber natürlich auch kritische Themenfelder wie strukturellen Rassismus, Diskriminierung und Racial Profiling in der Polizei.

An dieser Stelle freue ich mich, Ihnen mitteilen zu dürfen – wir haben das gestern in erster Lesung ja im Abgeordnetenhaus von Berlin behandeln dürfen –, dass der Vorschlag für das neue Polizeigesetz in Berlin jetzt auf dem Tisch liegt und wir erstmals auch das Verbot von Racial Profiling in ein Polizeigesetz hineinschreiben. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Baustein darin, bei all den Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen, die wir in den Sicherheitsbehörden durchführen. Das auch wirklich einmal in einem Landespolizeigesetz gesetzlich verankert zu haben, ist, glaube ich, für Berlin ein richtiges und wichtiges Zei-

chen. – Ich wäre dankbar, das Wort für ergänzende Ausführungen noch mal an Herrn Fischer übertragen zu können, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Raed Saleh: Gerne!

Michael Fischer (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Weil Herr Hızarcı das Thema Kontaktschuld mit dem Liken von Posts im Internet verknüpft hat, kann ich hier vielleicht für ein bisschen Klarheit und auch Beruhigung sorgen: Wir brauchen, um überhaupt tätig zu werden, tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, also auch im Verhalten einzelner Personen liegende Anhaltspunkte, und die freiheitlich-demokratische Grundordnung besteht aus Menschenwürde, Demokratieprinzip und Rechtsstaatsprinzip. Das heißt, wir müssen nachweisen, dass es diese tatsächlichen Anhaltspunkte dafür gibt, dass sich jemand genau gegen diese drei Prinzipien wendet, und dafür reicht das Liken von Posts im Internet, wenn da nichts weiter dazukommt, in aller Regel nicht aus, und das sollte man auch bitte nicht unterstellen. So einfach ist die Welt des Verfassungsschutzes dann doch nicht.

Herr Prof. Grigat, weil Sie es angesprochen haben: Ich kann mich natürlich hier als Berliner Verfassungsschutzleiter nur zu der Situation in Berlin äußern und die Situation hier schildern, und wir hatten tatsächlich in den 2010er-Jahren eine erhebliche muslimfeindliche rechtsextremistische Szene, die über dieses Thema auch gekommen ist, und dieses Thema röhrt ganz erheblich auch aus dem Bereich der NPD hier in Berlin her. Und ganz ehrlich gesagt, Sie haben die Islamische Republik Iran angesprochen: Ich hätte jetzt auch keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die NPD hier in Berlin jemals dafür eingesetzt hätte, das politische System der Islamischen Republik in Deutschland einführen zu wollen. Dass es da Bündnisse gegeben hätte, davon bin ich also weit entfernt, und auch aktuell ist es so, dass ich nicht über Hinweise verfüge, die eine strukturierte Zusammenarbeit von Berliner Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten mit Islamistinnen und Islamisten hier in Berlin nahelegen. Ich glaube, in die Richtung sollten wir uns jetzt erst mal nicht bewegen, davon sind wir hier in Berlin noch weit weg. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Fischer! – Ich würde jetzt mit Blick auf die Uhr noch eine Beantwortung zulassen, weil Herr Dr. Lederer gerade ganz konkret zur Abteilung IV gefragt hat. Das würde ich jetzt gerne ausnahmsweise noch mal hören, was mit der Struktur ist, wenn es für alle okay ist. – Bitte schön!

Bettina Barts (SenJustV): Genau, das kann ich Ihnen sehr gerne beantworten, Herr Dr. Lederer. Das Aufgabengebiet Vielfalt in der Justiz ist nicht weggefallen, sondern es ist strukturell einer anderen Abteilung zugeordnet worden, und zwar der Abteilung ZS und dort im Referat B als Querschnittsaufgabe.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, viele ratlose Gesichter, was das jetzt – – Aber ich glaube, Herr Dr. Lederer hat es verstanden. – Okay, gut! – Damit nichts untergeht, das ist ganz wichtig, noch mal ganz kurz: Frau Piesche hatte alle zur konkreten Aktivität bei der Thematik gefragt, auch in Form von Projekten und Maßnahmen. Meine Bitte wäre, dass das schriftlich zugeliefert wird. – Ansonsten hatte Herr Staatssekretär Friederici darum gebeten, wenn noch eine konkrete Nachfrage an sein Haus gerichtet wird, speziell zum Thema Zusammenhalt, dass das noch mal – –

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Nein, zum Thema Diskriminierung in der Kultur.

Vorsitzender Raed Saleh: -- Diskriminierung in der Kultur, dass das noch mal nachgeleiert werden kann. Ansonsten galt Ihre Frage erst mal allen Senatsverwaltungen. Machen wir das so? – Super, vielen Dank!

Ich glaube, wir haben jetzt nichts vergessen. Dann bleibt mir für heute, Danke zu sagen an die Anzuhörenden, an die Expertinnen und Experten für ihre Expertise. Trotz aller Diskussionen, die wir heute hatten, und auch trotz einiger Abläufe, die ein bisschen schwierig waren, und trotz einiger Reibungen, die es gab, würde ich mich gerne den Worten von Herrn Özdemir, aber auch von Herrn Dr. Lederer anschließen: Ich glaube, diese Kommission hat am Ende noch mal gezeigt, dass man tatsächlich in der Sache miteinander diskutieren und hart ringen kann, und ich denke auch das, was Herr Stettner vorhin gesagt hat: Wir sitzen hier, um Meinungen auszutauschen und am Ende auch von ganz unterschiedlichen Positionen her miteinander ins Gespräch zu kommen. Von daher sollten wir erst mal dort ansetzen und das fortsetzen, was wir hier gemeinsam versuchen auf die Beine zu stellen. An der Stelle erst mal ein großes Dankeschön!

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.